

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

B 22/63
29. Mai 1963

Egmont Zechlin
Friedensbestrebungen
und
Revolutionierungsversuche
im Ersten Weltkrieg

Die Aufsatzreihe „Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche“ findet mit dieser 5. Folge ihren Abschluß. Der Verfasser behandelt das Thema in größerem Zusammenhang in einem Buche, das im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erscheinen wird.

Egmont Zechlin, Dr. phil., geb. 27. Juni 1896, o. Universitätsprofessor, Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Direktor des Historischen Seminars, Direktor des Hans-Bredow-Instituts für Rundfunk und Fernsehen.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „aus politik und zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5.— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche im Ersten Weltkrieg

IX. Friedensfühler nach Rußland

Das Ringen in der deutschen Führung um den Feldzug im Osten hatte für die Reichsleitung um so größere Bedeutung, als sie in den Tagen, da der deutsche Kaiser bestürmt wurde, den Generalstabschef zu wechseln, bereits aktiv war, um eine Verbindung mit dem Zaren Nikolaus herzustellen.

Der Brief an den Zaren

Als die deutsche Regierung auf das Angebot des Dänen Andersen einging, Verbindungen zu feindlichen Regierungen herzustellen, geschah es in der Hoffnung, auf diesem Wege zu dem erstrebten Separatfrieden mit Rußland zu gelangen. Dem entsprach die Weisung, die Albert Ballin vom Reichskanzler für die Unterredung mit Andersen bekam, zu der dieser im Auftrag seines Königs am 2. Dezember 1914 nach Berlin gekommen war. Der Generaldirektor der Hapag gab dem dänischen Reeder zu verstehen, daß eine Verständigung mit Rußland „viel weniger kompliziert sei als diejenige mit England“ und daß es doch vielleicht richtiger sei, wenn der König „zunächst den Hebel in Rußland ansetze“¹⁾. Die beiden vereinbarten, daß König Christian sich unmittelbar nach der Rückkehr Andersens mit einem Brief an den Zaren und später an den König von England wenden sollte²⁾. Man rechnete mit einer schnellen und nachdrücklichen Aktion. Hatte Christian doch Andersen nach dessen eigenen Angaben am 1. Dezem-

ber noch spät abends in seiner Wohnung aufgesucht, ihn veranlaßt, sofort am nächsten Tag nach Berlin zu fahren, und diesen ungewöhnlichen Schritt damit begründet, daß es gegen sein religiöses Gefühl verstoße, „diese hohe Mission, wenn sie ihm wirklich zuteil werden sollte, auch nur um einen Tag verzögert zu sehen“³⁾. Dem deutschen Gesandten in Kopenhagen, Graf Brockdorff-Rantzau, gab Andersen allerdings — am 10. Dezember — zu verstehen, es sei noch alles in der Schwebe, der König wolle tun, was in seinen Kräften stehe. „Welche Form Er wählen wird, ist noch nicht entschieden; vielleicht wird Er an den König von England und an den Zaren schreiben“⁴⁾.

Der Dezember verging, ohne daß aus Kopenhagen zu erfahren war, was der Zar auf den zwischen Ballin und Andersen verabredeten Brief König Christian geantwortet hatte. In Berlin vermutete man, daß Nikolaus sich erst mit den Alliierten in Verbindung setzen wollte oder — das war auch die Ansicht Ballins — daß „die Stimmung in Petersburg für Friedensvorschläge überhaupt noch nicht reif“ sei⁵⁾, oder man begann, an der Ernsthaftigkeit des dänischen Planes zu zweifeln, der offenbar „lediglich dem Kopfe des Herrn Andersen entsprungen“ sei. Das Schweigen in Kopenhagen und die Unsicherheit waren um so unangenehmer, da man sich einerseits ganz auf den „Ausweg“ eines Sonderfriedens angewiesen sah — es sei an das Drängen der OHL am 1. und 2. Dezember erinnert — es aber zur deutschen Verhandlungstaktik gehörte, das eigene Interesse zu verbergen und die Dinge auf sich zukommen zu lassen. „Wir müssen“, so formulierte es der Kanzler, „jedes Drängen auf Einleitung oder Fortsetzung der Aktion vermei-

1) Aufz. Ballins, 2. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh., s. o. Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 277 ff. Die kürzlich erschienene Leidener Dissertation von Cornelis Victor Lafaber, Vredes — en bemiddelingspogingen uit het eerste jaar van Wereldoorlog 1. Augustus 1914 — December 1915 (1961) referiert lediglich den Inhalt von Quellen.

2) Jagow an Tschirschky, Tel. Nr. 1474, 4. Dez. 1914, ganz geheim, Konzept, eigenhändig, AA, Wk 2 geh.

3) Aufz. Ballins vom 2. Dez. 1914, a. a. O.

4) Brockdorff-Rantzau an Bethmann Hollweg, Bericht Nr. 323, 10. Dez. 1914, Wk 2 geh.

5) Bethmann Hollweg an Ballin, Reinkonzept, 25. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh., s. Anl. Nr. 32.

Inhalt

der Beilage B 20/61 vom 17. 5. 1961:

I. Kapitel:

Nation und Regierung
nach dem Kriegsausbruch
Die versäumte militärische Chance
im Osten
Die Idee des Sonderfriedens
mit Rußland
Ein dänisches Vermittlungsangebot
Bethmann Hollweg zwischen Vernunft
und „öffentlicher Meinung“

der Beilage B 24/61 vom 14. 6. 1961:

II. Kapitel:

**Das Kampfmittel
der nationalen Revolution**
Revolutionierungspläne
Bismarcks und Moltkes
Das Insurrektionsprogramm
des Generalstabes von 1914

III. Kapitel:

**Revolutionierungsversuche
in den Randzonen Rußlands**
Die finnische Freiheitsbewegung
Polen zwischen den Mächten

der Beilage B 25/61 vom 21. 6. 1961:

Die Allianz mit dem Judentum
Aufwiegung der Ukraine —
Ein „Todesstoß“?
Die Kaukasusvölker in der deutschen,
türkischen und russischen
Insurrektionspolitik
Sabotage, revolutionäre Kontakte und
das Problem der russischen Muslims
Ziel und Charakter
der Revolutionierungspolitik

der Beilage B 20/63 vom 15. 5. 1963:

IV. Kapitel:

**Bethmann Hollwegs
Kriegszielpolitik . . .**
Das Kriegsziel der Selbstbehauptung
„Sicherungen“. „Garantien“
und der Frieden
Das Kriegsziel
eines neuen Staatensystems

V. Kapitel:

. . . und die Septemberdenkschrift
Wenig Hoffnung
auf Frankreichs Kapitulation
Kriegführung
gegen ein unbesiegbares England

Rathenaus Mitteleuropa:

Kampfmittel oder Friedenshoffnung?
Das Diktat des Wirtschaftskrieges
Kampfmittel und Kriegsziel:
das Dilemma der deutschen Politik
Analyse der Denkschrift
Krieg ohne Frieden
Späte Kabinettpolitik
Der deutsche Frieden im September
Nach der Marneschlacht

VI. Kapitel:

Sonderfrieden mit Frankreich?

VII. Kapitel:

Eine Führungskrise
Kriegführung und Politik
Das Ringen um die Ostoffensive
und den Sturz Falkenhayns
Ansturm auf Wilhelm II.

VIII. Kapitel:

**Kronprinz Wilhelm,
Tirpitz und der Kanzler**
Kronprinz Wilhelm . . .
Tirpitz . . .
. . . und der Kanzler
Ausschaltung des Kaisers?

dieser Ausgabe:

IX. Kapitel:

Friedensfühler nach Rußland
Der Brief an den Zaren
„Kanäle“ nach Petrograd
„Friedenstauben“ für Witte
Hoffnung auf Wandlung in Rußland
Die Antwort des Zaren
Die Antwort des Grafen Witte

X. Kapitel:

Erwartungen und Enttäuschungen
Günstige Meldungen aus Petrograd
Illusionslose Lagebeurteilung
der Heerführer
Deutsche Friedensbedingungen
im Osten
Das bevölkerungspolitische Dilemma
der Grenzsicherung
Schwarze Tage für die deutsche
Diplomatie

XI. Kapitel:

Die „Politik der Diagonale“
Gefahr einer annexionistischen
Kundgebung . . .
. . . und einer sozialdemokratischen
Friedenskundgebung
Der Kanzler zwischen den Fronten
„Nicht vom Frieden reden“

den, damit nicht der Anschein erweckt wird, als ginge das Friedensangebot von uns aus.“⁶⁾

Doch um die Jahreswende war es den Berufsdiplomaten bereits gelungen, die Aktion in Gang zu bringen. Der dänische Außenminister Scavenius ließ sich von Brockdorff-Rantzau davon überzeugen, daß die Hauptschwierigkeit für einen Frieden bei England liege⁷⁾. Dementsprechend setzte er sich im Sinne der deutschen Bemühungen für einen Separatfrieden mit Rußland ein. So bewog er den König, „zunächst nur nach Petersburg Schreiben zu richten“⁸⁾.

In der Form der üblichen Neujahrstelegramme, mit denen die Souveräne ihren allgemeinen Wunsch nach Frieden ausdrückten, in Ton und Diktion ganz auf Charakter und Gemütsstimmung des hohen Verwandten abgestellt und mit symbolischer Anspielung auf die gemeinsame Jugendzeit auf Schloß Fredensborg, dem „Friedens“-Schloß, versuchte der König, seinen Vetter ganz persönlich anzusprechen. Wenn dieser, dessen „mildes Herz“ er kenne und der so „schwer unter diesem furchtbaren Kriege leiden müsse“, glaube, daß es eine Möglichkeit zur Wiederherstellung des Frie-

dens gäbe, so möge er sofort nach Kopenhagen telegrafieren. Für diesen Fall kündigte Christian den Besuch des dem Zaren bekannten Staatsrates Andersen in Petersburg an: „Dieser könnte mündlich manches vortragen, was sich schriftlich nicht erörtern lasse“⁹⁾.

Deutschland war auf den Rat von Scavenius, den Brockdorff-Rantzau nach einer Weisung aus Berlin entsprechend informiert hatte, nicht erwähnt, weil „dadurch die ganze Aktion scheitern und völlig falscher Eindruck erweckt werden könnte, als ginge der Wunsch nach Frieden von uns aus“¹⁰⁾. Am 6. Januar ging der Brief nach Petrograd ab¹¹⁾.

Die Wahrheit ist freilich, daß es sich bei dem Schritt des Königs von Dänemark um einen, wenn auch ausdrücklich nicht formell, so doch faktisch autorisierten Friedensfühler der deutschen Regierung handelte. Er charakterisiert deren Haltung in der Friedensfrage um so mehr, als in jenen Tagen im Auswärtigen Amt und vom Reichskanzler noch weitere Schritte unternommen wurden, um mit den Russen ins Gespräch zu kommen.

„Kanäle“ nach Petrograd

Es war am 9. November 1914, als aus Stockholm die Meldung kam¹²⁾, daß die Zarinmutter, für den Thron ihres Sohnes fürchtend, an der Entfernung des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch vom Oberkommando arbeite. Der Kaiser schwanke noch. Bethmann Hollweg, zu dieser Zeit im Großen Hauptquartier, nahm diese — übrigens so nicht zutreffende¹³⁾ — Nachricht sehr ernst. Sie brachte ihn auf den Gedanken, die Gegensätze in Zarskoje Selo auszunutzen¹⁴⁾. Der ebenfalls in Charleville anwesende Staatssekretär Jagow fragte deshalb am 11. November bei Pourtalès, dem Leiter der Rußlandabteilung im Auswärtigen Amt, an, ob dieser Persönlichkeiten wisse, zu denen es möglich sei, „Fäden zu spinnen, um die Mißstimmigkeiten zwischen Kaiserin-Mutter, Kaiser, Großfürsten und eventuell Generälen zu

6) Bethmann Hollweg an Ballin, Reinkonzept, 7. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh., und Bethmann Hollweg an AA, Tel. Nr. 6, 6. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh., s. Anl. Nr. 34.

6. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh., s. Anl. Nr. 34.

Bereits am Jahresende war Ballin von Bethmann Hollweg gebeten worden, von sich aus Andersen um eine Mitteilung über den weiteren Verlauf der Aktion zu ersuchen (Bethmann Hollweg an Ballin, Brief, 31. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh.). Ballin schickte darauf seinen Direktor Huldermann nach Kopenhagen (Ballin an Bethmann Hollweg, Brief, 4. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.), der meldete, daß der dänische König fürchte, der Zar könne sein Angebot mißverstehen und wegen der für Rußland ungünstigen Kriegslage sich „trotzig gegen jede Vermittlung sträuben“. (Ballin an Bethmann Hollweg, Brief, 7. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.). Schon am 3. Jan. 1915 hatte auch Brockdorff-Rantzau die Weisung erhalten, bei sich bietender Gelegenheit zu bemerken, „daß Entsendung Andersens zur Sondierung nach Petersburg zweckmäßig erscheine“ (Jagow an Brockdorff-Rantzau, Tel. Nr. 11, 3. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.) — Vgl. für das Drängen der OHL am 1. und 2. Dez. 1914 Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 279 (Treutler an Bethmann Hollweg, Tel. Nr. 6, 1. Dez. 1914, und Treutler an Bethmann Hollweg, Tel. Nr. 8, 2. Dez. 1914, beide AA, Wk 2 geh.)

7) Brockdorff-Rantzau an AA, Tel. Nr. 855, 18. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh.

8) Zum folgenden — mit Wiedergabe der Kopenhagener Telegramme — Telegramme Zimmermanns an Jagow (Hauptquartier) Nr. 37, 5. Jan. 1915, Nr. 55, 8. Jan. 1915, und Nr. 71, 9. Jan. 1915, alle AA, Wk 2 geh. Dazu Bethmann Hollweg an Ballin, Reinkonzept, 7. Jan. 1915, AA, Wk. 2 geh.

9) Zimmermann an Jagow, Tel. Nr. 71, 9. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.

10) Zimmermann an Jagow, Tel. Nr. 55, 8. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.

11) Zimmermann an Jagow, Tel. Nr. 86, 10. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.

12) Brief des Gesandten Lucius vom 5. Nov. 1914, pr. am 9. Nov., Auszug, AA, Wk geh. Die „ganz zuverlässige militärische Petersburger Quelle“, aus der der deutsche Militärattaché diese Nachricht bezog, ist offenbar der russische Militärattaché in Stockholm.

13) S. o. Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 279.

14) Jagow an Pourtalès, Brief, 11. Nov. 1914, AA, Wk geh., s. Anl. Nr. 31.

vertiefen". „Könnte man nicht zunächst die Uneinigkeit im eigenen russischen Lager schüren?" Damit und wenn der Großfürst fallen sollte, würde die „eventuelle Sprengung der Coalition auch erleichtert". „Lassen Sie sich die Sache durch den Kopf gehen und suchen Sie nach Fäden. Es ist für *alle* Eventualitäten nützlich, solche an der Hand zu haben." Diese Anfrage und die Erkundigungen, die der frühere Botschafter in Petersburg daraufhin bei den Gesandtschaften in Stockholm und Kopenhagen einzuholen suchte¹⁵⁾, entsprachen also der Absicht, „Kanäle" ausfindig zu machen, sowohl um „auf Petersburger Kreise einzuwirken" und Nachrichten dorthin zu „lancieren", wie auch, um solche über die Vorgänge am Hofe zu erhalten. Das Ziel war „die Einwirkung auf russische Persönlichkeiten". Das bedeutete, daß die Deutschen die Opposition im Zarenreich gegen die Kriegspartei zu stärken suchten, offenbar, um die Aktionskraft des Gegners zu schwächen.

Dazu lief nun parallel Tirpitz' Bemühen um einen russischen Separatfrieden. Am 10. November, an dem die Meldung über die Zarinmutter bereits in Charleville vorlag, hatte er dort Staatssekretär Jagow und den Generaladjutanten von Plessen für seinen Plan zu gewinnen gesucht¹⁶⁾, von denen der eine mit dem Reichskanzler und der andere mit dem Kaiser darüber gesprochen haben dürfte; und am 18. November hatte Falkenhayn jene denkwürdige Besprechung mit Bethmann Hollweg, in der er, unmittelbar von Tirpitz gewonnen, mit militärischer Argumentation die Dringlichkeit des Sonderfriedens mit Rußland darlegte. Damit erhielt die Aufgabe, Kontakte in Petrograd herzustellen, eine größere Bedeutung. Sie galt nicht nur Verbindungen, wie sie durch Vermittlung Andersens und des dänischen Königs zu erreichen waren, sondern auch solchen Persönlichkeiten, die einmal zur Ablösung des ententefreundlichen Kabinetts in Petersburg in Betracht kamen.

Da war der russische Botschafter in Konstantinopel, Michael N. von Giers. Er hatte im März 1914 seinem deutschen Kollegen von Wangenheim zu verstehen gegeben, daß er zu einer „großen und starken Partei" gehöre, die das „Pivot" der Politik in einer Verständigung

mit Deutschland sehe¹⁷⁾. Das ist um so bemerkenswerter, als er gerade in Petersburg an der Sonderkonferenz des Ministerrates vom 25. Februar 1914 teilgenommen hatte, in der die „planmäßige Vorbereitung für eine möglicherweise in Kürze erforderliche Besitzergreifung der Meerengen" beschlossen wurde¹⁸⁾. Entsprechend einer von Sasonow ausgearbeiteten und vom Zaren genehmigten Denkschrift war man sich darüber einig geworden, daß dies „kaum ohne einen allgemeinen europäischen Krieg möglich wäre". Obgleich es vor allem die Engländer waren, die sich den Russen in Sorge um ihre Mittelmeerroute nach Indien entgegenstellten und die russische Kriegsflotte im Schwarzen Meer „gefangen hielten", ging das russische Aktionsprogramm zur „Sicherung einer für uns günstigen Lösung der Meerengenfrage" davon aus, daß diese nur in einem Krieg gegen Deutschland und Osterreich-Ungarn entschieden werden könnte, und zwar im Kampf an der Westgrenze. Der Chef der Operationsabteilung der Marine formulierte das in dieser Sitzung so, daß dann „offensichtlich die einzige Aufgabe sei, die deutschen und österreichisch-ungarischen Heere zu schlagen, worauf wir in Berlin unseren Willen diktieren und die Meerengen erhalten würden".

Es war nicht lange nach seiner Rückkehr von dieser Ministerratssitzung, daß Giers bei dem deutschen Botschafter in Konstantinopel um eine „vertrauliche Aussprache" nachsuchte¹⁹⁾,

17) Wangenheim an Bethmann Hollweg, Bericht Nr. 102, streng vertraulich, 26. März 1914, Gr. Pol. Bd. 39, S. 572 ff.

18) Zum folgenden: Journal der Sonderkonferenz, 8. Febr. 1914. M. Pokrowski, Drei Konferenzen (hsg. v. d. Red. Russ. Korrespondenz 1920) S. 46 ff., insbesondere S. 49 f., 52 f. und 66. Dazu auch Journal der Sonderkonferenz vom 23. Dez. 1913 a. a. O., S. 32 ff. (Beide auch abgedruckt bei Stieve, Briefwechsel Iswolskis Bd. 3, S. 374 ff., und derselbe, Iswolski und der Weltkrieg, S. 247 ff.). Der Inhalt der Konferenzen war durch die Veröffentlichung der bolschewistischen Regierung bereits während des Krieges bekannt geworden, so daß in Deutschland schon 1918 eine Broschüre des Kriegspresseamtes mit dem Titel „Die Kriegsziele der Entente" darüber berichtete. In der Literatur werden diese Konferenzen zum Teil fälschlich als Konferenzen vom 13. Jan. und 8. Febr. — statt entweder nach altem Stil oder nach neuem Stil — bezeichnet und darauf hingewiesen, daß die Konferenz vom 8. bzw. 25. Febr. unter dem Vorsitz des Zaren stattgefunden habe. Doch trägt das Protokoll lediglich den Vermerk von der Hand des Zaren vom 23. März 1914: „Ich billige durchaus die Beschlüsse der Konferenz."

19) Bericht Wangenheims vom 26. März 1914 a. a. O., S. 573 auch zum folgenden.

15) Pourtalès an Jagow, Brief, 17. Nov. 1914, AA, Gr. Hptqu., Europ. Krieg 1, auch zum folgenden.

16) Kapitän Hopman an Admiral von Capelle, 10. Nov. 1914 und Aufz. Hopmans, ohne Datum, beides Tirpitz, Ohnmachtspolitik (1926), S. 159 ff. und 156. Vgl. auch Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 275 (Dort ist Lyncker durch Plessen zu ersetzen).

die Wangenheim um so ernster nahm, als in der russischen Botschaft Gerüchte umliefen, wonach Giers Chancen habe, Sasonow als Außenminister abzulösen. Was der Russe hier anbot, war nichts geringeres als eine deutsch-russische Verständigung, um den bedrohten Weltfrieden zu retten. Gegenüber den Idealisten in Petersburg, in deren Träumen noch der Marsch auf Konstantinopel eine Rolle spielte, empfahl er eine „praktische Politik“: Wenn nun einmal der Besitz Konstantinopels oder auch nur ein Protektorat ohne Krieg nicht zu erlangen sei, dann sollten die Russen durch eine „harmonische Zusammenarbeit“ mit Deutschland zur Erhaltung der Türkei das Vertrauen der türkischen Regierung und dadurch größeren Einfluß auf diese gewinnen. So würde Rußland, das nach Giers politisch und militärisch im Mittelmeer nichts zu suchen habe, die „handelspolitische Freiheit der Meerengen“²⁰⁾ sichern können, und zusammen mit Deutschland könne es dann verhindern, daß die Türkei von einer dritten Macht, d. h. England, zu russenfeindlichen Maßnahmen veranlaßt würde.

Das deutsch-russische Verständigungsprogramm, das Giers dem deutschen Botschafter im März 1914 vortrug, berührte noch einen wesentlichen Gefahrenpunkt, der das russisch-deutsche Verhältnis belastete und nach Giers den Weltfrieden bedrohe. Rußland und Deutschland, so sagte er, müßten beide ihre Bundesgenossen zügeln, um nicht von ihnen in einen Konflikt hineingetrieben zu werden. Wenn den Deutschen die Sorge genommen werde, daß Rußland die französische Revancheidee unterstütze, dann könne dieses wiederum beanspruchen, daß Deutschland nicht mehr „die österreichischen Intrigen auf dem Balkan“ begünstige. Denn dadurch würde Rußland gezwungen, Stellung zu nehmen, obgleich es die Balkanländer am liebsten sich selbst überlassen möchte. Und er erinnerte daran, daß Deutschland einmal der „Kork auf der österreichischen Champagnerflasche gewesen sei“ — ein prophetischer Blick auf die österreichische Serbienpolitik und ihre Auswirkungen in der Julikrise.

Was es mit der „großen und starken“ Partei in Rußland auf sich hatte, als deren Sprecher der Botschafter hier eine deutsch-russische Verständigung einzuleiten suchte, wurde dadurch

20) Die Erläuterung dieses unbestimmten Begriffes gab Giers, indem er von einer „effektiven Garantie“ sprach, „daß die Meerengen für die russische Handelsschiffahrt nicht gesperrt werden könnten . . .“ (ebenda S. 575).

dokumentiert, daß in jenen Tagen des März 1914 in Petersburger Zeitungen Artikel erschienen, die von dem früheren Ministerpräsidenten Graf Witte inspiriert waren und u. a. mit Hinweis auf Äußerungen des deutschen Kaisers zum Kriegsminister Suchomlinow im Dezember 1912 für eine deutsch-russisch-französische Verständigung warben²¹⁾. Damit sollte offenbar gezeigt werden, wie der Friede erhalten werden könne, und ein come back dieses Staatsmannes vorbereitet werden, der stets ein Gegner der Entente mit dem britischen Weltreich gewesen war. Der Zusammenhang zwischen dem Vorstoß von Giers und dem von Witte wurde damals auch in Berlin empfunden²²⁾.

Im Oktober 1914 berichtete Wangenheim nun von Bemühungen seines russischen Kollegen, auf jene Vorschläge vom März d. J. zurückzukommen, die dieser offensichtlich auch jetzt noch für realisierbar halte. Eine, nach seiner Ansicht von Giers vorgeschickte Persönlichkeit, die einen „mehr und mehr vertrauenswürdigen Eindruck“ mache²³⁾, ein Inspektor

21) Bericht Pourtalès vom 31. März 1914, AA, Deutschland 131 geh., abgedr. als Anlage Nr. 30. Daß diese „Pressetreiberien“ auf Witte zurückgingen, erklärte auch Sasonow dem deutschen Botschafter. Dieser, so legte er Pourtalès dar, habe seit einigen Monaten versucht, bei jeder Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und Einfluß auf den Gang der Politik auszuüben. Zur russisch-französisch-deutschen Kontinentalbundidee sagte Sasonow, „es gäbe nicht nur einige Russen, sondern die meisten würden diese Mächtegruppierung gern sehen, aber leider, fügte der Minister hinzu, würde Frankreich für die Gruppierung nur um einen Preis zu haben sein, den Deutschland nicht zahlen könne“.

Aus den Erinnerungen des englischen Botschafters Buchanan — My Mission to Russia, 2 Bde. 1923, Bd. 1, S. 183 ff.; deutsche Ausgabe 1926, S. 100 — ist zu ersehen, daß der russische Außenminister den Vorstoß Wittes ausspielte, um mit einer russisch-englischen Marinekonvention die Entente zu festlegen, das heißt, die Engländer an die russische Politik in der Art zu engagieren, wie das die Franzosen getan haben.

22) Randbemerkung Wilhelms II. zu Wangenheims Bericht vom 26. März 1914: „Also die Artikel über das Deutsch Russ. (ische) Bündnis sollten diesem vorarbeiten. Das kann ohne Verabredung ganz von selbst geschehen.“ Trotz der Schlußbemerkung des Kaisers „Gut“ ging die deutsche Regierung auf die Anregungen von Giers nicht ein, von denen Wangenheim schrieb, daß er ihnen „mit großem Ernste, wenn auch innerlich amüsiert“ zugehört habe, wozu Wilhelm II. bemerkte, „ich auch“. (Gr. Pol. a. a. O., Bd. 39, S. 572 ff.).

23) Tel. Wangenheims an AA, Nr. 1082 vom 22. Okt. 1914 (pr. am 23. Okt.) AA, Deutschland 131 geh. nach Mitteilungen des Militärattachés von Lafert. Es handelt sich um den Inspektor Edgar Brun, der auch zum Beispiel über Transporte russischer Artillerie Nachrichten überbrachte.

der „Asiatischen Bank“ in Petersburg habe den deutschen Militärattaché aufgesucht, um authentische Auskunft über die militärische Lage zu erhalten. Diese Nachrichten wolle er nach seiner Rückkehr nach Petrograd Witte übermitteln, von dem er Briefe zu seiner Legitimation vorzeigte neben solchen des Berliner Historikers Theodor Schiemann. Witte, erklärte er weiter, sei bereit sich mit Deutschland in antienglischem Sinne zu verständigen, wenn die Großfürstenpartei infolge weiterer militärischer Niederlagen geschwächt sein würde und er dann die maßgebende politische Persönlichkeit in Rußland geworden sei. Die Angelegenheit erschien um so ernster, als bereits am Anfang des Monats Oktober ein russischer Journalist, und zwar mit ausdrücklicher Berufung auf Giers um eine Unterredung bei einem Vertrauensmann der deutschen Botschaft nachgesucht hatte²⁴⁾, um Gedankengänge vorzutragen, die, wie wir noch hören werden, Witte damals gegenüber seinen Freunden in Petersburg zu äußern pflegte. Es sei das Ziel Englands, mit diesem Kriege Deutschland und Rußland zu schwächen, um dann mit dem Einsatz seiner Flotte den Frieden zu diktieren. Diese Haltung erzeuge bereits Bedenken in eingeweihten russischen Kreisen. Nur müßten sich diese angesichts des populären Wutausbruches gegen Deutschland zurückhalten, der mit einer von englischen Agenten organisierten Pressehetze geschürt würde²⁵⁾. Beide Mittelsleute deuteten dabei dem Gierschen Gedankengang vom März entsprechend an, daß eine deutsch-russische Verständigung auf Kosten Österreichs möglich sein würde. Der Journalist machte sogar einen konkreten Vorschlag: die Ansicht tonangebender Kreise in Petersburg ginge dahin, daß Rußland Deutschland die Annexion deutscher Teile Österreichs durchaus zubilligen könne, wenn ihm dafür Galizien für ein Königreich Polen und wenn an Serbien die Herzegowina und Bosnien abgetreten würden. Wir werden uns auch dieser Worte noch erinnern. Es gehört zum Bilde solcher Fühlungnahmen, daß der Militärattaché ein derartiges Ansinnen sofort zurückwies, aber nicht nur eine ehrenwörtliche Versicherung über die russischen

24) Tel. Wangenheims an AA vom 14. Okt. 1914 (pr. 15. Okt.) AA, Deutschland 131 geh. über Unterredungen des Redakteurs Bezovsky von der „Birschewyja Wjedomosti“ mit Herrn Weitz

25) Darauf, daß tatsächlich englische Journalisten zu diesem Zwecke angesetzt waren, und zwar ausdrücklich zur Bekämpfung der Friedensaktion Wittes, wird in einem Kap., des in absehbarer Zeit erscheinenden Buches d. Verf. näher eingegangen.

Niederlagen abgab, sondern auch eine „unverbindliche und rein persönliche Erklärung“ darüber, daß Deutschland einer gegen England gerichteten, Österreich schonenden Verständigung nicht prinzipiell abgeneigt sei.

„Friedenstauben“ für Witte

So hatte es denn für die deutsche Regierung schon Bedeutung, als im Laufe des Dezember 1914 Nachrichten kamen, daß Witte in Petrograd Einfluß gewonnen habe und etwa das Finanzministerium übernehmen würde²⁶⁾. Von diesem Staatsmann war tatsächlich eine andere Einstellung gegenüber Deutschland zu erwarten als von dem gegenwärtigen Kabinett, insbesondere dem Außenminister Sasonow. Noch in der Vorstellung, daß es am Zaren liege, wenn aus Kopenhagen kein Echo auf die deutsche Friedensbereitschaft kam, erkundigte sich am ersten Weihnachtstage der Reichskanzler bei Albert Ballin, ob er noch in Verbindung mit Witte stände oder über Kanäle zu ihm verfüge. Bei dessen „bekannten Ansichten“ und im Hinblick auf sein „Wiedererscheinen auf der politischen Bühne“ halte er es für angezeigt, „beizeiten mit ihm Fäden anzuknüpfen“. „Glauben Sie“, fragte der Reichskanzler, „in einer die Regierung nicht kompromittierenden Weise ganz von sich aus eine Taube mit einem diskreten Ölweig an Witte gelangen lassen zu können?“ Unter diesen Voraussetzungen würde sich seines Erachtens „vielleicht doch eine günstige Entwicklung anbahnen lassen“.

Der Generaldirektor der Hapag hatte einen Mittelsmann zur Verfügung. In den Diensten dieses weltweiten Unternehmens befand sich seit Jahren ein Russe namens Melnik, der Berichte über die Vorgänge in Rußland lieferte. Melnik war Privatsekretär bei Witte gewesen und stand auch als Übersetzer und Herausgeber seiner volkswirtschaftlichen Schriften mit ihm in Verbindung. Diesen Russen, der bei Kriegsausbruch gerade von einer Erkundungsreise nach Rußland zurückgekehrt war, hatte Ballin dem deutschen Gesandten in Kopenhagen für die Bearbeitung der nordischen Presse zur Verfügung gestellt. Ballin erklärte sich bereit zu ermitteln, „ob man seiner Zuverlässigkeit soweit trauen kann, wie es in diesem Falle auch bei einer von mir ganz

26) Bethmann Hollweg an Ballin, Reinkonzept, 25. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh. abgedr. als Anlage Nr. 32, auch zum folgenden.

persönlich ausgehenden Fühlungnahme nötig wäre" 27).

Doch dies war erst einer der Wege, auf denen die deutsche Regierung den Kontakt mit Witte herzustellen suchte. Am 24. Dezember schrieb Jagow vom Großen Hauptquartier in Charleville aus an Robert Mendelssohn 28), dessen Bank 1906, als Witte Finanzminister war, die deutschen Anleihen für Rußland besorgte 29). Der Bankier hatte dem Staatssekretär kürzlich erzählt, daß Witte ihn gebeten hatte, seine Vermögenswerte nach der Schweiz zu transferieren. Das wurde nun als Vorwand für einen Brief genommen, dessen Entwurf Jagow billigte 30). Darin teilte Mendelssohn seinem Bankkunden mit, daß zwar die ausländischen Konten gesperrt seien, Witte aber darauf vertrauen könne, daß ihm sein Depot nach Beendigung dieses schrecklichen Krieges wieder voll und ganz zur Verfügung stehe. Eine Wendung in Wittes Brief vom 3. November aufgreifend, daß die Beziehungen der beiden Länder so schnell wie möglich wiederhergestellt werden müßten, erklärte Mendelssohn, daß auch er nichts sehnlicher wünsche. Es würde doch entscheidend dem Wohle der beiden Nationen dienen, wenn diese sinnlosen Kämpfe endeten. Sowohl als allgemeine Resignation wie auch als höchst konkrete Aufforderung konnte der Gedanke aufgefaßt werden, mit dem der Brief, in die Form der Frage gekleidet, schloß: „Glauben Sie nicht, Ihrer Öffentlichkeit einreden zu können, daß der Krieg lange genug gedauert hat? Was mich betrifft, so kann ich nicht sehen, daß Rußland und Deutschland ein Interesse daran haben könnten, diesen Krieg weiterzuführen.“ 31)

Hatte Mendelssohn auch seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, daß er zur Verwirk-

lichung eines so „herrlichen Gedankens“ beitragen könne, so kamen ihm doch Bedenken hinsichtlich des Zeitpunktes für einen solchen Schritt 32). Ob die Mutlosigkeit in Petersburg, so fragte er, denn schon soweit fortgeschritten sei, daß dort der Wunsch nach Frieden vorherrsche? Allerdings, so meinte er höchstbeziehungsvoll, sei Fortuna ja veränderlich, und die Lage könne sich auch — das heißt für die Deutschen — verschlechtern. Doch auch Ballin hatte Vorbehalte. Sie resultierten aus der wachsenden Skepsis, mit der der politisch feinfühligste Hamburger Reeder die Möglichkeiten einer russischen Friedensbereitschaft beurteilte. „Ich muß gestehen“, schrieb er am 5. Januar 1915 an den Kanzler 33), „daß je länger und eingehender der Gedanke an solch' Separatfrieden mich beschäftigt, die Befürchtung in mir wächst, daß Rußland eine derartige Loslösung von seinen Bundesgenossen nicht für so vorteilhaft gegenwärtig halten kann, um dafür sein politisches Prestige als zuverlässiger Kontrahent zu opfern.“ Bevor Rußland nicht „wirklich am Boden läge“, könne es sich von einem Gesamtfrieden immer noch bessere Geschäfte versprechen als von einem „an sich schon höchst blamablen Separat-Abkommen“.

Ballin war auch nicht unbedingt überzeugt, daß nun gerade Witte als „ein willkommener Verhandler“ anzusehen sei. „Witte ist sehr scharf, und — wenn es auch immer angenehm ist, mit einem klugen Mann zu verhandeln, — so wäre mir Witte beinahe zu klug“ — Ballin gebraucht für ihn das Wort „gerissen“. Man dürfe ihn auf keinen Fall mit Leuten vom Typ Iswolski verwechseln, die „absolut unzuverlässig“, „vielleicht allerdings empfänglich für Geschenke“ seien, „was bei Witte ganz ausgeschlossen“ ist. Eigentlich sollte man jedoch glauben, daß wohl Robert Mendelssohn für die Verbindung mit Witte noch „bessere Persönlichkeiten“ an der Hand habe, als es Melnik sei 34); Bethmann Hollweg schien es dann auch ratsam, erst einmal das Echo auf Mendelssohns Brief abzuwarten und „einen zweiten Versuchsballon erst nach einiger Zeit abzulassen.“ 35)

27) Ballin an Bethmann Hollweg, Brief, 28. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh

28) Mendelssohn an Jagow, Brief, 26. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh., abgedr. als Anlage Nr. 33.

Der Brief Jagows an Mendelssohn ließ sich trotz Nachforschungen im Archiv Bonn nicht auffinden

29) Vgl. *Out of my Past, The Memoirs of Count Kokovtsov*, ed by H H Fisher (1935), S 103 Über das Russenkonsortium und das Bankhaus Mendelssohn vergleiche auch George Hallgarten, *Imperialismus vor 1914*, Bd. I (1951), S. 278 u. 478.

30) Jagow an AA, Tel. Nr. 447, 28. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh.

31) Der Briefentwurf war in französischer Sprache verfaßt und dem Brief an Jagow vom 26. Dez. beigefügt. Siehe Anl. Nr. 33. Er wurde mit Hilfe des Grafen Taube mit der Kurierpost der schwedischen Gesandtschaft befördert — vgl. Mendelssohn an Jagow, Brief, 30. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh.

32) Mendelssohn an Jagow, Brief, 26. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh., abgedr. als Anl. Nr. 33.

33) Ballin an Bethmann Hollweg, Brief, 5. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.

34) Ballin an Bethmann Hollweg, Brief, 30. Dez. 1914, AA, Wk 2 geh.

35) Bethmann Hollweg an Ballin, Reinkonzept, 3. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.

Hoffnung auf Wandlung in Rußland

Indessen hatte man in der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen agiert. Am 15. Januar erschien Melnik mit einem Geleitschreiben Brockdorff-Rantzaus versehen auf dem Landsitz Albert Ballins, Hamfelde in Holstein, um ihm über seinen Kontakt mit Witte zu berichten und Direktiven einzuholen³⁶⁾.

Witte hatte am 10. Januar einen mit einem Empfehlungsbrief ausgerüsteten Freund Melniks aus Kopenhagen empfangen und durch ihn telegraphisch seinen Wunsch übermittelt, daß Melnik möglichst bald nach Petrograd kommen solle. Dieser erklärte sich daraufhin bereit, Witte durch einen zuverlässigen Mann zu verständigen, daß er nach Rußland reisen würde, wenn Witte ihm einen Diplomatenpaß für die Hin- und Rückreise verschaffen könne. Zwei Tage nach seinem Besuch bei Ballin erschien Melnik in Berlin, wo er allerdings erst irrtümlicherweise, weil er Russe war, verhaftet wurde und vom Chef des Pressereferates des Auswärtigen Amtes, Hammann, der ihn kannte, aus dem Polizeigefängnis am Alexanderplatz befreit werden mußte³⁷⁾.

Dieser Russe lieferte dem Auswärtigen Amt auf Grund seines Studiums der russischen Presse auch noch ein Bild von Wittes Tätigkeit in Petersburg³⁸⁾: Witte habe auf einer Konferenz von Industriellen England angeklagt, sich an dem gegenwärtigen Krieg einzig und allein bereichern zu wollen, mit anderen Worten, es nütze Rußland aus, und er habe eine düstere Prognose für die russische Wirtschaft gestellt, die mit einem durch den Krieg zerrümmerten Währungssystem verkümmern werde. Melnik berichtete auch von den Spannungen zwischen Witte und den Botschaftern der Entente und von ihren Beschwerden über ihn bei der russischen Regierung. Außerdem erfuhr man von ihm von der Silvesterrede Buchanans, der vor „einigen wohl bekannten Germanophilen“ gewarnt hatte, die England beschuldigten, Rußland aus selbstischen Gründen in den Krieg getrieben zu haben. Nach Melnik teile auch der Landwirtschaftsminister Kriwoschein, „ein intimer Freund Wittes“, dessen Ansichten. Auch habe der Lieblingssohn der Zarinmutter, der Großfürst Michael, der sich einen Schüler Wittes nenne und seit

seiner Kindheit dessen Rat in Anspruch nehme, sich mit dem Zaren ausgesöhnt und Einfluß gewonnen. Das alles deutete darauf hin, daß sich um Witte eine antienglische Friedenspartei zu sammeln begann und er bereits dabei war, die öffentliche Meinung in dieser Richtung zu bearbeiten. Das Friedensbedürfnis, erklärte Melnik, sei in Hof- und Adelskreisen so stark, daß man dort im Falle einer militärischen Niederlage nach einer Gelegenheit suchen würde, diesem unglücklichen Kriege ein Ende zu machen. Dazu würde dann die Partei Wittes gerufen werden, auf den der Zar auch nach der Niederlage im Kriege mit Japan zurückgreifen mußte, um den Frieden von Porthmouth auszuhandeln.

Der Bericht Melniks und Ballins Mitteilung über dessen mündliche Angaben erreichten den Reichskanzler am 18. Januar im Großen Hauptquartier³⁹⁾, gerade als sich Falkenhayn nun doch für die Ostoffensive entschieden hatte und die umstrittenen Armeekorps hierfür zur Verfügung stellen wollte⁴⁰⁾. Damit schuf die OHL die militärischen Voraussetzungen für die Politik des Sonderfriedens, um derentwillen Bethmann Hollweg am 2. Januar die Ablösung des Generalstabschefs gefordert hatte. Ein entscheidender Sieg im Osten, den jedenfalls Oberost im Zusammenhang mit der bereits in Vorbereitung befindlichen Karpatenoffensive erwartete, ließ einen politischen Umschwung in Petersburg erhoffen, wie ihn Mendelssohn, Ballin und Melnik für einen Erfolg ihrer Bemühungen erforderlich hielten. An diesem 18. Januar schrieb Bethmann an Ballin, daß in Rußland eine Wandlung bevorstehe, der, wie er hoffe, „durch unsere militärischen Aktionen nachgeholfen werden wird“⁴¹⁾. Zwei Tage später telegraphierte er ihm über die preußische Gesandtschaft in Hamburg: „Nachrichten über sich anbahnende Krisis in Rußland mehren sich. Unsere militärische Stellung im Osten wird durchaus zuversichtlich beurteilt. Ebenso im Westen“⁴²⁾; und am 26. Januar: „Nach wie vor will mir ein Einzelfrieden mit Ruß-

39) Präsentatvermerk: Ausw. Amt, Hauptquartier Nr 392 pr. 18. Jan. 1915.

40) S. o. Kap. VII „Das Ringen um die Ostoffensive und den Sturz Falkenhayns“.

41) Bethmann Hollweg an Ballin, Gr. Hptqu., 18. Jan. 1915, eigenh. ergänztes Konzept, AA Wk 2 geh. (erstaunlicherweise durch die Post befördert).

42) Bethmann Hollweg an Gesandtschaft in Hamburg, Tel. Nr 5, 20. Jan. 1915, ganz geheim (für Gen. Dir. Ballin) eigenh. Konzept, AA, Wk 2 geh.

36) Ballin an Bethmann Hollweg, 15. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh., s. Anl. Nr 35

37) Aufz. des Zentralbureaus, 17. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.

38) Bericht Melniks, 11. Jan. 1915, AA, Wk 2, geh.

land jetzt als das einzig Mögliche erscheinen.“⁴³⁾

Die Antwort des Zaren

Am 1. Februar traf die Antwort des Zaren⁴⁴⁾ auf den Brief des dänischen Königs in Kopenhagen ein. Nikolaus II. bediente sich eingangs äußerlich des gleichen herzlich-persönlichen Stiles wie Christian X. Auch er berührte die gemeinsamen Jugenderinnerungen von Friedensborg, die sein Vetter heraufbeschworen hatte und pflichtete ihm in dem Wunsche nach „Beendigung dieses furchtbaren Krieges“ bei. Dann aber hieß es im Stile der Diplomatie: man müsse „aber gerade unter dem Eindruck der Schrecken dieses unheilvollen Krieges darauf bedacht sein, Sorge zu tragen, daß so furchtbares Unglück sich in absehbarer Zeit nicht wiederhole und daß, wenn der Friede zustande komme, dieser auf lange Zeit gesichert sei“. Mit anderen Worten: der Zar hatte sich nicht als friedliebender Privatmann und Monarch ansprechen lassen, wie man wohl in Kopenhagen gehofft hatte, sondern antwortete in der dezidierten Form der Kriegszielabmachungen innerhalb der Entente. Die späte Beantwortung des Briefes vom 6. Januar wurde zwar mit der Abwesenheit des Zaren von Petrograd begründet, aber Scavenius vermutete, als die Antwort auf sich warten ließ, daß Nikolaus seine Ratgeber hinzugezogen hatte⁴⁵⁾. Der dänische Außenminister betrachtete jedoch die Antwort des Zaren nicht als „direkte Ablehnung“ einer Friedensvermittlung⁴⁶⁾. Nikolaus hatte am Schluß seines Schreibens den Vorschlag aufgegriffen, Andersen nach Petersburg zu senden, und den in der Zarenfamilie wohlgelittenen dänischen Reeder für Ende Februar nach Rußland eingeladen. „Bis dahin sei er durch Reisen innerhalb des Landes in Anspruch genommen.“ Dieser späte Zeitpunkt sollte offenbar zeigen, daß das Friedensbedürfnis in Petrograd „noch kein sehr dringendes“⁴⁷⁾ sei. „Vielleicht erwartet

man bis dahin eine günstige Wende für Rußland durch Eingreifen Italiens und Rumäniens“, heißt es in einem Erlaß Jagows vom 2. Februar nach Wien⁴⁸⁾ — wobei der Vorwurf nicht zu überhören war, daß die Donaumonarchie immer noch säume, Italien und Rumänien durch territoriale Zugeständnisse von diesem Schritt abzubringen.

Daß diese pessimistische Interpretation des Zarenbriefes mehr als berechtigt war, bestätigte ein einige Tage später von der Kopenhagener Gesandtschaft übermittelter Artikel der Petersburger „Birschewyja Wjedomosti“ vom 28. Januar, in dem sich die Zeitung ausdrücklich auf die Ansichten der russischen Regierung berief und der — was Brockdorff-Rantzau sofort auffiel — an einer Stelle eine gewiß nicht zufällige Ähnlichkeit mit dem Antwortbrief des Zaren an König Christian aufwies⁴⁹⁾. Offenbar, um zu ergänzen, was der Zar aus Höflichkeit gegenüber dem Anerbieten seines dänischen Veters nicht ausgesprochen hatte, wurden Gerüchte über die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Deutschland oder Österreich-Ungarn damit dementiert, daß „der Frieden mit Deutschland nur nach dem endlichen und vollen Siege über den Germanismus“ geschlossen werden könne, da nur in diesem Falle in Europa eine wirkliche, dauernde Ruhe herrschen würde. Wenn der russische Zeitungsartikel dann fortfuhr, sich in dem gleichen Tonfall über einen Separatfrieden „entweder mit Deutschland oder mit Österreich-Ungarn oder endlich nur mit Ungarn allein“⁵⁰⁾ zu äußern, so wurde dabei, was die übrige russische Presse unterstrich, zum erstenmal in einer offiziellen Kundgebung in Rußland von einer Teilung der Monarchie, d. h. Zerstückelung, als Kriegsziel gesprochen. Dieser Teil der Pressemeldung kam dem Unterstaatssekretär Zimmermann nur recht; denn zu dieser Zeit bestanden zwischen den Bundesgenossen schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten, so daß man im Auswärtigen Amt in Sorge war, das Wiener Kabinett könne versuchen, sich durch einen Separatfrieden mit Rußland aus der Schlinge zu ziehen. So wurde der russische Bericht in dem — von Zimmermann entworfenem — Erlaß des Staatssekretärs nach Wien mit der Bemerkung durchgegeben, daß „diejenigen Kreise Österreichs, welche noch immer von einer Verständigung

43) Bethmann Hollweg an Ballin, 26. Jan. 1915, Konzept v. d. H. Jagows, AA, Wk 2 geh. Aber auch dort sei „man offenbar noch nicht mürbe bzw. der Einfluß der Friedensfreunde auf den Zaren noch nicht stark genug“. Darauf weise das in der Zeitung gegen Witte veröffentlichte Kommuniqué hin.

44) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 159, dringend, 1. Febr. 1915, AA, Wk 2 geh.

45) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 63, 16. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh.

46) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, 1. Febr. 1915, s. o. Anm. 44.

47) Jagow an Tschirschky, 2. Febr. 1915, AA, Wk 2 geh.

48) Ebd.

49) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 185, 5. Febr. 1915, AA, Wk 2 geh.

50) Ebda.

mit Rußland träumen, über die Unmöglichkeit derselben aufgeklärt würden" ⁵¹⁾.

Die Antwort des Grafen Witte

Am 14. Februar konnte Mendelssohn Staatssekretär Jagow Antworten Wittes vorweisen ⁵²⁾, die, wie sein Brief, durch den schwedischen Gesandtschaftskurier befördert waren. Witte bat ⁵³⁾, sein Guthaben und ebenso das seiner Kinder sofort auf den Namen seiner Frau nach Kopenhagen oder Stockholm zu überweisen. Seine Begründung war aber ein Politikum ersten Ranges. Es war die Mitteilung, daß beschlossen wäre, ihn zum Delegierten einer Friedenskonferenz zu ernennen, wenn der Augenblick dafür gekommen wäre. Um hierfür vor dem Verdacht der Verfolgung persönlicher Interessen geschützt zu sein, müßten jene deutschen Konten gelöscht sein: Zumindest hintergründig, wenn nicht gar erpresserisch klingen die Worte: „Ich könnte diese Erhebung nicht annehmen, solange jeder beliebige meine friedliebenden Ansichten mit der Behauptung kritisiert, ich verfolgte mit meinem Verhalten persönliche Interessen. Ich habe bereits von ähnlichen Verleumdungen gehört.“ Allerdings war nicht ersichtlich, von wem oder von welcher Instanz beschlossen war, Witte zur Friedenskonferenz zu entsenden. Ungewiß blieb auch, wie ernst dieser Konferenzgedanke zu nehmen war. Wollte etwa der nach Ballins Urteil so „gerissene“ Politiker nur die Gelegenheit benutzen, um private Dinge zu erreichen, etwa in Anbetracht seiner schweren Erkrankung sein Guthaben in Deutschland für seine Frau in Sicherheit zu bringen. Aber bei den Akten befindet sich auch — ebenfalls eine Abschrift Mendelssohns — ein undatiertes und nicht unterschriebenes Schriftstück von Witte, das nach einer Notiz von der Hand Jagows ein „erster Brief Wittes“ ⁵⁴⁾ war. Diese Mitteilung enthielt eine Reihe konkreter Angaben. Wäre

er an der Macht, so schrieb Witte, so wäre es wahrscheinlich nicht zu dieser „Hölle auf Erden“ gekommen. Als Grund dafür, daß er der Möglichkeit zu handeln beraubt sei, nannte er die deutsche Kriegserklärung und die Vorbereitung dieses Krieges durch Deutschlands erbittertste Feinde „jenseits des Meeres“, bzw. Kanals, d. h. also der Engländer. Gab Witte damit offenbar zu verstehen, daß er weiterhin seine bekannte antibritische Konzeption verfolgte, so wies er als Weg, um Friedensverhandlungen einzuleiten, wie schon in Salzschlirf, auf die dynastischen Verbindungen, die „Familienbande“ hin. Das einzige Mittel, dem Frieden näher zu kommen, sei „eine freimütige Aussprache der beiden Kaiser“. Das politisch wichtigste war, daß er von Vorschlägen schrieb, „die Rußland und Frankreich Genugtuung und volle Garantien für die Zukunft geben könnten“. „Aber man muß schnell und entschlossen handeln.“

Damit gab Witte der deutschen Regierung zweierlei zu verstehen: einmal, daß der Frieden mit Rußland auch den mit Frankreich voraussetze, wie er das mit seiner Idee der Kontinentalliga seit Jahren vertrat; zum anderen aber wurde hier zum Ausdruck gebracht, daß er für Rußland genau das verlangte, was im Auswärtigen Amt in einer stereotypen Formel durch die Akten ging und von Bethmann Hollweg auch als erste Reaktion auf das dänische Vermittlungsangebot als Sprachregelung ausgegeben wurde, der „vollen Entschädigung und Sicherung gegen erneuten Überfall“. Schließlich läßt die Mitteilung Wittes erkennen, daß er die Initiative, die man in Berlin dem Zaren zugedacht hatte, vielmehr den Deutschen zuschieben wollte. Albert Ballin hatte richtig gesehen, als er Bethmann Hollweg darauf aufmerksam machte, daß Witte kein bequemer Unterhändler sein würde.

Im Auswärtigen Amt ging man zuerst daran, einen Weg zu finden, um Wittes Wünsche wegen seines deutschen Kontos zu erfüllen. Einem Vorschlag Jagows in der Besprechung vom 14. Februar entsprechend, erbot sich Mendelssohn ⁵⁵⁾ das Guthaben zwar nicht etwa auf Wittes oder seiner Frau Namen, sondern das eines dänischen oder schwedischen Vertrauensmannes nach Stockholm oder Kopenhagen zu transferieren. So würde die Diskretion gewahrt und Witte vor dem Verdacht geschützt werden, daß diese ge-

51) Jagow an Tschirschky, 5. Febr. 1915, AA, Wk 2 geh. Das Bündnisproblem, das zum Teil eng verflochten ist mit dem Problem eines Separatfriedens mit Rußland, wird weiter unten gesondert behandelt werden.

52) Mendelssohn an Jagow, 16. Febr. 1915, AA, Wk 2 geh.

53) Witte an Mendelssohn (Abschriften von der Hand Mendelssohn), AA, Wk 2 geh., s. Anl. Nr. 37. Daß Witte in dem von Jagow als „2. Brief von Witte an R. Mendelssohn“ bezeichneten Schriftstück von dem „Guthaben meines Freundes“ spricht, mag aus Vorsicht geschehen sein. Zumindest lassen sich aus den Äußerungen Mendelssohns keine Rückschlüsse auf die Existenz eines solchen Vermögens ziehen. 54) S. Anl. Nr. 37, Anm. 1.

55) Mendelssohn an Jagow, 16. Febr. 1914, s. o. Anm. 52.

schäftliche Manipulation eine „captatio benevolentia“ sei.

Am 25. Februar erhielt in Kopenhagen auch Melnik einen Brief von Witte⁵⁶⁾. Melnik hatte — offenbar auf Grund seiner Besprechung im Auswärtigen Amt vom 18. Januar — eine Zeitungsrezension über ein von Witte inspiriertes Buch zum Anlaß genommen, um sie diesem zu übersenden und in seinem Begleitbrief vom 4. Februar an frühere Unterhaltungen mit Witte anknüpfend darauf hingewiesen, daß es für diesen ein besonders großer Schmerz sein müsse, diese Weltkatastrophe erleben zu müssen, deren Herannahen er wie kein Zweiter gefühlt habe. Dann hatte er u. a. erwähnt, daß er vielleicht in einiger Zeit, wenn er seine Angelegenheiten geordnet habe, nach Petrograd kommen werde, während Witte, falls er etwas in Kopenhagen zu besorgen hätte, auf seine Freundschaft rechnen könne. Das konnte „durch die Blume gespro-

chen“ schon etwas bedeuten. Wittes Antwort lautete, daß er *einstweilen* gar keine Geschäfte in Kopenhagen voraussehe, sich aber freuen würde, wenn Melnik nach Petrograd kommen würde. Sphinxhaft klingen seine Worte: „Gegenwärtig ist es schwer zu sagen, welche Folgen der furchtbare Krieg haben wird. Hoffen wir das Beste“. In der Nachschrift erkundigte er sich nach Ballin. „Wie steht's mit Ihrem Patron?“ Verrät der Brief mehr Resignation als etwa positive Erwartungen, so gibt doch die rhetorische Frage des Postskriptums zu denken. Wollte der Schreiber damit andeuten, daß er bereit sei, die Korrespondenz fortzuführen? Das glaubte man im Auswärtigen Amt, der Interpretation Melniks folgend. Oder wollte Witte auch zeigen, daß er die politische Bedeutung eines solchen Briefwechsels erkannt habe; denn zumindest Ballins Beziehungen zum deutschen Kaiser waren allgemein bekannt.

X. Erwartungen und Enttäuschungen

Günstige Meldungen aus Petrograd

Die Bereitwilligkeit, mit der Witte auf die brieflichen Annäherungen der Mittelsleute der deutschen Regierung eingegangen war^{*)}, erhielt eine tiefere Bedeutung durch eine Reihe von übereinstimmenden Nachrichten, die im Auswärtigen Amt in den letzten Februar- und ersten Märztagen des Jahres 1915 über Stockholm und Kopenhagen eingingen. Danach stand in Petersburg eine Wendung bevor. Während der Einfluß des Großfürsten abnehme¹⁾, sei „Wittes Stern nunmehr wieder im Steigen“²⁾. Als Gründe wurde u. a. eine „äußerst pessimistische“ Stimmung angeführt, wie sie nach Äußerungen des russischen Militärattachés in Stockholm auf einer langen Sitzung des russischen Generalstabes zum Ausdruck gekommen³⁾ sei. Nachdem der

56) Bericht Melniks v. 25. Febr. 1915, AA, Wk 2 geh.; auch zum folgenden.

*) Die Ziele und das Europabild Wittes und eine ausführlichere Darstellung der Verbindungen der deutschen Regierung zu ihm behandelt ein Kapitel in dem in absehbarer Zeit erscheinenden Buche des Verf.

1) Lucius an Ausw. Amt, Tel. Nr. 295, 5. (pr. 6.) März 1915, AA, Wk 2 geh. und Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau, Tel. Nr. 167, 6. März 1915, AA, Wk 2 geh., s. Anl. Nr. 39.

2) Jagow zu Prinz Hohenlohe nach dessen Bericht an Burian v. 9. März 1915, H. H. St. A. Wien, PA 1/949, s. Anl. Nr. 40.

3) Lucius an Ausw. Amt, Tel. Nr. 294, 5. (pr. 6.) März 1915, AA, Wk 2 geh.

Finanzminister Bark aus Paris und London mit leeren Händen zurückgekehrt war, hieß es, der Zar habe ihn ins Hauptquartier geschickt, um dem Großfürsten die kritische Lage auseinanderzusetzen — nach mehrfachen Meldungen gehörte auch Bark zu Wittes Friedenspartei⁴⁾. Das sollte sogar für den mit Witte befreundeten Landwirtschaftsminister Kriwoschein gelten. Dieser sei vorgesehen, den alten Goremykin als Ministerpräsidenten abzulösen⁵⁾.

Diese Meldungen, die für ein Anwachsen der Friedenspartei sprachen, wurden in Berlin sehr ernst genommen und Bethmann Hollweg bemühte sich im Auswärtigen Amt, alles zu vermeiden, wodurch Wittes Aktion kompromittiert werden konnte⁶⁾. Der Presse wurden „übereifrige Kommentare“ über ihn untersagt, — nach den Worten Jagows — „unangebrachte

4) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 405, 7. (aufg. am 8.) März 1915, AA, Wk 2 geh.

5) Lucius an Bethmann Hollweg, 27. Febr. (pr. 2. März) 1915, AA, Wk 2 geh. Die Information gibt die Ansicht des russ. Militärattachés in Stockholm wieder.

6) Es war Brockdorff-Rantzau, der darauf hinwies (s. o. Anm. 4), daß bereits eine „erste Aktion“ Wittes „durch übereifrige und taktlose Kommentare deutscher Presse gestört“ worden sei. Dazu Marginal Bethmann Hollwegs: „Halte entsprechende Instruktion deutscher Presse für dringend geboten.“

Lobeshymnen“, „die seinen zahlreichen Feinden nur Anlaß gäben, ihn als Vaterlandsverräter zu brandmarken“⁷⁾. Am 9. März äußerte sich der Staatssekretär gegenüber dem k. u. k. Botschafter, dem Prinzen Hohenlohe, voller Zuversicht über diesen mächtigsten und energischsten Verfechter einer Verständigung mit Deutschland. Er sei „der einzige Mann in Rußland“, der allem Anschein nach stark genug sei, „den Kaiser auch gegen den Willen des Großfürstlichen Generalissimus zu zwingen, Frieden zu schließen“. Auch die Österreicher glaubten die Entwicklung so zu sehen. Der k. u. k. Gesandte in Stockholm verstieg sich sogar zu dem Vorschlag, die Gräfin Witte und damit ihren Mann zu „kaufen“ und dann mit Hilfe von Rasputin und der Zarin von Ferne etwas wie eine höfische Untergrundbewegung anzuzetteln⁸⁾.

In diesen Tagen trafen auch günstige Meldungen über den Zaren ein⁹⁾; so etwa, daß er, „obgleich noch gegen S. M. den Kaiser gereizt, voller persönlicher Hochachtung für Allerhöchstdenselben sei“. Das wurde ergänzt durch die Mitteilung, daß Nikolaus zum Frieden neige und sogar „eventuell bereit“ sei, an den deutschen Kaiser zu schreiben, er fürchte nur, auf Unnachgiebigkeit zu stoßen wegen des Einflusses der „deutschen Militärpartei“, und auf „zu schwere Bedingungen“, etwa die Forderung der Abtretung Warschaus. Andererseits würde er geneigt sein, Deutschland „gewisse Grenzkonzessionen zu machen“.

Illusionslose Lagebeurteilung der Heerführer

Der Optimismus, mit dem der Reichskanzler und das Auswärtige Amt auf Grund dieser Meldungen und in der Hoffnung auf Witte auf einen Frieden mit Rußland spekulierten, stand freilich in keinem Verhältnis zu der militärischen Situation im Osten. Die Russen hatten nicht die entscheidende Niederlage erlitten, die der Kanzler am 18. Januar erhofft hatte, um den Zaren zu zwingen, auf die deut-

schon Friedensfühler einzugehen. Die Karpatenoffensive blieb Mitte Februar auf den Gebirgskämmen stehen, ohne daß es auch nur gelungen wäre, Galizien zurückzuerobern und die in der Festung Przemysl eingeschlossene Armee zu entsetzen (sie kapitulierte am 22. März), und die Schlacht an den Masurischen Seen, die am 22. Februar beendet wurde, war zwar eine Vernichtungsschlacht nach der Art von Tannenberg, aber die Kräfte reichten nicht aus, ihr eine operative Auswirkung zu geben: es kam weder zu einer weiter ausholenden Umfassungsoperation, da der Feind am Njemen mit frischen Kräften auftrat, noch gelang der Versuch, mit der Bezwingung der Bobr-Narew-Festungslinie in Flanke und Rücken der Russen zu kommen. Der Russe ging vielmehr auf der ganzen Front zum Angriff über und drohte von neuem von den Paßhöhen der Karpaten aus mit einem Einbruch in die ungarische Tiefebene mit allen seinen militärischen und politischen Auswirkungen.

Vor allem bewegte der drohende Kriegseintritt Italiens die Gemüter. Ein Gutachten, das Falkenhayn am 1. März auf Verlangen der politischen Führung in knappen Sätzen erstattete¹⁰⁾, kam zu dem Ergebnis, daß es „eine Katastrophe wäre, wenn man nicht alles täte, um neue Feinde am Eintritt in den Kampf gegen uns zu hindern“. Warnend wies der Generalstabschef dabei auf die bisher ausgebliebenen strategischen Ergebnisse der Offensive in den Karpaten und in Ostpreußen hin und erklärte sich außerstande, ein Urteil darüber abzugeben, „ob überhaupt und wann sie noch erwartet werden dürfen“. Verzögerten sie sich noch längere Zeit, so sei zu befürchten, „daß Deutschland, da es dann nicht in der Lage ist, Truppen von Ost nach West zu verschieben, in ernste Schwierigkeiten an der Westfront kommt“. Unmittelbar darauf erhielt der Kanzler bei einem Besuch im Hauptquartier Oberost in Lötzen in Ostpreußen am 4. März in einer sechsstündigen Unterredung mit Hindenburg einen Einblick in die Kriegslage, wie er ihn — so schrieb er am 12. März an Valentini — in Charleville nicht in sechs Monaten erhalten habe¹¹⁾. Der Feld-

7) Bericht Hohenlohes vom 9. März 1915, s. o. Anm. 2; auch zum folgenden.

8) Hadik an Burian, 26. Febr. 1915, H. H. St. A. Wien, PA I/829.

9) Hierzu Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau, Tel. Nr. 167, 6. März 1915, auch im folgenden. Die Quelle selbst, auf die Bethmann Hollweg sich bezieht („Von anderer privater Seite...“), ist in den Akten nicht auffindbar. Das Hauptjournal des Zentralbüros vermerkt hierzu: „Rk. mitgenommen“. Es ist damit wahrscheinlich, daß das entsprechende Schriftstück in verlorengegangene Handakten des Reichskanzlers aufgenommen wurde.

10) Aufz. Falkenhayns (eigenhändig), 1. März 1915, AA, Deutschland 128 Nr. 1 geh., s. Anl. Nr. 41a. So stark man die taktische Absicht, die deutsche Diplomatie zu einem energischeren Druck auf Österreich zu veranlassen, auch in Rechnung stellen wird, so wenig läßt sich die echte Besorgnis, die aus diesen Zeilen spricht, überhören.

11) Zum folgenden eigenhändiger Brief Bethmann Hollwegs an Valentini, 12. März 1915. Im Besitze des Verfassers, s. Anl. Nr. 42.

marschall, der noch am 28. Januar von dem bevorstehenden „endgültigen Siege im Osten“ gesprochen hatte¹²⁾, sah jetzt keine Möglichkeit mehr, Rußland zu besiegen. So formulierte es der Kanzler in seinem Brief an den Chef des Zivilkabinetts¹³⁾: „Hindenburg und seine Männer beurteilten die östliche Lage zuversichtlich aber ernst und ohne Illusionen. Sie würden Ostpreußen halten, den Russen noch Teilschlappen beibringen, aber keine große Entscheidung mehr herbeiführen.“ Eine inhaltlich gleichlautende Information über die Unterredung des Reichskanzlers mit Hindenburg gab Graf Wedel dem bayerischen Gesandten in Berlin, Lerchenfeld, und er fuhr fort¹⁴⁾: „Der Feldmarschall riet unter diesen Umständen, Frieden zu schließen.“ Dieser „Ausspruch Hindenburgs“, so heißt es im Bericht Lerchenfelds an seine Regierung, „hat mit einem Schlag die Lage verdunkelt“, und in Charleville notierte Tirpitz — es war am Tage des Falls von Przemysl —, daß Bethmann aus dem Hauptquartier Oberost mit dem Eindruck zurückgekommen sei, Hindenburg sei am Ende seiner Kräfte¹⁵⁾.

Dem Kanzler war auch aufgefallen, daß in Lötzen nicht ein böses Wort über Falkenhayn zu hören war. Es gehört zu diesem Bild, wenn er mit Genugtuung feststellte, daß Hindenburg und Umgebung „sehr hart“ über die „Alldeutschen und Konsorten“ geurteilt hätten¹⁶⁾. In jenen Tagen wurde in Oberost eine Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Kapp gelesen, des Mitbegründers der Vaterlandspartei von 1917 und des Putschisten von 1920, nach der es bei dem heutigen Eisenbahnsystem und den modernen Hilfsmitteln doch viel leichter als für Napoleon sei, nach Moskau zu marschieren. „Der Mann hat vollkommen recht“, notierte in Lötzen Oberst Hoffmann sarkastisch¹⁷⁾, „geht nur von einer falschen Voraussetzung aus. Wir haben bis

12) Nieser an Dusch, 28. Jan. 1915, GLA/Ka, Kv. 7, Fz. 34, nach Karl-Heinz Janßen, Die Kriegsziele der Bundesstaaten, 1914—1918, Diss. phil. (masch.) 1957, S. 34 und S. 240, Anm. Nr. 104.

13) Bethmann Hollweg an Valentini, 12. März 1915, s. o. Anm. 11.

14) Lerchenfeld an Löbl, 6. März 1915, nach Mitteilung des Referenten im Ausw. Amt, Graf Wedel, vom gleichen Tage mit dessen dringender Bitte, diese Nachricht geheim zu halten. G St A/Mü., Pol. A., VII, Janßen, a. a. O., S. 240, Anm. 106.

15) Tgb. Tirpitz, 22. März 1915, in: Erinnerungen, a. a. O., S. 457.

16) Bethmann Hollweg an Valentini, 12. März 1915, s. o. Anm. 11.

17) Tgb. Oberst Hoffmann, 6. März 1915; Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann (1926), Hrsg. v. K. F. Nowak, Bd. 1, S. 64 f.

jetzt nicht gesiegt und haben keine Aussicht, alle Feinde vernichtend zu schlagen.“ Das habe er auch dem Reichskanzler gesagt, den er sehr verständig gefunden hätte, nur komme dieser etwas langsam zu einem Entschluß.

Deutsche Friedensbedingungen im Osten

Bethmann Hollweg sah jetzt den Augenblick gekommen, einen konkreten Vorschlag nach Petersburg zu lancieren. Er benutzte dafür den Weg über den dänischen Außenminister, der sich in der Angelegenheit der Mission Andersen so verständnisvoll für die Idee des russisch-deutschen Separatfriedens gezeigt hatte. So ließ er denn Scavenius wissen, „daß unsere Bedingungen nicht schwer sein und [wir] nur kleinere Konzessionen zum Schutz unserer östlichen Grenzen (nicht aber Warschau) ‚sowie finanzielle und Handelsvertrags-Bedingungen‘ im Auge haben würden“. „Wir wünschen in dauerndem Frieden mit Rußland zu leben.“ Die Schlußwendung des Telegramms, das am 6. März um 5.25 Uhr nachm. nach Kopenhagen abging, deutet darauf hin, daß er sich damit noch in die Besprechungen Andersens in Petersburg einzuschalten suchte¹⁸⁾.

Die Bedeutung dieses Schrittes, eines der wenigen, mit denen die deutsche Regierung im Laufe des Krieges ein konkretes Kriegsziel übermitteln ließ, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie wird dadurch erhöht, daß hier das Ergebnis interner Überlegungen zum Ausdruck kam, bei denen die militärische und die politische Führung sich in Übereinstimmung befanden. In der grundlegenden Besprechung mit dem Reichskanzler am 18. November 1914 hatte Falkenhayn die deutschen Bedingungen für den russischen Sonderfrieden „vom militärischen Standpunkt aus“ formuliert: „eine ausreichende Kriegsentschädigung, aber kein Land, vorbehaltlich kleiner Grenzberichtigungen im Verteidigungsinteresse“, darüber seien Ermittlungen anzustellen¹⁹⁾.

18) „Hat Andersen schon aus Petersburg berichtet?“ Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau, Tel. Nr. 167, 6. März 1915, s. Anl. Nr. 39. Andersen traf jedoch schon am 8. März wieder in Kopenhagen ein. Der deutsche Gesandte entledigte sich seines Auftrages am gleichen Tag bei Scavenius, der die Mitteilungen gegenüber Andersen in der für den 9. bereits feststehenden Unterredung zu verwerten versprach und Brockdorff-Rantzau danach empfangen wollte. Brockdorff-Rantzau an AA, Tel. Nr. 407 v. 7. (pr. 8.) März und Tel. Nr. 416 v. 8. (pr. 9.) März 1915, AA, Wk 2 geh.

19) Rasonnement, 19. Nov. 1914, AA, Wk 2 geh. s. o. Anl. Nr. 1, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 284.

Das hatte Bethmann durch Einholen zahlreicher Gutachten getan, wie etwa von Hindenburg bei einem Besuch im Hauptquartier Oberost am 6. Dezember. Es handelte sich dabei um eine strategisch günstigere Grenze für Ostpreußen, dessen gefährdete Lage sich in den ersten Kriegswochen so drastisch gezeigt hatte. Denn nur durch die kühne Operation von Tannenberg war vereitelt worden, daß die Russen — von dem Ausfalltor ihres Festungssystems in Nordpolen ausgehend — die gesamte Provinz in die Hände bekommen hätten. Die „Grenzregulierung“, von der Bethmann am 3. Dezember auch zu Hertling sprach²⁰⁾, umfaßte einen Schutzgürtel für Ostpreußen entlang der Flüsse Njemen-Bohr-Narew, wozu Hindenburg in seiner lakonischen Art allerdings geltend machte, es hänge „naturgemäß in ausschlaggebender Weise“ von einem deutschen Waffenerfolg ab, wie weit Forderungen nach Landerwerb gestellt werden könnten²¹⁾.

Zur strategischen Grenzregulierung zum Schutze Ostpreußens kam in diesen Tagen das Problem des polnischen Kohlengebietes von Sosnowice. Die deutsche Regierung bot dem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen die von den deutschen Truppen besetzten Bergwerke an der schlesischen Grenze an, um ihn

20) S. auch weiter unten. Nach einer mir freundlichst von Karl-Heinz Janßen zur Verfügung gestellten Abschrift der Aufz. Hertlings v. 3. Dez. 1914 über seine Unterredung mit dem Reichskanzler vom gleichen Tag, GStA/Mü., VII, 54. Vgl. auch Janßen, a. a. O., S. 30.

21) Hindenburg an Bethmann Hollweg, 11. Dez. 1914, DZA Potsdam, Reichskanzlei, Krieg 15, Bd. 1, Nr. 2442/10. Vgl. auch Antwort Bethmann Hollwegs vom 13. Dez. 1914, ebenda. Nach Imanuel Geiss, *Der polnische Grenzstreifen*, (1960), S. 73 f. Geiss unterstellt der Bemerkung Hindenburgs, daß die Frage der Grenzberichtigungen vom künftigen Waffenerfolg abhängig wäre, folgenden Sinn: „Je mehr im Kriege an Land erobert wird, um so größer würden beim Friedensschluß die ‚Grenzberichtigungen‘ ausfallen.“ (S. 73) Tatsächlich zielten Hindenburgs Worte zu diesem Zeitpunkt eher in entgegengesetzte Richtung; er wollte sich nicht auf voreilige große Pläne festlegen, bevor nicht die entsprechenden militärischen Voraussetzungen auch erfüllt waren. Geiss, der sich nur schwer in historische Situationen hineinendenken kann, wird überhaupt eine tendenziöse Darstellungsweise von der Kritik vorgeworfen. Hierzu Horst Jablonowski in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 12, (1961), H. 7, S. 448—453 und Jg. 13 (1962), H. 1, S. 39—41. Erwiderung von Geiss ebenda; Heinz Günther in: *Außenpolitik*, Jg. 12 (1961), H. 9, S. 600—611; Erwin Hölzle in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, Bd. 10 (1962), H. 1, S. 146 bis 150; Gotthold Rhode in: *Hist. Pol. Buch*, Jg. 10 (1962), S. 14 f.; Entgegnung von Geiss auf die Kritik Jablonowskis, Günthers und Rhodes in: *Der Monat*, Jg. 15, H. 171 (Dez. 1962), S. 58—62.

dazu zu bringen, den Italienern das Trentino zu überlassen und sie damit vom Kriegseintritt abzuhalten^{21a)}.

Um aber den Zaren zu solchen „Grenzkorrekturen“ und überhaupt für einen Separatfrieden zu gewinnen, hatte Bethmann Hollweg im Sinne, ihm territoriale Entschädigungen anzubieten. Wenn der Kanzler in diesen Tagen von seiner Hoffnung sprach, mit Rußland „in's Reine zu kommen“ und davon, daß Italien daß Trentino bekommen sollte und dafür Österreich-Ungarn die Bergwerksgegend östlich der schlesischen Grenze, dann sagte er auch, daß die Österreicher Ost-Galizien und die Bukowina verlieren würden. Das sei „eigentlich kein Verlust, sondern ein negativer Wert schon bisher“^{21b)}. War man doch in jenen Wochen in Berlin in Sorgen, daß das Wiener Kabinett versuchen würde, sich durch Preisgabe Ost-Galiziens an die Russen mit einem Sonderfrieden aus der Schlinge zu ziehen, Tendenzen, die unter dem Druck der italienischen Kriegsgefahr akut werden konnten. Der Gedanke aber, die von eigenen und die von feindlichen Truppen eroberten Gebiete als „Faustpfänder“ zu betrachten und für politische Kompensationsgeschäfte auszuspielen, gehörte, wie wir sahen, zur Politik des Reichskanzlers.

So stand die deutsche Politik mit dem Telegramm des Reichskanzlers nach Kopenhagen vom 6. März 1915 und den mit ihm zusammenhängenden Plänen mitten in dem traditionellen Beziehungssystem der drei europäischen Ostmächte. In ihm sah die deutsche Außenpolitik einen Ausweg, um über den Verständigungsfrieden mit Rußland aus einer schwer erträglichen militärischen Lage herauszukommen, in die sie durch den Krieg geraten war. Und dieser Kurs entsprach auch den Erwartungen und Hoffnungen, zu denen sich der Kanzler auf Grund der Meldungen aus Petrograd berechtigt glaubte.

Das bevölkerungspolitische Dilemma der Grenzsicherung

Im Rahmen dieser traditionellen Politik ist es nicht allzu überraschend, daß das Machtverhältnis der drei Ostmächte sich wie stets seit

21a) Darüber Näheres im Zusammenhang eines späteren Kapitels des in absehbarer Zeit erscheinenden Buches des Verf.

21b) Aufz. Haussmanns v. 9. März 1915 auf Grund einer Mitteilung des Chefredakteurs der F. A. Z., August Stein, über dessen Gespräch mit Bethmann Hollweg am 6. März 1915, Haussmann, *Schlaglichter* (1924), S. 27.

150 Jahren auf Kosten der polnischen Nation einpendeln und der schwankende Grenzverlauf der drei Reiche durch dieses Land ihr wechselndes Machtgewicht widerspiegeln sollte. Und so bewegten sich die deutschen Überlegungen zur Grenzsicherung im Osten dann leicht in Größenordnungen, die — ohne daß eine solche Absicht vorlag — einer erneuten Teilung Polens sehr nahe kamen²²⁾ und dies in der Hoffnung, darüber mit Rußland zur Verständigung zu kommen.

Dabei sollte im Zuge solcher strategischen Sicherheitsmaßnahmen dennoch Preußen nicht noch mehr mit einem Problem belastet werden, an dem es schwer genug zu tragen hatte. Dem preußischen Staat war es keineswegs erwünscht, sich mit weiteren Polen auseinanderzusetzen, schon gar nicht mit einer militärischen Sicherheitszone. Da Preußen nicht bereit war, Posen, Westpreußen, ja sogar Schlesien und damit sich selbst aufzugeben — und anders war „eine Polen befriedigende Auseinandersetzung . . . unmöglich“²³⁾ — entstand jetzt der Gedanke, daß der „an Preußen fallende Landstrich von den Russen evacuiert“ werden solle, wie der Kanzler und Preußische Ministerpräsident seinem bayerischen Kollegen in dem schon erwähnten Gespräch am 3. Dezember 1914 sagte²⁴⁾.

Im engsten Zusammenhang mit dem Friedensangebot vom 6. März 1915 an den Zaren wandte sich Bethmann Hollweg am 2. d. M. an den Vorsitzenden des Ostmarkenvereins Gänse, indem er die bereits im Dezember erbetene Denkschrift über die Besiedlung und Evakuierung der von Rußland abgetretenen Gebiete anmahnte²⁵⁾. Und zwar fragte er nach den

Eventualitäten der „Verpflanzung der polnischen ‚Grundbesitzer‘ dieser Gebiete nach Rußland und ihre Ersetzung durch deutsche Kolonisten aus Rußland“²⁶⁾. Gerade weil hieraus ein Symptom radikalster und menschlich hemmungslosester Annexionsbereitschaft gemacht worden ist²⁷⁾, das also den Zusammenhang mit einer außenpolitischen Lösung großer Mäßigung unglaubwürdig machen könnte, ist es nötig, das Problem nicht nur unter dem Aspekt der Bemühungen um strategische Grenzsicherungen, sondern auch ausführlicher als es das Thema eigentlich verlangt, unter dem der sich daran anknüpfende Ansiedlungs- oder Umsiedlungsgedanken und Pläne zu erörtern.

Dabei muß zuerst einmal festgehalten werden, daß der Gedanke einer mit Grenzsicherungen verknüpften Bevölkerungsverschiebung allgemein umging. Diese Töne einer herrischen und menschlich rücksichtslosen Sprache²⁸⁾ fanden sich nicht nur in dem gewohnten Vokabular der Alldeutschen, sondern auch in den Denkschriften der durch ihre politische Arbeit an der polnischen Frage interessierten Mitglieder des Ostmarkenvereins und der führenden Beamten der östlichen Provinzen Preußens, die, als sich der Gedanke der Annexionen von Grenzgebieten aus strategischen Gründen entwickelte, auf dem Wege der verwaltungstechnischen Vorbereitung ihr Gedankengut der Siedlungspolitik einfließen ließen, das ihnen womöglich wichtiger war als der

26) Ebenda.

27) So schreibt Geiss (a. a. O.), daß Bethmann Hollweg und Wahnschaffe „den Gedanken einer expansiven Siedlungspolitik im Osten ernsthaft verfolgten“ (S. 78), zu deren Verschleierung die Reichsleitung „stets die militärischen und strategischen Aspekte zu sehr hervorkehrte“ (S. 99). In groteskem Widerspruch zur Durchführung dieser These von Geiss steht ihre praktische Zurücknahme in seinem Schlußwort (s. u. Anm. 34), wie auch die im folgenden von Geiss übernommenen Details im wesentlichen eine ausschlaggebende Bindung der beteiligten Beamten an das geltende Recht ausdrückten.

28) So wurden etwa auch für den Fall von Annexionen in Frankreich und Belgien ähnliche Pläne erörtert, und es war im Hauptquartier bereits im September 1914 offensichtlich für Wilhelm II. ein beliebtes Thema, auf das nach den bedrückten Äußerungen Bethmann Hollwegs in seinem Begleitschreiben zur Septemberdenkschrift „Seine Majestät der Kaiser . . . immer von neuem“ zurückkomme. Er denke dabei an „Militärkolonien in der Form von Landzuwendungen an verdiente Unteroffiziere und Mannschaften“. Bethmann Hollweg an Delbrück, 9. Sept. 1914, DZA Potsdam, Reichskanzlei Nr. 2476, Bl. 47 f., Bl. 46—53, s. Anlage Nr. 22.

22) Werner Conze, *Polnische Nation und deutsche Politik im ersten Weltkrieg* (1958), S. 121 f.

23) Dies zitiert Otto Hoetzsch aus Bismarck, *Gedanken und Erinnerungen*, I, S. 132, in seiner Denkschrift „Vorläufige Gedanken zur polnischen Frage“, die er am 27. Nov. 1914 durch Raschdau zur Lektüre für den Reichskanzler an Wahnschaffe übersenden ließ; AA, Wk 20 c geh. Die Denkschrift wurde Ende Dez. 1914 auch als Manuskript gedruckt; Bibl. des AA, 1914. 3592. So auch der preuß. Innenminister v. Loebell, „Vollends lösbar ist sie geschichtlich nie, es sei denn gegen uns“, in seiner Denkschrift vom 29. Okt. 1914 über die Kriegsziele. Gekürzt abgedruckt als Anlage 11 in: Erich Volkmann, *Die Annexionsfragen des Weltkrieges*, W. d. U. A., 4. Reihe, Bd. 12, I, (1929), S. 187 ff. (Zitatnachweis: S. 189). S. auch Conze, a. a. O., S. 66.

24) S. o. Anm. 20.

25) Bethmann Hollweg an Gänse, 2. März 1915, DZA Potsdam, Reichskanzlei, Krieg 15, Bd. 2, Nr. 2442/11, nach Geiss, a. a. O., S. 88.

militärische und außenpolitische Zweck, den Bethmann Hollweg damit verfolgte²⁹⁾.

Auch ohne diesen zum Teil brutalen Unterton kam „mehr und mehr der Gedanke auf . . . Rußland soll da oder dort Land abtreten ohne Menschen“, weil als Ergebnis des Krieges sich allmählich der Eindruck vertiefte, daß sich Bevölkerungsverschiebungen organisieren ließen. „Früher hätte man das für phantastisch gehalten, und doch ist es nicht unausführbar.“ So schrieb selbst Meinecke an Walter Goetz Anfang Mai 1915 und sagte, daß er „schon längst“ die Idee gehabt hätte, einen Teil des polnischen Großgrundbesitzes aus Polen und Westpreußen nach Kongreßpolen zu „verpflanzen“, und er fragte anläßlich der Kurlandoffensive sogar, ob man nicht „die Letten nach Rußland abschieben“ könnte. Auch er dachte an einen Bevölkerungsaustausch zwischen Polen aus annektierten Grenzgebieten und Wolgadeutschen³⁰⁾. Daß solches technisch nicht mehr unmöglich sei und fern von dem Bild eines Leidenszuges organisiert werden könne, leitete der Oberpräsident von Ostpreußen aus der im großen und ganzen geglückten Massenflucht aus Ostpreußen und der Rückkehr der Flüchtlinge nach sechs Wochen ab³¹⁾. So hatte der Krieg die Proportionen des Menschenmöglichen und Erlaubten verschoben. Zu Millionen hatte Europa seine Massen als Heere in Bewegung gebracht. Hunderttausende starben in den Materialschlachten. Das Trommelfeuer der Offensiven machte keinen Unterschied mehr zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten, wenn etwa eine Stadt in die Frontlinie kam. Flüchtlingsströme irrten umher, und über 80 Millionen legte sich eine unerbittliche Hungerblockade. Wie groß war die Gefahr, das als vorübergehend gedachte Leid geordneter und begrenzter Bevölkerungsverschiebungen als klein und im Verhältnis zum Ziel des gesicherten Friedens, dem auch das große Leid untergeordnet war, als nicht sehr relevant zu betrachten. Die Konsequenzen eines Dammbrechens bis hin zur verheerenden Flut organisierter und blutiger Massenvernichtung und Verschleppung

oder einer von den Großmächten sanktionierten haßerfüllten Massenvertreibung kennen wir zwar, aber wer konnte das damals ahnen und wer wollte das?

Der Gedanke, für den Osten derartiges zu überlegen, ist von dieser allgemeinen Bereitschaft sicher gespeist worden, aber seine Entstehungsgeschichte weist auf viel begrenztere und konkretere Überlegungen hin. Das Thema bevölkerungspolitische Aktivität im Osten ist durch Überlegungen eröffnet worden, wie die durch den russischen Einbruch verursachte Entvölkerung Ostpreußens rückgängig zu machen sei.

Zu eben diesem Zeitpunkt wurden aus Rußland Nachrichten bekannt, daß Gesetze zur Enteignung des Grundbesitzes der Volksdeutschen in Rußland vorbereitet würden und damit insbesondere Hunderttausende von Wolgadeutschen „in großen Mengen“ nach dem Kriege „von ihrer Scholle gelockert“ würden, so daß mit Abwanderungen großen Stils zu rechnen sei³²⁾. So verknüpfte sich die Neubesiedlung Ostpreußens mit der Rückführung der Wolgadeutschen im Austausch gegen polnische und litauische Bevölkerung. Im Verlauf weiterer Überlegungen kam man dann von der Wiederansiedlung in Ostpreußen, zu der Oberpräsident Batocki auch Deutsche aus Kongreßpolen hinzufügen wollte, zu der Idee, dann schon eher in den strategischen Grenzstreifen die Bevölkerungsverhältnisse zu Gunsten der deutschen Volksgruppe zu verschieben. Beide Pläne sind nebeneinander erwogen worden. Obwohl die Aussiedlungspläne sich schon auf den Grenzstreifen bezogen, blieb die Ansiedlung der „Deutsch-Russen“ in Ostpreußen bis 1918 im Gespräch³³⁾.

32) Denkschrift O. Hoetzschs, a. a. O., S. 11. Erste Enteignungen im August 1914. Der Zarenukas kam dann am 15. Febr. 1915; nach Hölzle, Rezension der Arbeit Geiss, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Bd. 10 (1962), H. 1, S. 148. Zur Größenordnung der Flüchtlingsströme vergleiche „Polnische Blätter“, Bd. 2, Berlin 1916, S. 160. Sie nennen für November 1915 auf Grund russischer Zeitungsausschnitte die Zahl von 2,267 Millionen Flüchtlingen; nach Conze, a. a. O., S. 90, Anmerkung 36.

33) So Titel eines Aktenbandes im Preuß. Staatsarchiv Dahlem, Preuß. Staatsministerium Rep. 90 D II 1 Nr. 6 1065 „Maßnahmen gegen weitere Verminderung der Bevölkerung der Provinz Ostpreußen durch Aussiedlung rückwandernder Deutschrussen 1915—1918“ nach Geiss, a. a. O., S. 179. Geiss (S. 92) berichtet sogar über eine Auseinandersetzung um den Vorrang der Bevölkerung in Ostpreußen und im Grenzstreifen zwischen Oberpräs. Batocki und dem Chef der deutschen Zivilverwaltung in Polen, Kries, im Frühjahr 1915.

29) Nachweise bei Geiss a. a. O., S. 48 ff., ohne daß dabei eine genaue Bindung an die Zeit vor der Ostoffensive im Sommer 1915 immer eingehalten ist.

30) Meinecke an Goetz, 6. Mai 1915, in: Friedrich Meinecke, Ausgewählter Briefwechsel, hsg. v. L. Dehio, Werk, Bd. 6, S. 57 ff.

31) Batocki an Wahnschaffe, 20. Dez. 1914, DZA Potsdam, Reichskanzlei, Krieg 15, Bl. 190, nach Geiss, S. 75 f.

Diese Facherörterungen blieben so lange trotz aller Nebenmotive der Ostmarkenpolitiker ohne eigenes politisches Gewicht, wie die Sicherung einer strategisch besseren Grenze im Rahmen einer deutsch-russischen Verständigung stand. Die Politik der Verständigung setzte ohnehin zumindest in diesen bevölkerungspolitischen Details das Einverständnis der Russen voraus, und das in einer Frage, die sehr schnell zu einem Prestigepunkt gerade für eine russische Regierung werden konnte. Die völkerrechtlichen Voraussetzungen solcher Regelungen kannte die deutsche Regierung sehr gut³⁴⁾. Sie wurden sogar bewußt in den Vordergrund gespielt. Die ganze vom Kanzler oder vom Staatssekretär des Innern aufgeworfene Frage der bevölkerungs-politischen Konsequenzen hatte nämlich auch die Funktion auf zu große Annexionswünsche im Osten erschwerend und mässigend einzuwirken. Dabei bediente sich der Kanzler vornehmlich rechtsstaatlicher und auch völkerrechtlicher Argumente, in denen zum Ausdruck kam, daß, so wünschenswert Annexionen und auch Aussiedlungen seien, man „in der Ausführung aber wohl großen Schwierigkeiten begegnen“

34) Die Rechtsabteilung des Ausw. Amtes hat 1917 in Zusammenfassung aller früheren Hinweise erklärt, daß weder nach der Haager Landkriegsordnung noch nach dem Staatsrecht des Reiches und Preußens eine Regelung ohne Berücksichtigung der Gesetze des okkupierten Landes durch eine Ansiedlung möglich sei. Abgedr. bei H. Günther, a. a. O., S. 605 „Keine Polenaustreibung im Ersten Weltkrieg“. Darauf Geiss im Widerspruch zur ganzen Anlage und Grundthese seiner Arbeit S. 86: in bezug auf die Schwerin-Denkschrift: „... so drehte sich die regierungsinterne Diskussion später im Grunde nur noch darum, wie breit der Grenzstreifen ausfallen sollte, ob die Annexion schon im Kriege durchzuführen sei oder ob es praktisch durchführbar und politisch zweckmäßig sei, die Aussiedlungen überhaupt oder teilweise durchzuführen“ (Sperrungen von mir); oder im „Ausblick“ am Schluß S. 149: „Selbst die extremsten Befürworter der Aussiedlung innerhalb der Regierung, und sogar auch bei den Militärs, dachten im Grunde nur an eine systematische Auskaufung der Polen als Fortführung der preußischen Ostmarkenpolitik traditionellen Stils.“ Trotzdem ist dann für Geiss ein Satz möglich wie „das rechtsstaatliche Denken des Liberalismus (habe) selbst in der entstehenden völkischen Ideologie noch seine tiefen Spuren hinterlassen“. Damit macht er eine Grundlage des Zweiten Reiches — das rechtsstaatliche Prinzip —

würde³⁵⁾. Mit diesem Wink übergab zum Beispiel der Kanzler in seinem Begleitschreiben zur Denkschrift vom 9. September 1914 den auf Frankreich bezogenen kaiserlichen Aussiedlungsgedanken dem Gestrüpp der Verwaltung. Mit dem entscheidenden juristischen Fachbegriff der „Expropriierung“ lieferte Bethmann Hollweg dann allgemein dem der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und dem rechtsstaatlichen Prinzip verpflichteten Innenminister Delbrück das juristische Stichwort, das dieser dann auch gegenüber den Annexionsforderungen anwandte, die ihm die Vertreter der Industrie am 8. Dezember 1914 für den Osten vortrugen.

Damit band sich die kaiserliche Verwaltung an die Enteignungsvorschriften des preußischen Landrechtes, das einen Schutz des Grundeigentums beinhaltete, der abgesehen von der Ausweitung der schutzwürdigen Objekte auch heute in Deutschland verfassungsrechtliche Norm ist und nach dem Enteignungsbeschlüsse nur als Gesetze und damit durch parlamentarische Entscheidungen durchgesetzt werden können. Ob selbst ein preußisches Abgeordnetenhaus in öffentlicher Debatte eine größere und sei es nur einige hundert Familien betreffende Aussiedlung hätte riskieren können, ohne damit einen an Revolutionsnähe reichenden innenpolitischen Sturm in Deutschland zu entfachen, etwa noch unter der Alternative Separatfrieden mit Rußland oder Enteignung von Polen, halte ich für völlig ausgeschlossen. Das alles waren Schwierigkeiten, die selbst die leidenschaftlichen Siedlungspolitiker, wie der Posener Oberpräsident von Schwerin oder der Oberregierungsrat Conze, kannten. Einmal kamen sie deshalb zu dem Gedanken der „teilweisen“, nur die selbständige Landbevölkerung betreffenden Enteignung — zum ändern wichen sie in unauffällige und unter dem Schutz der Okkupation eher mögliche de facto-Maßnahmen aus, aber auch dies nur im Sinne einer „Förderung“ durch kleinliche Schikanen

zur „Spur“, die „völkische Ideologie“ aber zur Grundlage und verschiebt so vollständig die Gewichte. Das ist es, was seine im Detail sicher fruchtbare Spezialarbeit letztlich unbrauchbar macht.

35) Bethmann Hollweg an Delbrück, 9. Sept. 1914, DZA Potsdam, Reichskanzlei 2476, Bl. 48, s. Anl. Nr. 22.

als die hierfür möglichen Mittel der Verwaltungspraxis³⁶⁾.

Delbrück selbst operierte etwa gegenüber dem Überbringer der großen Kriegszielenkschrift vom 8. Dezember 1914 mit bevölkerungs- und besiedlungspolitischen Argumenten. Je größer die Annexionen desto schlimmer die innerpolitischen Belastungen. Deutschland solle sich kein „zweites Elsaß oder Polen“ zulegen. „Eine großzügige Expropriierung . . . sei aber auch keine leichte Aufgabe, da wir keinen Überschuß an Menschenmaterial haben.“ Gegen dieses Argument, daß nämlich Deutschland schon lange unterbevölkert und Einwanderungsland sei, hatte Roetger nichts anderes vorzuschlagen, als daß man dann wohl auf den Neubauerstellen Invaliden einsetzen könne, worauf Delbrück nur fragte, wieso denn Invaliden einen Hof bewirtschaften, geschweige denn neu aufbauen könnten³⁷⁾.

36) Geiss, a. a. O., S. 94, und die Denkschrift Schwerins vom 25. März 1915 in DZA Potsdam, Reichskanzlei, Krieg 15, Vorschläge zu Friedensverhandlungen Bd. 2 Nr. 2442/11; s. Geiss S. 84. Schwerin schreibt in einem betont radikalen Stil, aus dem die Erwartung bürokratischer Widerstände spürbar ist: „Es darf nicht vor Worten zurückgeschreckt, sondern es muß mit entschlossener Tat eingegriffen werden“. Geiss (S. 84) kommt auf Grund der Denkschrift Schwerins auf eine Zahl von 3,3 Millionen betroffenen Polen und Juden. Die von Beseler vorgeschlagene Grenzziehung, die sich nach Conze (a. a. O., S. 121) mit den Vorstellungen Ludendorffs deckte, umfaßte 725 000 Polen und 94 000 Juden (die Städte eingeschlossen). Der Verwaltungschef von Kries schlug als Maximum ein Gebiet vor, das 126 000 Polen und 19 000 Juden enthielt (Conze, S. 122, Anm. 27). Bei einer Beschränkung auf den Großgrundbesitz und selbständige Großbauern muß wohl statt in Millionen in Zehntausenden gerechnet werden, was unabhängig davon, daß auch solche Zahlen die Frage der Menschlichkeit nicht aus der Welt schaffen, doch ein gewaltiger Unterschied ist. Selbst ein Mann wie Schwerin dachte dabei an Übergangsfristen bis zu zehn Jahren, mit dem Einschluß einer Entschädigung der ausgesiedelten polnischen Bauern, die er als einen Punkt der Verfügungen des Friedensschlusses dem polnischen „Schutzstaat“ auferlegt sehen wollte (Geiss, S. 85 f.).

37) Aufz. Stresemanns über Unterredungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern, Delbrück, vom 8. Dez. 1914, AA, Nachlaß Stresemann, Polit. Schriftwechsel, Bd. 139; s. Anl. Nr. 38 Die Denkschrift, die anlässlich jener Unterredungen Bethmann Hollweg und Delbrück überreicht wurde, war von dem am 7. Nov. 1914 von Roetger angeregten Unterausschuß des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, der „vom wirtschaftlichen Standpunkt aus die Frage der Erweiterung des deutschen Gebietes durch Neuerwerbungen“ prüfen sollte, ausgearbeitet worden. Hierzu: Aufz. über die Sitzungen des Unterausschusses des Kriegsausschusses der deutschen Industrie am 7. Nov. 1914, ebenda; und Stresemann an den

Insoweit muß der stete Hinweis von seiten der Reichsleitung auf die bevölkerungspolitischen Konsequenzen der für den Fall der Annexion als notwendig angesehenen Aussiedlung vor allem als bewußte Behinderung allzuweitgehender Annexionsforderungen verstanden werden und als Versuch, die Proportionen der Erwerbungen im Osten nicht ins Expansive gleiten zu lassen. Denn wesentlich ist, daß die Annexion dieses Grenzschutzstreifens für den Kanzler und für die führenden Militärs zur Idee einer Friedenspolitik gehörte, die mit einer, wie man meinte, für den Zaren ertragbaren Abtretung den Ausgleich mit dem großen Nachbarn im Osten suchte. Darauf deutet auch hin, daß dieser Grenzschutzstreifen für Ostpreußen gerade in Denkschriften auftaucht, die sich für die Verständigung mit Rußland und so auch gegen eine Abtrennung von Russisch-Polen erklären. Die polnische Frage, so argumentierte der preußische Innenminister von Loebell³⁸⁾, sei am besten durch die polnischen Teilungen gelöst und die Erhaltung des polnischen Besitzes für die Russen vom Zaren bis zum Bauern ein Ehrenpunkt; sein Verlust würde Revanchegedanken hervorbringen, die denen der Franzosen nicht nachständen. Der zum Schutze Ostpreußens begehrte polnische Landstreifen aber sei für die Russen von wirtschaftlich geringem Wert und würde um so leichter und schmerzloser entbehrt werden, wenn ihnen der polnische Besitz sonst ungeschmälert bliebe. Es gab sogar Vorkämpfer der Idee einer deutsch-russischen Verständigung, wie den konservativen Historiker Otto Hoetzsch, der den Sonderfrieden unter „mäßiger und von Rußland tragbarer Veränderung des status quo ante bellum“ erstrebte³⁹⁾, darunter aber eine Grenzlinie verstand, die mit einer südlichen Verlängerung der Bobr-

sächsischen Staatsminister des Innern, Graf Vitzthum (dem in der Anlage ebenfalls die Denkschrift übersandt wurde), 1. Dez. 1914, sowie dessen Antwortschreiben vom 4. Dez. 1914, ebenda.

38) Denkschrift des preuß. Innenministers v. Loebell v. 29. Okt. 1914, s. o. Anm. 24.

39) Denkschrift von Otto Hoetzsch v. 27. Nov. 1914, s. o. Anm. 24. — Charakteristisch für das Bemühen, das Sicherheitsmotiv mit dem des Separatfriedens in Einklang zu bringen, sind die Ausführungen von Hoetzsch in seinem Kreuzzeitungs-Artikel v. 23. Dez. 1914: „Heute ist aber doch klar, daß unser Krieg im Osten der Sicherung gilt, der Sicherung unserer Ostgrenze, der Sicherung unserer Verbündeten Österreich-Ungarn als einer europäischen Großmacht, und der Sicherung der uns verbündeten Türkei. Die Lebensinteressen all dieser Mächte und die Rußlands lassen sich vereinigen . . .“. „Der Krieg und die große Politik“, Bd. 1 (1917), S. 33.

Narewlinie entlang der Warthe bis zur österreichischen Grenze bei Czentschochau auch dem Schutze des schlesischen Industriegebietes dienen sollte.

So bewegte sich denn die Polenpolitik des Kanzlers zu dieser Zeit auf der historisch konservativ-dynastischen Linie, die auf dem Rücken der Polen der Verständigung der Teilmächte diene. Deutschland, so sagte Bethmann Hollweg zum österreichisch-ungarischen Botschafter, Prinz Hohenlohe, am Tage nach der Rückkehr vom Posener Hauptquartier, dem 7. Dezember, wünsche weder einen unabhängigen polnischen Staat⁴⁰⁾ noch beanspruche er selbst großen territorialen Zuwachs⁴¹⁾. In Fortsetzung der traditionellen preußischen Rußlandpolitik und unter dem Gesichtspunkt zukünftiger Freundschaft mit dem östlichen Nachbarreich ist diese Sicherheitspolitik Bethmann Hollwegs zu verstehen, die, solange noch die Hoffnung auf einen separaten Friedensvertrag bestand, nicht an einer Neuordnung Osteuropas interessiert war. Erst als sich Rußland einer Verständigung entzog, sollte sich der Reichskanzler zu Maßnahmen bekennen, die geeignet waren, einen „Damm gegen die slawische Gefahr“ zu errichten.

Schwarze Tage für die deutsche Diplomatie

„Hat Andersen schon aus Petersburg berichtet?“ fragte der deutsche Reichskanzler in Kopenhagen in seinem Telegramm vom 6. März an⁴²⁾. Vier Tage darauf erfuhr er das Ergebnis der Mission des dänischen Vermittlers, der nach fast vierzehntägiger Abwesenheit wieder in der dänischen Hauptstadt eingetroffen war⁴³⁾. Aber er brachte alles andere als Friedenszeichen. „Je länger ich reise, desto weiter entferne ich mich vom Friedensgedanken“, so faßte Andersen das Ergebnis seiner Bemühun-

40) Ber. Hohenlohes vom 7. Dez. 1915 über Unterredung mit Bethmann Hollweg, H. H. St. A. Wien, PA I/040.

41) So erging denn auch damals die Weisung, da Konzessionen für Finnland von den Russen schwer zu haben seien, den Finnen keine wirklichen Zusicherungen zu geben. „Sollte sich etwa jetzt die Möglichkeit für Separatfrieden mit Rußland ergeben, können wir das Programm unserer Forderungen nicht übermäßig belasten.“ Jagow an Ausw. Amt, 25. Dez. 1914, s. Anlage Nr. 9, Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/61, S. 336.

42) Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau, Tel. Nr. 167, 6. März 1915, s. Anl. Nr. 39.

43) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 421, 10. März 1915 u. Tel. Nr. 429, 11. März 1915, AA, Wk 2 geh.

gen zusammen. Überall habe er eine „unbedingte Einmütigkeit“ in der Ablehnung seiner Vorschläge, „sogar in den Finanzkreisen“ gefunden. Dabei bezog sich dieses Urteil noch gar nicht einmal auf die Idee des russischen Sonderfriedens, sondern auf die eines Friedens überhaupt. In London habe er verhältnismäßig günstige Dispositionen, in Berlin Reserve, in Petersburg aber direkte Ablehnung gefunden! Nach seiner Ansicht seien die Russen für den Friedensgedanken „noch nicht reif“. In dem Zaren traf er nicht den willensschwachen, friedliebenden Monarchen, der nur genug in seinen guten Absichten unterstützt zu werden brauchte, um dann sofort in einen Verständigungsfrieden einzuwilligen, wie man sich das am Berliner, vor allem auch am dänischen Hofe vorstellte. Er macht auf Andersen im Gegenteil einen „überraschend sicheren und zuversichtlichen Eindruck“. Zu den dänischen Vermittlungsvorschlägen sagte Nikolaus, daß er das furchtbare Blutvergießen zwar beklage, aber „bis zum Frieden sei es ja noch weit“. Nicht viel anderes hörte Andersen von Sasonow, der ihm sogar kategorisch erklärte, Rußland werde „niemals einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen“, und dabei nicht unterließ, auf die Bemühungen anzuspielen, die von „unberufener Seite“ dafür gemacht würden⁴⁴⁾.

Mit bissiger Verachtung distanzierte er sich von Witte, der alt werde und durchaus eine Rolle spielen wolle. Der dänische Außenminister, der sich zunächst am 10. März mit dem deutschen Gesandten über Andersens Rußlandreise aussprach⁴⁵⁾, meinte zwar, daß dieser wenigstens vorbereitende Dienste geleistet habe, und wies darauf hin, daß der Zar ihn eingeladen habe, nach sechs Wochen wiederzukommen. Brockdorff-Rantzau aber vermutete noch ganz andere Ursachen der niederschmetternden Meldungen über die russische Kriegswilligkeit in Andersens Bericht: nämlich dessen Rücksichtnahme auf das Ziel der deutsch-englischen Verständigung*). Er versuchte daher, Andersen, der ihm am folgenden Tage aufsuchte, auf den Zahn zu fühlen. Was dieser selbst in Dunkel zu hüllen versuchte,

44) Sasonow bezieht sich auf Gespräche des deutschen Gesandten in Stockholm, von Lucius, mit dem Russen Nobel, s. Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 421, 9. März 1915, AA, Wk 2 geh.

45) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 421, 10. März 1915, AA, Wk 2 geh.

*) Die Reise Andersens nach London Ende Januar 1915 sowie die Frage eines deutsch-englischen Friedens behandelt ein Kapitel in dem in absehbarer Zeit erscheinenden Buche des Verf.

was der Gesandte aber über Scavenius erfuhr, zeigte jedenfalls deutlich, daß die Engländer das ihre getan hatten, um einen Separatfrieden zu durchkreuzen⁴⁶⁾. Buchanan, nach Brockdorff-Rantzau's Mutmaßung von London angewiesen, Andersen „in nächster Nähe zu überwachen“⁴⁷⁾, hatte ihn gleich mit den Worten empfangen, er komme wohl, um für einen Separatfrieden mit Deutschland zu arbeiten. Worauf ihm dieser scharf erwiderte, „er komme im Auftrage des Königs von Dänemark, höchstwelcher ihn persönlich bei dem Zaren angemeldet habe“⁴⁸⁾.

Doch dies war nur eine der Hiobsbotschaften, die Bethmann Hollweg erhielt. Wenige Tage nachdem er die Zeit in Petersburg für so reif gehalten hatte, daß er dorthin deutsche Friedensbedingungen lancieren ließ, mußte er nach Eingang der Telegramme aus Kopenhagen am 11. März feststellen, daß in Rußland „momentan von Kriegsmüdigkeit keine Spur“ sei. Zur gleichen Zeit erkannte er, daß „in Frankreich die absolute Siegeszuversicht in beständigem Wachsen“ sei. Dazu kam die wachsende Sorge um den drohenden Kriegseintritt Italiens und Rumäniens⁴⁹⁾.

Der stärkste Schlag folgte wenige Tage darauf. Am 13. März starb Witte. In Petersburg tauchte sehr bald das Gerücht auf, er hätte kein natürliches Ende gefunden. Die einen behaupteten, er sei von politischen Gegnern vergiftet worden⁵⁰⁾, andere glaubten zu wissen, er habe Selbstmord verübt, als er hörte, daß man den Beweis seiner mit Deutschland geführten Unterhandlungen in die Hände bekommen hätte⁵¹⁾. Äußerungen seines Arztes in Salzschlirf vom Juli 1914 lassen aber erkennen, daß Witte schon damals ein vom Tode gezeichneter Mann gewesen war⁵²⁾. Als Todesursache wurde Gehirntumor angeführt⁵³⁾. Das Echo, das der Tod Wittes in Kreisen der Diplomatie fand, bestätigt, daß er als ein Machtfaktor empfunden worden war. Paléologue telegraphierte an Delcassé: „Mit

ihm ist ein mächtiger Intrigenherd erloschen.“⁵⁴⁾ Unverhohlen gab der Zar seiner Freude über das plötzliche Ende seines früheren Ministerpräsidenten Ausdruck. Vor dem französischen Botschafter betonte er feierlich in einer Gesellschaft, daß er in diesem Ereignis ein Zeichen Gottes erblicke⁵⁵⁾. An diesem Tage ging der Zar „mit besonderer Seelenruhe“ auf Reisen, so daß er sich selber wunderte: „Ob das“, so meditierte er⁵⁶⁾, „daher kommt, daß ich gestern Abend mit unserm Freund [Rasputin] geplaudert habe, oder wegen der Zeitung, die mir Buchanan gegeben hat, oder infolge des Todes von Witte, vielleicht auch infolge der Ahnung, daß im Kriege etwas Schönes passieren wird — ich weiß es nicht, aber in meinem Herzen herrscht wahrer Osterfrieden.“

Es drängt sich die Frage auf, ob Witte, wenn er länger gelebt hätte, eine Chance gehabt hätte, Einfluß auf die russische Politik zu gewinnen, wie es Bethmann Hollweg und Jagow erhofften, und etwa, wie er mit seinem Brief an Mendelssohn der deutschen Regierung ankündigte, wieder zur russischen Friedensdelegation zu gehören⁵⁷⁾. Dafür spricht, daß sich in den folgenden Monaten Rasputins Stellung noch verstärkt hatte, besonders nachdem er im September 1915 mit Hilfe der Zarin den Machtkampf gegen den Großfürsten gewann, der als „Höchstkommandierender“ abgesetzt wurde. Die Verbindung Rasputins mit Witte beruhte auf der gemeinsamen Überzeugung, daß dem Krieg ein Ende gemacht werden müsse, bevor er zur Revolution führen würde. Wie man der Mehrzahl der Verhöre vor der Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung entnehmen kann, war Rasputin weder ein deutscher Spion noch ein Verräter⁵⁸⁾. Doch was

54) Paléologue, a. a. O., 13. März 1915; I, 317; dt. I, 307.

55) Paléologue, a. a. O., 16. März 1915; I, 321; dt. I, 301.

56) Nikolaus an Alexandra, 13. März 1915, russ. III, 116; dt. I, 87 f.

57) Witte hatte die Friedensverhandlungen nach dem russ.-japan. Krieg geleitet und am 5. Sept. 1905 den Vertrag von Portsmouth unterzeichnet.

58) So auch Grigorij Petrowitsch Girtschitsch, der der Untersuchungskommission angehörte; s. Spirodowitsch (Chef der Geheimen Sicherheitspolizei am Zarenhof), Rasputin (1939), S. 245. Nur nach der Aussage von Rodsjanko (s. Bd. 7 der Untersuchungsprotokolle) handelte Rasputin bewußt nach Direktiven aus Berlin. Der ehemalige Innenminister A. N. Chwostow hielt Rasputin für einen „unbewußten Spion“, für ein Werkzeug der deutschen Spionage, ohne freilich Beweise dafür anführen zu können; s. die Aussagen Chwostows am 18. März 1917, in: Der Sturz des zaristischen Regimes (russ.), Bd. 1, S. 30 ff.

46) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, Tel. Nr. 436, 12. März 1915, AA, Wk 2 geh.

47) Brockdorff-Rantzau an Bethmann Hollweg, 14. Febr. 1915, AA, Wk 2 geh.

48) Brockdorff-Rantzau an Ausw. Amt, 12. März 1915, s. o. Anm. 46.

49) Bethmann Hollweg an Valentini, 12. März 1915, s. Anlage Nr. 42.

50) Vgl. Aron Simanowitsch, (Erinnerungen) dt. Ausg.: Der Zar, der Zauberer und die Juden (1943), S. 133.

51) Paléologue, a. a. O., 23. März 1915, I, 327; dt. I, 307.

52) Carl Graf Moy, Was mir Minister Witte erzählte, in: Berl. Monatsh. (1930), S. 837.

53) Paléologue, a. a. O., 23. März 1915, s. o. Anm. 51.

der eine seiner Morder, unmittelbar, nachdem er seine Schüsse abgefeuert hatte, dem wachhabenden Polizisten als Tatmotiv angegeben haben soll, offenbart einen Teil der Wahrheit: daß er ein Freund der Deutschen gewesen sei und den Frieden gewollt habe, und daß der Krieg nun weitergeführt werden könne⁵⁸⁾. „Ein Freund der Deutschen“ war Rasputin ebensowenig wie Witte, der trotz oder gerade wegen seiner deutschen Abstammung väterlicherseits nicht einmal die deutsche Sprache erlernt hatte. Aber beide spürten das kommende Unheil und suchten, um Rußland vor der Revolution zu bewahren, den Frieden mit Deutschland, den auch dieses als Ausweg aus seiner bedrängten Lage erstrebte.

Eine andere Frage ist, ob die politischen Ziele und die Konzeption des Grafen Witte sich mit den deutschen Bestrebungen um den russischen Sonderfrieden vereinen ließen. Ver-

langte Witte doch nicht nur, wie er in Berlin hatte wissen lassen, für sein Land „Sicherungen und Garantien“, was ja auch die Deutschen mit den gleichen Worten zur Abwehr der „russischen Gefahr“ für nötig hielten. Sondern die Sondierungen der Mittelmänner, die Giers im Oktober in Konstantinopel vorgeschickt hatte, und schließlich die Konzeption der Witteschen Friedensordnung vom Januar 1915 lassen erkennen, daß Deutschland auch seine Bundesgenossen preisgeben sollte. Witte glaubte wohl, Deutschland ein solches Opfer zumuten zu können, da seiner Ansicht nach ja der Krieg kein „entscheidendes Endergebnis“, sondern nur eine gegenseitige „völlige Erschöpfung“ bringen würde, und gerade dies könnte Deutschland ermöglichen, sich neu zu orientieren und für den zukünftigen Bund mit Frankreich und Rußland den Preis des Verlustes seiner gegenwärtigen Bundesgenossen zu zahlen.

XI. Die „Politik der Diagonale“

Die Frage von Krieg und Frieden war auch ein innerpolitisches Problem. Für den 10. März war der Reichstag einberufen worden, um weitere Kriegskredite zu bewilligen. Sie waren jetzt in den Gesamtetat einbezogen. Damit wurde die Sozialdemokratie vor eine neue Grundsatzfrage gestellt, hatte sie doch im Reichstag noch niemals das Budget bewilligt. Dennoch bestand kein Zweifel, daß der Etat — mit zehn Milliarden der größte der Reichsgeschichte — die Zustimmung der Parteien finden würde. Doch war nicht zu erwarten, daß die Sitzungen wieder zu einer Demonstration der nationalen Einheit werden würden, wie es die vom 4. August und vom 2. Dezember gewesen waren. Vielmehr waren infolge der Gegensätze in der Kriegszielfrage scharf divergierende Erklärungen zu befürchten mit umfangreichen Kriegszielforderungen auf der einen und dem Verlangen nach einem schnellen, annexionslosen Frieden auf der anderen Seite.

Ein so umstrittener Reichskanzler wie Bethmann Hollweg konnte es sich aber weder leisten, daß die Idee des Burgfriedens sozusagen offiziell von der Rednertribüne des Reichstages für bankrott erklärt würde, noch ließ sich der Eindruck einer in sich geschlossenen Nation für die Außenpolitik entbehren; denn das war der Grundton öffentlicher Kund-

gebungen in Deutschland geblieben, daß die einmütige Gesinnung des deutschen Volkes eine moralische Kraft sei, um die materielle und zahlenmäßige Überlegenheit der Feinde auszugleichen. Die Staatsführung brauchte diesen psychologischen Machtfaktor um so mehr in einem Augenblick, in dem sie sich anschickte, Friedensfühler auszustrecken.

Gefahr einer annexionistischen Kundgebung ...

Mit den Bemühungen der deutschen Regierung um einen russischen Sonderfrieden und mit der schlechten Kriegslage im Osten hätte es sich kaum vertragen, wenn im deutschen Reichstag Kriegszielforderungen mit Gebietsansprüchen erhoben worden wären, wie sie in Kreisen der Wirtschaft von einer „Kriegszielbewegung“ genannt wurden. In engem Zusammenwirken mit den alldeutschen Führern Class und Hugenberg — letzterer war damals Generaldirektor der Kruppwerke —, hatte der nationalliberale Abgeordnete Hirsch (Essen)¹⁾, Syndikus der Handelskammern für die Kreise Essen, Mühlheim/Ruhr und Ober-

1) Hartwig Thieme, Nationaler Liberalismus in der Krise, Die nationalliberale Fraktion des Preussischen Abgeordnetenhauses 1914/18 Diss. (masch.) 1961, S. 72ff., S. 252 Die Arbeit erscheint demnächst gedruckt mit wesentlich erweitertem Quellenteil als Band 11 der „Schriften des Bundesarchives“.

59) Vgl. Simanowitsch, a. a. O., S. 218.

hausen, auch Vorstandsmitglied des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“, fünf führende Wirtschaftsverbände, die sich bisher bitter bekämpft hatten, auf ein Kriegszielprogramm geeinigt: den Bund der Landwirte, den deutschen Bauernbund, den Zentralverband deutscher Industrieller, den Bund der Industriellen und den Reichsdeutschen Mittelstandsverband. Eine von diesen unterschriebene Eingabe an den Reichskanzler wurde Bethmann Hollweg für die Reichstagsöffnung vom März übermittelt²⁾, und gleichzeitig veröffentlichte die bürgerliche Presse die Forderung nach Freigabe der Kriegszieldebatte³⁾.

Diese Denkschrift der Wirtschaftsverbände war nach den Worten ihres Organisators, Hirsch (Essen), „das größte Mißtrauensvotum, welches einer Regierung je erteilt“ sei⁴⁾, und hatte den ausgesprochenen Zweck, einen Reichskanzler unter Druck zu setzen, der die Nation um die Früchte ihres Sieges zu bringen drohe, der „das Erkämpfte wieder preisgibt und einen vorzeitigen Frieden macht, der ja auch einen Ersatz der Kosten ausschließt“⁵⁾. „Denn“, so motiviert Hirsch (Essen) die Aktion, „heute glaubt kein Mensch mehr daran, daß die Regierung überhaupt daran denkt, der Volksstimmung und den Volkswünschen Rechnung zu tragen.“⁶⁾ Begründet mit dem Vernichtungswillen der Feinde und mit Berufung auf die Formel von

2) Aufgenommen in eine ebenfalls an den Reichskanzler gerichtete „Petition“ v. 20. Mai, der als sechste Unterzeichner die „christlichen Bauernvereine“ beitraten. Salomon Grumbach, Das annexionistische Deutschland (1917), S. 124 ff. Graf Westarp, Konservative Politik (1933), Bd. II, S. 46. Westarp hatte bei der Abfassung seiner Memoiren Zugang zu den Akten der Reichskanzlei. Er bemerkte dazu, die bis in die Einzelheiten durchgearbeiteten Vorschläge hätten „für konstruktiv denkende Menschen in ihrer starren logischen Konsequenz etwas Bestechendes“; ebd., S. 45. Weiteres Material bei Heinrich Claß, Wider den Strom (1932), S. 433 ff. Vgl. Erich Volkmann, Die Annexionsfragen des Weltkrieges, Sachverständigen-gutachten vom 9. Juni 1926, W d U A., 4. Reihe, Bd. 12, 1 (1929) und Hans W. Gatzke, Germany's Drive to the West (1950) S. 7 ff., sowie Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890 — 1939 (1954), S. 77 ff.

3) Aufgeführt bei Westarp, a. a. O., II, S. 43, Anm. 2.

4) Hirsch (Essen) an Schifferer, 13. März 1915, Nachl. Schifferer, nach Thieme, a. a. O., S. 74 und S. 300, Anm. 4.

5) Hirsch (Essen) an Schifferer, 21. März 1915, Nachl. Schifferer, nach Thieme, a. a. O., Anl. S. 270.

6) Ber. Hirschs (Essen) über die Vorgänge in Berlin, 4. März 1915, Nachl. Schifferer, nach Thieme, a. a. O., S. 73.

einem Frieden, „der den aufgebrachten Opfern entspricht und die Gewähr einer Dauer in sich trägt“, wurde in der Eingabe der für sicher gehaltene Sieg für eine „starke wirtschaftliche und militärische Schwächung unserer Gegner“ in Anspruch genommen. Damit sei der Frieden eher gesichert als durch den Schutz von Verträgen, „die man im passenden Fall doch wieder mit Füßen tritt“. Im Westen forderten die Interessenverbände „zur Sicherung der Seegeltung und militärischen und wirtschaftlichen Zukunftsstellung gegenüber England“ die Herrschaft über Belgien und den Besitz des angrenzenden französischen Küstengebietes „bis etwa zur Somme und damit den Ausweg zum Atlantischen Ozean“, dazu das Hinterland unter militärstrategischen Erwägungen mit der Maaslinie und den Erz- und Kohlengruben in Briey und Longwy. Dieser „im Westen zu erwartende große industrielle Machtzuwachs“ müsse „ein Gegengewicht finden durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet“⁷⁾. Class und Hugenberg hatten sogar eine Grenze von der Südostecke Schlesiens über Grodno/Wilna bis zum Peipussee und bis zur Narwamündung vorgeschlagen, aber das erschien den konservativen Parteiführern Heydebrand und Westarp als „Utopien und reine Kanngießereien“⁸⁾. Die etwas umständliche Formulierung des Kriegszieles im Osten lautete demnach: „eine erhebliche Erweiterung durch Angliederung mindestens von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon liegenden Gebiete unter der Berücksichtigung des Zieles, unsere östliche deutsche Grenze militärisch verteidigungsfähig zu gestalten.“

Von dieser Seite war also in einer Kriegszieldebatte einiges zu erwarten. Und zwar im gleichen Augenblick, da Bethmann Hollweg die Vermittlung Scavenius' und Andersens in Anspruch nahm, um in Petersburg wissen zu lassen, daß die Sorge des Zaren vor zu hohen Forderungen unbegründet sei⁹⁾. Sowohl für Wittes Friedenskampagne wie für die über Andersen angeknüpften höfischen Beziehungen in Zarskoje Selo war es von wesentlicher Bedeutung, daß die Russen nicht durch annexionistische Reden im deutschen Reichstage abgeschreckt wurden.

7) S. Grumbach, a. a. O., S. 124 ff. s. o. Anm. 2.

8) Westarp an Heydebrand, 28. Dez. 1914 und Heydebrand an Westarp, 31. Dez. 1914; Westarp, II, a. a. O., S. 42 f.

9) S. Anl. Nr. 39.

... und einer sozialdemokratischen Friedenskundgebung

Bethmann Hollweg wollte aber auch verhindern, daß die Reichstagssitzung zu einer Friedenskundgebung führte. Die Russen dürften vor allem nicht den Eindruck bekommen, als ob das deutsche Volk des Krieges müde geworden sei. „In deutschen Eroberungsgelüsten so gut wie in deutschen Entsagungsbeteuerungen entstanden den Gegnern wertvolle Bundesgenossen“, konstatierte Bethmann in seinen Erinnerungen¹⁰⁾. Zeigte sich dagegen, daß Volk, Armee und Regierung entschlossen waren, auch einen langen Krieg durchzuhalten, so mochte der Feind eher geneigt sein, ihn unter Verzicht auf weiterreichende Kriegsziele zu beenden. Zudem verlangte im Augenblick das Ringen um Italien und die neutralen Balkanstaaten ein Gesicht von Stärke und Machtbewußtsein, von Siegeswillen und Siegeszuversicht.

Eine Friedenskundgebung war von der SPD zu erwarten. Selbst der größte Teil der deutschen Arbeiter, an der Front und in der Heimat, war von Siegeswillen erfüllt. — „Unererschütterlichen Willen zum Durchhalten, bis zum Siege“ gab Scheidemann seinen Parteigenossen als Neujahrsparole für 1915^{10a)}. — Bethmann Hollweg konnte deshalb den Alldeutschen entgegen, daß der „Krieg und seine Erfahrungen“ den nationalen Machtwillen zum Gemeingut des Volkes gemacht hätten und es sich daher erübrige, eine Völkerverbrüderungsideologie zu bekämpfen¹¹⁾. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten die Kriegskredite am 4. August nicht nur bewilligt, weil sie von der Atmosphäre patriotischer Begeisterung mitgetragen wurden und sonst nach einem Worte Noskes „vor dem Brandenburger Tor zu Tode getrampelt“ worden wären. Hier wurde eine Auseinandersetzung zwischen dem klassenkämpferisch-internationalen Element in der Partei und dem reformistisch-nationalen entschieden, die die deutsche Arbeiterbewegung seit dem Tode Lassalles beherrscht hatte. Es war mehr als ein Symbol,

daß die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordnete am 4. August beim Kaiser-Hoch nicht mehr wie früher den Saal verließen, sondern sich erhoben, als es in der verabredeten Form auf „Kaiser, Volk und Vaterland“ ausgebracht wurde — man beobachtete sogar, daß ein Teil leise mitgerufen hätte^{11a)}. Die Arbeiterschaft fühlte sich nunmehr zugehörig zum Staat und war ihm — nicht zuletzt über Armee und Marine — mit „Sieg oder Niederlage“ verbunden. Die Parteiführung war auch bereit, mit den Gewalten zusammenzuarbeiten, die sie bisher bekämpft hatte; man wollte, erklärte der Abgeordnete Cohen (Reuss) am 2. Oktober 1914 dem Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Wahnschaffe, „mit der Monarchie und dem Heere Frieden machen“¹²⁾. Aber die Sozialdemokraten waren doch niemals von der Forderung abgegangen, die sie bei der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 erhoben hatten, daß der Krieg kein Eroberungskrieg werden dürfe. Diese Erklärung, die der konservative Parteiführer Graf Westarp noch nach dem Krieg vorwurfsvoll ein „Dogma“ nannte¹³⁾, verlangte, daß dem Kriege ein Ende gemacht würde, sobald das Ziel der Sicherheit erreicht und die Gegner zum Frieden geneigt seien¹⁴⁾. Noch wenige Stunden bevor dieser Text von Haase verlesen wurde, hatte die Fraktion sogar beabsichtigt, der Regierung darin die Wiederaufnahme des Kampfes anzukündigen, wenn sich aus dem Verteidigungskrieg ein Eroberungskrieg entwickelte. Eine hierfür von Kautsky entworfene Formulierung wurde erst unter der Einwirkung Bethmanns und Wahnschaffes fallen gelassen, weil die Konservativen wegen ihres „pazifistischen Inhaltes“ mit einer Gegenklärung gedroht hatten¹⁵⁾. Der Kanzler hatte den Sozialdemokraten dargelegt, daß dieser Satz in England, das damals noch nicht in den Krieg eingetreten war, so aufgefaßt werden könnte, als ob die Regierung von

10) Bethmann Hollweg, Betrachtungen, Bd. II, S. 29.

10a) Scheidemann, Memoiren (1928), Bd. I, S. 328. Nach Scheidemanns Angaben a. a. O. fiel Haase wegen dieser Neujahrswünsche „wütend“ über ihn her, während er selbst geltend machte, „daß die Abwehr der Entente ein glänzender Sieg für Deutschland sein würde“.

11) Bethmann Hollweg an General der Kavallerie z. D. v. Gebattel, 13. Mai 1915, Claß, a. a. O., S. 407.

11a) Aufz. Haussmanns vom 4. Aug. in C. Haussmann, Schlaglichter (1924) S. 8.

12) Aufz. Wahnschaffes, abgedr. bei Jürgen Kuczynski, Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie (1957), S. 207 ff.

13) Westarp, a. a. O., II, S. 175.

14) Vgl. Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten (1928), Bd. I, S. 231 ff. u. Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkrieg (1925), S. 64 f.

15) Westarp, a. a. O., I, S. 410 u. Westarp an Heydebrand, 6. Aug. 1914, ebd., II, S. 1.

einer Partei der Eroberungsabsichten verdächtigt würde^{15a)}.

Mit den nunmehr entwickelten außenpolitischen Zielen der bürgerlichen Parteien und der Annexionspropaganda der Wirtschaftsverbände war die am 4. August preisgegebene oder abgeschwächte Warnung der Sozialdemokraten erneut aktuell geworden. Diese Kriegsziele lieferten zum mindesten Agitationsstoff für eine sozialistische Auffassung des Krieges als kapitalistisch-imperialistischer Auseinandersetzung und als Ausdruck des Klassenkampfes. Gehörte es doch tatsächlich zur Argumentation eines Hugenberg in einer Sitzung des Kriegsausschusses der Industrie vom 7. November 1914, die Annexionen mit der Notwendigkeit zu begründen, — gleichsam um ein Ventil zu schaffen und damit inneren Schwierigkeiten vorzubeugen —, „die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken und der Phantasie Spielraum zu geben“. Damit wollte Hugenberg jener innenpolitischen Gefahr begegnen, die sich seines Erachtens aus dem gehobenen Machtgefühl der Arbeiter und Gewerkschaften nach dem Kriege durch gesteigerte Ansprüche an die Gesetzgebung und an die Arbeitgeber ergeben würde — hier dachte er auch etwa an mangelnde „Fabrikdisziplin“¹⁶⁾. Dies hieß doch, daß die Annexion

von Kohlengruben und Erzlagern und die Erweiterung des Nahrungsraumes durch landwirtschaftliche Gebiete helfen sollte, die soziale Revolution zu verhindern und das bestehende Gesellschaftssystem zu erhalten. Wenn man in Rechtskreisen erwartete, daß die Sozialdemokraten nach dem Kriege wieder zu ihren marxistischen Prinzipien der internationalen Solidarität des Proletariats und des Klassenkampfes zurückkehren würden, so schienen die Expansionsziele geradezu den marxistischen Begriff „Imperialismus“ zu rechtfertigen. Die Kriegszielfrage wurde somit zu einem zentralen innenpolitischen und geradezu sozialen Problem, zumal die Regierung die Angelegenheit der inneren Reformen mit einer hinhaltenden Taktik behandelte, und sich so ein Sprengstoff ansammelte, der die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeitern, aber auch den Gegensatz zwischen Revisionisten und Linksradikalen in der Sozialdemokratie zu vertiefen drohte. Damit war jene Basis der nationalen Einheit gefährdet, die Bethmann Hollweg als Grundlage seiner Kriegspolitik betrachtete. „Das heftige Treiben auf der rechten Seite“, schrieb Wahnschaffe an Valentini¹⁷⁾ „nährt das Mißtrauen, die Regierung könne doch den Krieg aus Eroberungssucht länger als zum Schutz des Vaterlandes not tue, weiterführen, der Reichskanzler, zu dem man das Vertrauen hat, daß er keine phantastischen Pläne hat und sich von seiner Pflicht leiten läßt, werde gestürzt werden usw.“; er habe oft gewarnt, daß man durch die Annexionspropaganda dem radikalen Flügel der Sozialdemokraten Vorschub leiste.

In den Vorbesprechungen des Parteivorstandes und der Fraktion über die Haltung der Partei in der dritten Kriegssitzung drängte die Gruppe um den Parteivorsitzenden Haase

lichem Niedergang „... würde kein noch so großes Machtgefühl Forderungen der Arbeiter durchzusetzen vermögen“. Vgl. zu den Ansichten Hugenbergs und Stresemanns auch eine Äußerung des bayerischen Ministerpräsidenten, Graf Hertling, in einem Brief an den Reichskanzler: „... immerhin aber steht zu befürchten, daß ein Friede, welcher außer jeder Verhältnisse zu der ungeheuren Anspannung des Volksgeistes wie der Volkskraft und zu den ungeheuren Opfern stünde, die gebracht werden mußten, eine schwere Enttäuschung und damit eine hochgradige Erbitterung hervorrufen würde, die ihre Spitze gegen die führenden Klassen richten und Gefahren für den Fortbestand der Monarchie, insbesondere für die Stellung des Kaisers, nach sich ziehen würde.“ Hertling an Bethmann Hollweg, 28. März 1915, GStA/Mü., Pol. A., VII, 53.

17) Wahnschaffe an Valentini, 26. Juni 1915, abgedr. bei Westarp, a. a. O., II, S. 175.

15a) Karl Kautsky, Sozialisten und Krieg (Prag 1937), S. 460. Vgl. auch Scheidemann, Memoiren (1928) Bd. I, S. 300. Nach Kautsky lautete der Satz: „Sollte die Regierung gestatten, daß der Krieg von deutscher Seite den Charakter eines Eroberungskrieges annimmt, dann werden wir uns gegen sie auf das energischste wenden.“ Kautsky, a. a. O. Vgl. auch Walter Bartels, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg (1958), S. 176 ff.

Über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg gab es auf dem internationalen Historiker-Kongreß 1960 in Stockholm eine Diskussion im Anschluß an Vorträge von Henri Haag und Charles Bloch. Sitzungsberichte vom 24. August: Discussion sur le rapport de H. Haag, La social-démocratie allemande et la première guerre mondiale XI^e Congrès int. hist. Actes du Congrès, S. 213 ff. und Discussion sur la communication de Ch. Bloch, Les divers courants au sein de la social-démocratie allemande (1914—1918) et leurs buts de guerre, ebenda, S. 223 ff.

16) Aufzeichnungen über die Sitzung des Unterausschusses des Kriegsausschusses der deutschen Industrie am 7. Nov. 1914, AA. Nachl. Stresemann, Polit. Schriftwechsel, Bd. 139. Vgl. auch Thieme, a. a. O., S. 71 und W. Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914 bis 1918 (1962), S. 58. Gegenüber den oben ausgeführten Äußerungen Hugenbergs wies Stresemann in derselben Sitzung darauf hin, „daß die Möglichkeit, Forderungen der Arbeiterschaft durchzusetzen, stets von der wirtschaftlichen Struktur des Reiches abhängig sei“, und bei wirtschaft-

darauf, daß die Sozialdemokratie von der Reichstagstribüne und im Lande ein Bekenntnis zum annexionslosen Frieden ablegen sollte. Nicht um „den Klassenkampf während des Krieges und Klassenkampf gegen den Krieg“ zu proklamieren, wie Liebknecht und Rosa Luxemburg das öffentlich taten, sondern mit der Begründung, daß mit einer solchen Friedenskampagne der Frieden erreicht werden könne. Dem wurde von der Fraktionsmehrheit entgegengehalten, daß eine solche Aktion, wenn sie nicht von allen sozialdemokratischen Parteien der kriegführenden Länder gemeinsam und gleichzeitig durchgeführt würde, erfolglos sein müßte^{17a)}.

So ging es dann in der Fraktionsbesprechung vom 8. März nicht mehr um die Kriegskredite und nicht einmal darum, daß diesmal das Gesamtbudget zu bewilligen war; es ging um die Friedensfrage und darum, daß er zum Etatsredner bestimmte Haase den Entwurf für eine Rede vorlegte, die, wie Scheidemann berichtet, „Gift und Galle“ war und kein Wort mehr enthielt über die Pflicht, das Vaterland zu verteidigen!^{17b)} Im gleichen Augenblick, als die Wirtschaftsverbände sich anschickten, dem Reichkanzler ihr Annexionsprogramm zu übermitteln, hatte sich die sozialdemokratische Partei zu entscheiden, ob sie mit einer Friedenskundgebung an die Öffentlichkeit treten sollte.

Der Kanzler zwischen den Fronten

Wie nach der Lagebeurteilung des Generalstabschefs vor der zweiten Sitzungsperiode des Reichstages im Dezember 1914 befand sich der Kanzler in einer zwiespältigen Position zwischen „Vernunft und öffentlicher Meinung“¹⁸⁾. Nur war seine Stellung inzwischen noch schwieriger geworden. Nicht nur bestand ein Widerspruch zwischen der Einsicht der Führung in die wirkliche Kriegslage und den Illusionen, die sich der größte Teil des deutschen Volkes vom Ausgang des Krieges machte; nicht nur hatte sich die Kluft in der Kriegszielfrage zwischen den bürgerlichen Parteien und den Sozialdemokraten — und auch innerhalb dieser Fraktion — vertieft: Jetzt hatte es der Kanzler mit einem massiven Angriff der einflußreichen, machtbewußten Wirtschaftsorganisationen zu tun, die auch über enge Verbin-

dungen zu führenden Militärs verfügten, Zeitungen finanziell kontrollierten und deren Vorgehen nur ein getrenntes Marschieren mit den bürgerlichen Rechtsparteien bedeutete, die sich in den nächsten Wochen zu einer „Kriegszielmehrheit“ formierten. Auch erwies sich die Methode, die annexionistische Propaganda mit Hilfe des Belagerungszustandes zurückzudrängen, als fragwürdig, noch dazu, da auch die Sozialisten aus grundsätzlichen Ansichten die Wiederherstellung der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit verlangten. Bei diesen aber begann sich die Gruppe zu formieren, die mit einer Friedenskampagne im deutschen Volke sagen wollte, was der Wirklichkeit entsprach, aber nach Ansicht des Kanzlers nicht gesagt werden dürfe, gerade um nicht den Frieden zu gefährden.

Wieder lassen Zeugnisse im internen Schriftwechsel des Kanzlers die Problematik seiner Stellung und seines Verfahrens erkennen. „Hier ist die Stimmung eigentlich unerklärlich“, schrieb Bethmann Hollweg am 12. März 1915 an Valentini¹⁹⁾. „Selbst bei den meisten Politikern ist sie nicht nur siegesgewiß, sondern geradezu vermessen.“ Wenn er dann fortfuhr: „Das erstere brauchen wir, das zweite erscheint mir vom Übel. Dagegen wirken kann ich nicht“, so erklärt diese Resignation allerdings vieles. Sie zeigt, wie verwickelt und gravierend zugleich das Problem der Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung resp. ihrer Beeinflussung war. Noch in seinen Memoiren rühmte Bethmann Hollweg die „unbedingte Siegeszuversicht“ als einen „moralischen Machtfaktor von ungeheurer Bedeutung“, und zwar „unbeschadet aller darin liegenden Selbsttäuschung“, und stellte die rhetorische Frage, ob denn die Widerstandskraft der Nation gegen die Weltübermacht so glänzend und solange intakt geblieben wäre, wenn die OHL im September 1914 unverblümt ausgesprochen hätte, mit der Marne-schlacht sei unser Kriegsplan in der Anlage gescheitert. Andererseits bezeichnet er dort die Aufstellung von Eroberungszielen als einen Mißbrauch der Siegesstimmung und schreibt von einem „Machtfetischismus“, von phantastischer Selbstüberschätzung und einem Irrglauben, „uns von den natürlichen Gefahren unserer eingekeilten geographischen Mittellage durch Hinausschieben unseres Machtbereichs zu befreien.“ In dem Brief an den Chef des Zivilkabinetts vom 12. März heißt es, die Psyche des deutschen Volkes

17a) Dittmann im Parl.U.A., W.d.U.A., 4. Reihe, Bd. 7, I (1928), S. 328.

17b) Scheidemann, Der Zusammenbruch (1921), S. 23.

18) S. o. B 20/61, S. 280 ff.

19) Bethmann Hollweg an Valentini, 12. März 1915, s. Anl. Nr. 42

sei während der letzten 25 Jahre „so durch Renommisterei vergiftet, daß sie wahrscheinlich zaghaft würde, wenn man ihr die Großsprecherei verböte.“ Als Weg zur Abhilfe sah er „eine richtige Redaktion“ der Heeresberichte, in denen die Alldeutschen „und Konsorten“ tagtäglich eine „Grundlage für ihr Geschrei“ fänden. Offenbar hatte Bethmann vergessen, daß er selbst es gewesen war, der es nicht nur versäumt, sondern im September gegen den Wunsch Falkenhayns sogar verhindert hatte, daß die Öffentlichkeit über die Kriegslage aufgeklärt wurde. Immer wieder sah er sich auch jetzt genötigt, Kraftbewußtsein und Siegeszuversicht zur Schau zu tragen und Konzessionen an Annexionisten zu machen, um damit denen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die ihn als „Flaumacher“ verdächtigten, und ihn von ihren Machtpositionen in Politik, Wirtschaft und Bürokratie aus zu stürzen suchten. „Intrigiert wird heftig weiter“, stellte er am 12. März offenbar im Hinblick auf die oben beschriebene Aktion von Tirpitz fest. Und es trifft den Gegenstand des Konfliktes wenn er fortfährt, man werfe ihm vor, „daß wir nicht jetzt schon Belgien und Nordfrankreich annektiert hätten. Hintergrund: Alldeutsche, Marine und S(eine). K(aiserliche). und K(önigliche). H(öheit).“²⁰⁾

Wie es Bethmann darauf ankam, bei den Rechtsparteien den Eindruck von Kraft und Stärke zu erwecken, läßt sich aus der Sprachregelung erkennen, die er in der Reichskanzlei in seinen Randbemerkungen für die Beantwortung ihrer Eingaben forderte. Etwa so: „Die Antwort (an Westarp) ist mir noch nicht stark und sicher genug; sie muß überlegene Ruhe atmen“²¹⁾. Auf der anderen Seite wollte er nicht die sozialdemokratischen Führer desavouieren, die sich, wie Scheidemann, bei ihren Parteigenossen dafür verbürgten, daß dieser Kanzler keine Eroberungsabsichten habe, vielmehr auf dem Boden des Verteidigungskrieges stände, wie er ihn am 4. August im Reichstag als Regierungsprogramm proklamiert hatte. „Bethmann Hollweg war in einer furchtbaren Lage“, so hat es Scheidemann später einmal charakterisiert²²⁾, „denn er mußte schweigen, entweder hätte er uns oder die Leute von rechts

verletzt. Das veranlaßte ihn natürlich immer, den Mund zu halten, zu laviieren und sich zwischen Scylla und Charybdis hindurchzubewegen“. Nach seiner eigenen Darstellung versuchte er unter dem nationalen Gebot „zwischen Leidenschaften, Gegensätzen und Verführungen den schmalen Weg der Besonnenheit zu gehen“²³⁾.

Es mag das widerspruchsvolle Bild ergänzen, wenn man sieht, daß Bethmann Hollweg die siegreichen Heeresberichte nicht nur kritisiert, weil im deutschen Volke falsche Erwartungen auf einen baldigen Siegfrieden erweckt wurden, sondern auch im Hinblick darauf, daß damit dem besser informierten Feind zu einer moralischen Überlegenheit verholfen wurde. So bezeichnete er es als auch politisch schädlich, daß Falkenhayn damals die Schlacht in der Champagne — Bethmann schrieb von der „defensiven Abwehr einer Katastrophe“ — mit Hindenburgs Sieg an den Masurischen Seen verglich. „Bei einer so siegesgewissen Nation, wie der französischen, kann aber das Gefühl der Unterlegenheit unter den Gegner nicht gesteigert werden, wenn dieser Gegner eine glücklich abgeschlagene Offensive, wobei indes viel Gelände verloren ist, zu einem ungeheuren Siege stempelt, und die Beendigung der Schlacht in einem Moment verkündet, wo sie ruhig weitergeht“. Ein klassisches Urteil über die deutsche Kriegsberichterstattung. „Wir können den Krieg nur zu einem glücklichen Ende bringen, wenn wir unsere Feinde, außer daß wir sie schlagen, auch moralisch dahin bringen, das Rennen aufzugeben“²⁴⁾.

„Nicht vom Frieden reden“

In dieser Situation suchte der Kanzler die Parteien zu bewegen, im Reichstag auf Erklärungen zur Kriegszielfrage zu verzichten. Als er die ausschlaggebenden Führer hierfür am Abend des 8. März empfing²⁵⁾ stand er aber auch vor der Aufgabe, sich mit ihnen auf eine interne Formulierung zu einigen. Sein Vorschlag lautete: „Sicherung, größere Bewegungsfreiheit und Entwicklungsmöglichkeit für ein stärkeres und größeres Deutschland.“ Es ist verständlich, daß der Abgeordnete Haase, der vorgesehene Redner der Sozialdemokratie, dies als ein Bekenntnis zum Er-

20) Bethmann Hollweg, Betrachtungen, II, S. 25 f. u. Nachweis Anm. 19.

21) Weisung an Wahnschaffe vom 21. April 1915, Westarp, a a O., II, S. 49.

22) Scheidemann im Parl. U. A., W. d. U. A., 4. Reihe, Bd. 7, I (1928), S. 277.

23) Bethmann Hollweg, Betrachtungen, II S. 36.

24) Und zum Vorhergehenden Bethmann Hollweg an Valentini, 12. März 1915, s. Anl. Nr. 42.

25) Auch zum folgenden: Ph. Scheidemann, Der Zusammenbruch (1921), S. 23 ff.

oberungskrieg auffaßte und nun erst recht auf einer Erklärung seiner Partei zum annektionslosen Frieden bestand. Auch Scheidemann gesteht, daß es ihm eisig kalt über den Rücken lief, als er diese Worte hörte. Er versuchte noch, die in der Formulierung des Kanzlers liegende Doppeldeutigkeit zu einer optimistischen Auslegung zu benutzen: wenn Deutschland in diesem Kriege siege, so erklärte er seinem Parteigenossen, stehe es noch stärker und größer da als vorher, auch wenn es nicht einen Quadratmeter an Gebiet gewönne; nach allem, was er von Bethmann wisse, erscheine es ihm ausgeschlossen, daß hier ein durch Gebietszuwachs vergrößertes Deutschland gemeint sei. Nachdem Haase am Nachmittag in der Fraktions-sitzung durch Abstimmung gezwungen worden wäre, für den nächsten Tag seinen Redewortwurf mit einem Passus über die Verteidigungspflicht zu verändern, hätte er mit diesen Worten des Kanzlers — so notiert Scheidemann — gehabt, „was er brauchte, das Stichwort für den ‚Eroberungskrieg‘, für den wir unmöglich noch Kredite würden bewilligen können.“

Als Bethmann am folgenden Tage, dem 9. März morgens, die beiden sozialdemokratischen Parteiführer noch einmal allein empfing, mußte er seine Worte vom „größeren und stärkeren Deutschland“ interpretieren²⁶⁾. Er sagte ihnen, daß er nicht daran denke, Belgien zu annektieren, gab aber die Absicht zu, dort wirtschaftliche und militärische Abmachungen zu treffen; und er erwähnte den Wunsch von „Grenzregulierungen“ in den Vogesen, und daß es von Bedeutung sein würde, wenn die Schleifung von Belfort durchgesetzt werden könne. Dann nannte er den besonderen Grund dafür, daß er eine sozialdemokratische Erklärung über einen baldigen Verzichtfrieden zur Zeit für inopportun halte. „In tiefstem Vertrauen“, eröffnete er den Sozialdemokraten, daß in Rußland zarte Keime sprießen, „Keime, aus denen ein Frieden entstehen könnte. Wir würden sie zertreten, wenn wir vom Frieden sprechen.“ „Nicht vom Frieden reden“.

26) Tgb.-Aufz. Scheidemanns v. 9. März 1915, Scheidemann, Zusammenbruch (1921), S. 25. Scheidemann schildert hier, wie er in der Frühe eine Aufforderung vom Reichskanzler erhielt, zu einer weiteren Zusammenkunft sich in die Reichskanzlei zu begeben, und daraufhin Wahnschaffe telefonisch bat, sich Haase gegenüber entsprechend zu äußern. Nach Scheidemann hätten die Erklärungen des Reichskanzlers zu seinen Worten vom Vortage auch auf Haase beruhigend gewirkt. Vgl. Scheidemann, Memoiren, Bd. I (1928), S. 350.

wiederholte er immer wieder, „das werde man als Schwäche deuten, dadurch wachse in Rußland noch einmal das Kraftgefühl.“ Und auch hier sprach der Kanzler über die „Bereitwilligkeit“, mit Rußland oder Frankreich Separatfrieden zu schließen, sobald es gehe. Die Hauptsache sei, die Entente zu sprengen.“ Als warnendes Beispiel für die Folgen öffentlicher Gespräche erwähnte er noch, was in Petersburg dem Grafen Witte passiert sei, der kürzlich Friedensversuche gemacht habe; sie seien sofort abgetan gewesen, als die deutsche Presse davon schrieb^{26a)}.

Es mag den sozialdemokratischen Parteiführern noch eine Bekräftigung dieser Mitteilung des Reichskanzlers gewesen sein, daß am Tage zuvor auf der Pressekonferenz die oben beschriebene Sprachregelung gegeben wurde, die Tätigkeit Wittes nicht durch Kommentare zu stören.

Wenn Scheidemanns Eindruck richtig war, daß auch Haase durch die Worte Bethmanns beruhigt wurde, wie er es für die Unterredung der beiden Parteiführer mit dem Kanzler am Morgen des 9. März notiert, kann diese Wirkung nicht von Dauer gewesen sein. Denn Haases Etatsrede am 10. März hat doch vom Frieden gesprochen. Und die Opposition in der Fraktion wuchs bei der Kreditabstimmung auf nunmehr 30 Personen, die — von einem grundsätzlichen Beschluß Gebrauch machend — ohne daß dieses demonstrativen Charakter tragen dürfe^{26b)} —, sich der Abstimmung durch

26a) Scheidemann, Zusammenbruch (1921), S. 23 ff. Dittmann Leipziger Volkszeitung 15. Juni 1917, W.d.U.A., 4. Reihe Bd. 7, II, S. 325 ff.

Wenn wir Scheidemann Glauben schenken wollen, vollzieht sich bei Haase einmal ein deutlicher Stimmungsumschwung und zum zweiten verstößt er mit seiner Friedensrede gegen den Fraktionsbeschluß vom 8. März, der ihn verpflichtet hatte, seine Rede zu ändern. Eine viel klarere Linie ergibt sich aus Dittmanns Zeitungsartikel. Hiernach wird Haase am 8. März nicht von der Fraktion beauftragt, eine von ihm vorgetragene Rede zu ändern, sondern umgekehrt, die Etatrede zu halten und darin auch vom Frieden zu reden. Am Tag darauf hätten dann Scheidemann und andere Mehrheitspolitiker versucht, diesen Beschluß der Fraktion unter Berufung auf die beruhigenden Mitteilungen des Reichskanzlers wieder umzustoßen. Die Fraktion sei aber bei ihrem Beschluß vom Vortage geblieben. Die Friedensrede Haases ist dann die Konsequenz dieses Fraktionsbeschlusses, während sie nach Scheidemanns Nachricht gerade einen Bruch mit demselben bedeutet hätte. Zumal der übliche Lärm um einen Bruch mit der Parteidisziplin ausblieb, besitzt die Dittmannsche Darstellung die größere Wahrscheinlichkeit.

26b) Heine, Sozialistische Monatshefte Jg. 1915, Bd. 3, S. 1334.

Fernbleiben entzogen, darunter Haase. Zu Liebknechts öffentlicher Gegenstimme kam diesmal noch eine zweite. Haase legte den ersten Akzent seiner Rede²⁷⁾ auf die Förderung nach Aufhebung von Ausnahmegesetzen, die eines freien Volkes unwürdig seien, insbesondere der Beschränkung der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, wobei ihm Scheidemann in einer Rede vom 18. März in Erinnerung an die Freiheitskämpfer der Revolution von 1848 sekundierte. Das Hauptgewicht der Rede lag auf dem Friedenswunsch: er erwähnte, daß die Sehnsucht in allen Ländern durchbreche, dem schrecklichen Gemetzel ein Ende zu machen, und daß es angesichts des unbestreitbaren militärischen Erfolges der Deutschen und ihrer Wirtschafts- und Finanzkraft gerade für den Starken keine Schwäche sei, zuerst die Friedenshand auszustrecken. Und er drückte den Wunsch aus nach einem dauernden Frieden, der nicht neue Verwicklungen in sich schließe und der zu erreichen sei, wenn nicht ein Volk das andere vergewaltige. Infolgedessen sahen sich die bürgerlichen Parteien zu einer gemeinsamen Erklärung durch den Abgeordneten Spahn veranlaßt, die das Ziel eines Friedens proklamierte, „der, mehr als bisher, der deutschen Arbeit freien Wettbewerb und machtvolle Entwicklung sichert, und der dem Reiche dauernden Schutz gegen frevelhafte Angriffe auf der Grundlage seiner Größe gewährt“²⁸⁾, und Staatssekretär Delbrück sah sich veranlaßt, sein Bedauern über die Ausführungen des Abgeordneten Haase auszusprechen, weil sie nicht geeignet seien, den Frieden zu fördern.

Das Verhalten des Reichskanzlers gegenüber den Parteien in der Kriegszielfrage bietet

27) Verhandlungen des Reichstages, Sten. Ber., Bd. 306 (1916), S. 45 ff. Der Abgeordnete Haussmann (Fortschrittspartei) notierte in seinem Tagebuch: „Haase sprach im Ton verfehlt aggressiv ohne Sinn für den Moment im höheren Sinne“. Conrad Haussmann, Schlaglichter (1924), S. 31. Dafür gab es am 11. März in der Budgetkommission eine Kriegszieldebatte, über die Haussmann am folgenden Tage notierte, daß sie „oberflächlich“ und „verworren“ gewesen sei; Westarp habe die Annexion von Belgien gefordert, der Zentrumsabgeordnete Gröber „entscheidenden militärischen und wirtschaftlichen Einfluß“, — was für Haussmann nur eine „verkappte“ Annexion bedeutete —, Bassermann habe die Frage der Annexion offengelassen, und die Sozialdemokraten verträten die Nichtannexion, während seine Partei „das alles für verfrühtes Gekwassel und die dilettantische Besprechung der belgischen Frage für unzumutbar erklärt“ habe (a. a. O., S. 31 f.).

28) Verhandlungen des Reichstages, a. a. O., S. 48.

ein Bild des Zwiespaltes und der Widersprüche. Da trägt er Siegeszuversicht und Kraftbewußtsein zur Schau, obgleich ihm am 18. November und am 1. und 4. März die Ungunst der militärischen Lage, und zwar von so verschiedenen Persönlichkeiten wie Falkenhayn und Hindenburg, dargelegt worden war. Hier kritisiert er die siegreiche Tonart der Heeresberichte, obschon er doch selbst verhindert hatte, daß das deutsche Volk über die Bedeutung des Rückzugs von der Marne aufgeklärt wurde. Und dort wiederum spricht er von einem „größeren und stärkeren Deutschland“, obgleich er, wenn der Krieg nicht gar „eine im ganzen für uns ungünstige Wendung“ nehme, allenfalls hoffte, daß er sich nicht bis zur einseitigen Erschöpfung der Mittelmächte hinziehe, sondern mit dem Ergebnis ende, daß keine der beiden Mächtegruppen die andere niederwerfen könne, Deutschland also der Koalition der Feinde „nicht erlegen“ sei. Wie er es noch während des Krieges für seinen Nachfolger formuliert²⁹⁾, verstand er unter Gewinn des Krieges „die siegreiche Abwehr unserer Feinde und die unversehrte Selbstbehauptung“. Dies war, so hat er es auch später in seinen Memoiren dargelegt³⁰⁾, „die Parole, die die Marne-schlacht ausgegeben hatte“. Auch der Kaiser habe ihm stets darin zugestimmt, „daß wir den Krieg gewonnen hätten, wenn wir uns selbst behaupteten“.

Nachdem die Menge des jetzt zugänglichen Archivmaterials es möglich macht, das Verhalten Bethmann Hollwegs in konkreten, zeitlich eng begrenzten und überschaubaren Situationen zu analysieren, lassen sich gesichertere Aufschlüsse über sein Handeln als Staatsmann und über seine Persönlichkeit gewinnen. Schritt für Schritt durchgeführt, erlaubt ein solches Vorgehen ein sachliches Urteil mit einem jeweils durch die Breite der stofflichen Grundlage bestimmten Maß an Abstraktion.

So zeigt die Haltung des Reichskanzlers in dem dargestellten Zeitraum vom September 1914 bis zum März 1915 nicht jenes tragische Gegenspiel von kluger Einsicht und mangelnder Tatkraft, das oft sowohl im Urteil der Zeitgenossen als auch in der Literatur als Kern

29) Bethmann Hollweg an den Reichskanzler Hertling, 26. Jan. 1918, W. d. U. A., 4. Reihe, Bd. 2, S. 142 ff.

30) Bethmann Hollweg, Betrachtungen, II, S. 16 u. S. 18.

seines Wesens dargestellt wurde. Was hier als Schwanken und Zaudern erscheint, als Bedenken und Widerspruch, findet seine Erklärung zu einem wesentlichen Teil darin, daß Bethmann Hollweg sich des ephemeren Charakters aller auf die Zukunft zielenden außenpolitischen Erörterungen und der Abhängigkeit der auf ihnen aufbauenden Entscheidungen vom weiteren Verlauf der militärischen Ereignisse bewußt war, und daß schließlich die jeweilige Einschätzung des Kräfteverhältnisses und der Bedeutung der vielfältigen Machtfaktoren innerhalb der politischen Gesamtsituation die tagespolitische Praxis des Reichskanzlers bestimmte. Hierbei hatte er vor allem ständig darauf Rücksicht zu nehmen, daß jede „offizielle“ Erörterung politischer Probleme, sobald sie nach außen drang, beim Feind und für dessen Propaganda als politischer Machtfaktor rele-

vant werden konnte. In diesem Kräftefeld des von uns behandelten Zeitraumes aber behauptete sich Bethmann Hollweg energischer und konsequenter, und konnte er für seine Gegner gefährlicher werden, als die bisherige Forschung annahm. Hat er doch selbst den Generalstabschef zu stürzen versucht und die Strategie in den Dienst seiner außenpolitischen Konzeption gestellt. Und immer wieder war er bedacht, die Parteien rechts und links in der Kriegszielfrage auszumanoevrieren. Zum Teil mit verdeckten Karten spielend und mit einer hinhaltenden und mehrgleisigen Taktik suchte er mit scheinbarem Entgegenkommen auszuweichen und mit innerem Vorbehalt aufzutrumphen. Dabei bemühte er sich, Elemente herauszugreifen, um sie seiner Politik nutzbar zu machen. Die Frage war freilich, wie lange sich ein solches Verfahren durchführen ließe.

AA. Deutschland 131 geh.

Der deutsche Botschafter in Petersburg an den Reichskanzler

(Abschrift)

pr. 2. April 1914

Nr. 108

Petersburg, den 31. März 1914

Die Auslassungen einiger hiesiger Blätter und der Moskauer Russkoje Slowo über eine Annäherung zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland haben hier weniger Beachtung gefunden als im Auslande. Der sensationelle Artikel der Russkoje Slowo betreffend angebliche Äußerungen, die Seine Majestät der Kaiser und König im Dezember 1912 zum General Suchomlinow gemacht haben sollte, ist von keiner einzigen hiesigen Zeitung reproduziert oder besprochen worden ¹⁾.

Wie mir der Militär-Attaché, Major von Eggeling, der am Tage nach der Rückkehr des Kriegsministers von diesem empfangen wurde, sagte, machte die Entrüstung des Generals Suchomlinow über den erwähnten Artikel einen durchaus ungekünstelten Eindruck. Man muß daher annehmen, daß der General an dem Erscheinen des Artikels tatsächlich unschuldig und durch denselben peinlich berührt worden ist.

Offen bleibt aber die Frage, wer der wirkliche Urheber der angeblichen Enthüllungen des Moskauer Blattes ist. Herr Sasonow ist überzeugt davon, daß, wie die Artikel der Nowoje Wremja und der Wetschernaja Wremja über die im Jahre 1908 erörterte Idee der oben erwähnten Neugruppierung der Mächte, so auch die Mitteilungen der Russkoje Slowo, betreffend angeblich über den Nutzen einer solchen Gruppierung von unserem Allergnädigsten Herrn im Dezember 1912 getane Äußerungen, vom Grafen Witte ausgehen.

Daß Graf Witte den erstgenannten Artikeln nicht fern steht, scheint mir außer Zweifel. Der Graf ist ein Gegner der russisch-englischen Entente, und aus Äußerungen, die er gelegentlich auch mir gegenüber getan hat, geht hervor, daß ihm eine Kombination Rußland-Frankreich-Deutschland als Ideal vorschwebt. Es ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß die Vermutung des Herrn Sasonow richtig ist, und Graf Witte auch hinter den Veröffentlichungen der Russkoje Slowo zu suchen ist. Vielleicht hat er dabei auch dem Kriegsminister, indem er ihn in den Ruf der Indiskretion brachte, einen Streich spielen wollen.

Die Frage ist nur, was Graf Witte sonst in diesem Augenblick mit jenen Preßtreibereien bezwecken konnte. Ich möchte glauben, daß keine andere Absicht zu Grunde lag, als von sich reden zu machen. In der Tat sucht der Graf besonders seit einigen Monaten bei jeder Gelegenheit die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und Einfluß auf den Gang der Politik auszuüben. Er rühmt sich laut, daß er es gewesen ist, der den Grafen Kokowtzwow gestürzt hat und fährt auch jetzt noch fort, die Finanzverwaltung Kokowtzwows aus das Schärfste zu kritisieren. Da er weiß, daß er sich der Kaiserlichen Gnade persönlich nicht erfreut, so hat er neuerdings enge Beziehungen mit Persönlichkeiten angeknüpft, deren großer Einfluß auf den Zaren allgemein bekannt ist. Man spricht sogar von geheimen Zusammenkünften, die der Graf in finnländischen Dörfern mit dem bekannten, bei Hof hochangesehenen religiösen Eiferer Rasputin, mit dem das Ehepaar Witte schon seit einiger Zeit Verkehr pflegt, haben soll. Die Ansicht, daß Graf Witte auf den verschiedensten Gebieten intriguiert, ist so sehr verbreitet, daß ich sogar die Vermutung habe aussprechen hören, er stehe auch der gegenwärtigen Streikbewegung unter der hiesigen Arbeiterschaft nicht fern. Man glaubt vielfach, daß Graf Witte um jeden Preis

1) Ob dieser sich bei dem Empfang Suchomlinow gegenüber im Sinne einer Annäherung Frankreichs, Rußlands und Deutschlands ausgesprochen hat, ist fragwürdig: Suchomlinow verfolgt in seinen Erinnerungen sehr aufmerksam den Plan eines ost-westlichen Dreibundes (W. A. Suchomlinow: Erinnerungen, dt. Berlin 1924 S. 229 ff.), erwähnt jedoch bei der sehr ausführlichen Schilderung seines Zusammentreffens mit Kaiser Wilhelm II. Ende 1912 eine derartige Äußerung nicht. Zu dem genannten Zeitpunkt hielt sich Suchomlinow als russischer Kriegsminister an der Spitze einer Delegation seines Landes zur Schlußsteinlegung des Völkerschlachtdenkmal in Deutschland auf und wurde überraschend zum Kaiser eingeladen. (Suchomlinow: a.a.O. S. 235 ff).

wieder zur Macht gelangen möchte und selbst nicht davor zurückscheuen würde, innere Erschütterungen hervorzurufen, um dann als der Retter Rußlands aufzutreten.

Die über die Intriguen des Grafen verbreiteten Gerüchte mögen gewiß stark übertrieben sein, daß er aber neuerdings gerne bei jeder Gelegenheit hervortritt und hinter den Kulissen Einfluß auszuüben sucht, ist Tatsache.

Es läßt sich nun sehr wohl denken, daß der Graf Kombinationen auch auf dem Gebiete der auswärtigen Politik lanziert, von denen er weiß, daß sie vielen Russen sympathisch sind. Er mag dabei die Absicht haben, den Gedanken anzuregen, daß, wenn Rußland über einen genialen Leiter seiner auswärtigen Politik verfügen würde, wie Graf Witte, manche politischen Träume und Wünsche sich vielleicht verwirklichen ließen.

Wie ich in meiner Berichterstattung schon öfters hervorzuheben mir erlaubt habe, begegnet man, abgesehen von denjenigen Kreisen, welche alles Deutsche leidenschaftlich hassen, bei vielen Russen der Ansicht, daß Rußland und Deutschland in den besten Beziehungen miteinander stehen könnten, wenn Österreich nicht zwischen uns stünde. Da man nun andererseits die Vorteile des Bündnisses mit Frankreich nicht preisgeben möchte, so ergibt sich daraus die Wittesche Kombination.

Als ich neulich in einem längeren vertraulichen Gespräch Herr(n) Sasonow sagte, ich hätte den Eindruck, daß es hier Leute gebe, denen eine Kombination, wie sie angeblich von Graf Witte angeregt worden sei, nicht unsympathisch wäre, erwiderte Herr Sasonow lebhaft, es gebe nicht nur einige Russen, sondern die meisten würden diese Mächtegruppierung gern sehen, aber leider, fügte der Minister hinzu, würde Frankreich für diese Gruppierung nur um einen Preis zu haben sein, den Deutschland nicht zahlen könne.

gez. Pourtalès.

Nr. 31

AA, Wk geh.

Jagow an Pourtalès

(Privatbrief-Ausfertigung)

Gr. Hauptquartier, den 11. Nov. 1914

Lieber Pourtalès!

Die Mitteilung des Lucius'schen Briefes betr. Divergenzen mit dem Großfürsten Nicolai hat den Reichskanzler auf folgenden Gedanken gebracht. Wäre es möglich, mit irgend welchen russischen Persönlichkeiten Fäden zu spinnen, um die Mißstimmigkeiten zwischen Kaiserin-Mutter, Kaiser, Großfürsten und eventuell Generälen zu vertiefen? ¹⁾

Wir müssen bei dem Übermaß unserer Feinde natürlich immer trachten, die Dreiercoalition zu sprengen. Väterchen Nicolaus soll nach einer schwedischen Nachricht ja schon einmal recht kriegsmüde gewesen und nur von Nicolai zum Ausharren bewogen oder gezwungen worden sein. Ob

1) In einem Antwortbrief vom 17. Nov. 1914 schrieb Pourtalès, er habe sich den Gedanken durch den Kopf gehen lassen, „mit russischen Persönlichkeiten Fäden zu spinnen, um die Unstimmigkeiten zwischen dem Zaren bzw. seiner Mutter und dem Großfürsten Nicolai Nicolajewitsch zu schüren“. „Ich wüßte schon Leute, in Petersburg, die in diesem Sinne zu verwerten wären, die große Schwierigkeit ist nur, an dieselben heranzukommen. Vorläufig sehe ich keinen anderen Weg als über Schweden und Dänemark. Besonders von Kopenhagen aus scheint mir noch am ersten möglich, auf Petersburger Kreise einzuwirken. Die Kaiserinmutter steht in fortwährender Verbindung nicht nur mit dem Hof in Kopenhagen, sondern auch mit ihren dortigen Freunden. Ich vermute, daß diese Verbindung auch jetzt während des Krieges weiter besteht. Sie liest auch dänische Zeitungen. Ich habe daher außer an Lucius in Stockholm auch an Brockdorff-Rantzau geschrieben und ihn gefragt, ob ihm nicht irgendwelche Kanäle bekannt sind, durch welche man Nachrichten nach Petersburg lancieren, bzw. von dort über Vorgänge beim Hofe erhalten könnte.“ Brief schließt: „Die Angelegenheit betr. Einwirkung auf russische Persönlichkeiten werde ich im Auge behalten. Vielleicht bietet sich noch irgend ein anderer Kanal.“ (Portalès an Jagow [Privatbrief], 17. Nov. 1914, AA, Gr.Hq., Europ. Krieg.

wahr oder unwahr, ist wohl schwer zu ermessen. Ganz unwahrscheinlich klingt es ja nicht. Könnte man nicht zunächst die Uneinigkeit im eigenen russischen Lager schüren? Die Intriguen werden ja — wie auch anderswo — in Petersburg nicht aufhören. Kennen Sie irgendwelche Persönlichkeiten, durch die man Nachrichten über die Vorgänge erhalten oder die man in dieser Richtung noch ansetzen könnte? Vielleicht über Schweden? Kennt Lucius welche? Besteht im russischen Lager wirklich Uneinigkeit und sollte etwa der Großfürst fallen, so würde damit die event. Sprengung der Coalition auch erleichtert.

Selbstverständlich müssen wir jeden Anschein vermeiden, als wünschten wir Frieden zu machen. Das würde unsere Position nur schwächen.

Aber in der russischen Armee scheint doch vieles zu hapern: Offiziersmangel, Riesenverluste, schlechte Verpflegung, Munitionsmangel, unpassierbare Wege in Polen etc. Sonst wäre es unerklärlich, daß die russische Armee den Erfolg bei Warschau noch nicht schneller und energischer ausgenutzt hätte. Lassen Sie sich die Sache durch den Kopf gehen und suchen Sie nach Fäden. Es ist für *alle* Eventualitäten nützlich solche an der Hand zu haben. Mit herzlichen Grüßen in Eile stets

aufrichtigst der Ihre

Jagow.

AA, Wk 2 secr.

Bethmann Hollweg an Albert Ballin

AA, Wk 2 geh.

(Reinkonzept)

Gr. Hauptquartier, den 25. Dez. 1914

Lieber Herr Ballin!

Die Verzögerung einer Antwort des Staatsrats Andersen läßt mich vermuten, daß entweder die Stimmung in Petrograd für Friedensvorschläge überhaupt noch nicht reif ist oder daß der Zar sich auf keine Antwort einlassen will, ohne sich vorher mit den anderen Alliierten ins Benehmen zu setzen. Beides würde ich gleichmäßig bedauern, da uns vor allem an einer Sprengung der Koalition, also an einem Separatfrieden mit einem unserer Gegner, und bei der jetzigen Kriegslage mit Rußland gelegen sein muß.

Nach privaten, über Stockholm gekommenen Nachrichten aus Petersburg scheint der Einfluß des Grafen Witte wieder im Wachsen zu sein, man will in ihm sogar schon den Nachfolger des jetzigen Finanzministers Bark sehen, der sich als unzulänglich erwiesen haben soll. Bei den bekannten Ansichten Wittes würde mir ein Wiedererscheinen desselben auf der politischen Bühne natürlich sehr vorteilhaft erscheinen. Vielleicht wäre es angezeigt, beizeiten mit ihm Fäden anzuknüpfen. Stehen Sie mit dem Grafen noch in Verbindung oder verfügen Sie über Kanäle, die zu ihm führen? Glauben Sie in einer die Regierung nicht kompromittierenden Weise, ganz von sich aus, eine Taube mit einem diskreten Ölzweig an Witte gelangen lassen zu können? Wenn diese Voraussetzungen wirklich erfüllt sind, könnte sich so vielleicht doch eine günstige Entwicklung anbahnen lassen.

Schluß m. p.

gez.: v. Bethmann Hollweg

AA, Wk 2 geh.

Robert Mendelssohn an Staatssekretär Jagow

(Brief, eigenh.)

Berlin W 56, d. 26. Dez. 1914

Liebe verehrte Exzellenz,

Ihren Brief v. 24. d. M. ¹⁾ erhielt ich heut vormittag und Sie können sich denken, wie stark er mich beeindruckt und wie er mich beschäftigt, es wäre mir eine außerordentlich große Freude, wenn ich mit meinen schwachen Kräften zur Verwirklichung Ihres herrlichen Gedankens beitragen könnte und ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ich alles daransetzen will, damit es gelingt. — Aber Sie werden es mir nicht verübeln und es mir nicht als Kleinmütigkeit auslegen, wenn ich es nicht wage, in einer so gewichtigen Sache etwas zu unternehmen ohne Ihren Rat und Ihre Billigung dazu einzuholen.

Ich erlaube mir daher, einen Entwurf eines Briefes an W. beizufügen mit der Bitte, möglichst viel daran zu ändern und zu korrigieren.

Zur Erläuterung, besonders des Einganges möchte ich erwähnen, daß ich außer der Ihnen bei Ihrer letzten Anwesenheit hier erzählten Episode bezüglich des W'schen Depots seit dem Kriege in gar keiner Verbindung mit ihm stand oder stehe und deshalb einen anderen Vorwand, ihm zu schreiben, nicht habe; der Grund meines Briefes ist daher etwas an den Haaren herbeigezogen, aber ich weiß mir nicht anders zu helfen. Was die Sache selbst anbelangt, so habe ich bisher keinen Einblick in die Stimmung, welche in Petrograd herrscht, besonders nicht, ob die Mutlosigkeit schon so weit gediehen ist, daß der Wunsch nach dem Frieden vorherrschend ist, wenn man auch hoffentlich in großer Sorge, angesichts der Niederlagen und sonstigen Schwierigkeiten, welche Sie erwähnen, ist. Aber hält man sich dort wirklich für genügend geschlagen? Ist der Munitions- und Waffenmangel so groß? Können die zahlreichen und großen Fabriken, welche Tag und Nacht arbeiten sollen, nicht Ersatz schaffen?

Ich werfe diese Fragen nur auf, um den Gedanken anzuregen, ob wir jetzt schon den östlichen Feinden gegenüber in die möglichst günstige Situation für den Schritt W. gegenüber gekommen sind. Allerdings ist Fortuna veränderlich und die Lage könnte sich für uns, wovor ein gütiges Geschick bewahren möge, auch verschlechtern. Die Wahl für den richtigen Zeitpunkt für m. Quod Dii bene vertant.

In wärmster Erwidern Ihrer gütigen freundlichen Wünsche und mit herzlichen Empfehlungen auch von meiner Frau

verbleibe ich
in bekannter größter Hochschätzung
Euer Exzellenz treu ergebener

Rob. Mendelssohn

Robert Mendelssohn an Witte

Entwurf

(Anlage)

Mon cher et très honoré Comte,

Ayant une occasion pour vous faire parvenir un mot par l'entremise de la Légation de Suède, je m'empresse d'en profiter pour revenir sur le sujet de votre dépôt dans notre maison. J'ai été désolé de ne pas pouvoir accéder à votre désir de transférer vos titres en Suisse, mais votre Excellence aura compris que vu les mesures prises en Russie mettant les Allemands dans l'impossibilité de disposer de leurs fonds en Russie, on a dû user de réciprocité ici. Ce dont je voudrais vous persuader, Monsieur le Comte, c'est que vous pouvez être absolument

1) Der genannte Brief ist nicht in den Akten auffindbar.

sûr et tranquilisé sur ce que vos fonds resteront tout à fait intacts chez nous et qu'il n'y a aucun doute que votre dépôt ne soit complètement à votre disposition après la fin de cette terrible guerre. Quand cela sera-t-il? Vous m'avez fait l'honneur de m'écrire dans votre lettre du 3 novembre, que vous espérez et souhaitez de tout cœur, que les relations entre nos deux pays soient rétablies au plus vite, et vous pensez bien, que de mon côté je ne désire rien plus ardemment. Sans vouloir parler d'intérêts privés, ce serait tellement pour le bien des deux nations que ce terrible carnage, ces luttes insensées cessassent. Quand on pense, en outre, à l'éminent essor économique qu'ont pris nos deux pays dans les dernières années et les relations commerciales si étendues entre eux, il est navrant de voir s'écrouler ce bel édifice élevé avec tant de soin et de travail. J'ose m'exprimer aussi ouvertement vis-à-vis de votre Excellence sachant que cet ordre d'idées vous est homogène. Ne croyez-vous pas que vous pourriez suggérer à votre public que la guerre a assez duré? Quant à moi, il m'est impossible de voir l'intérêt que la Russie et l'Allemagne pourraient avoir de la continuer.

(Übersetzung)

Mein lieber und sehr geehrter Graf.

Da ich durch die Vermittlung der Schwedischen Gesandtschaft Gelegenheit habe, eine Nachricht zu Ihnen gelangen zu lassen, will ich den Augenblick schnell benutzen, um auf Ihre Hinterlegung von Wertsachen in unserem Haus zurückzukommen. Es hat mir sehr leid getan, Ihrem Wunsche, Ihre Wertpapiere in die Schweiz zu transferieren, nicht entsprechen zu können. Aber Eure Exzellenz werden verstehen, daß man hier angesichts der russischen Maßnahmen, die es den Deutschen unmöglich machten, über ihre Vermögen in Rußland zu verfügen, entsprechend handeln mußte. Ich darf Ihnen aber versichern, verehrter Graf, daß Sie ganz sicher und beruhigt darüber sein können, daß Ihr Vermögen bei uns unversehrt bleibt und es keinen Zweifel daran gibt, daß nach Ende dieses schrecklichen Krieges Ihre hinterlegten Werte Ihnen voll und ganz zur Verfügung stehen werden. Wann wird das sein?

Sie haben die Güte gehabt, mir in Ihrem Brief vom 3. November zu schreiben, daß Sie von ganzem Herzen hoffen und wünschen, die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern mögen so schnell wie möglich wiederhergestellt werden, und Sie dürfen glauben, daß ich meinerseits nichts sehnlicher wünsche. Ohne von privaten Interessen sprechen zu wollen, würde es doch entscheidend dem Wohle der beiden Nationen dienen, wenn dieses schreckliche Blutbad, diese sinnlosen Kämpfe endeten. Wenn man dann weiter an den großartigen wirtschaftlichen Aufschwung denkt, den beide Länder in den letzten Jahren genommen haben, und an die ausgedehnten Handelsbeziehungen, so zerreißt es einem das Herz, diesen schönen Bau zusammenstürzen zu sehen, der mit so viel Sorgfalt und Arbeit errichtet wurde. Ich wage, mich Eurer Exzellenz auch offen zu erklären, weil ich weiß, daß dieser Gedankengang Ihren Überlegungen vertraut ist. Glauben Sie nicht, Ihrer Öffentlichkeit einreden zu können, daß der Krieg lange genug gedauert hat? Was mich betrifft, so kann ich nicht sehen, daß Rußland und Deutschland ein Interesse daran haben könnten, diesen Krieg weiterzuführen.

AA, Wk 2 geh.

Der Reichskanzler an Auswärtiges Amt

(Entzifferung)

Gr. Hauptquartier, den 6. Januar 1915

1 Uhr 35 Min.

Ankunft 2 Uhr 45 Min Nm

Nr. 6

Antwort auf Telegramm Nr. 37

Bitte Kopenhagen telegrafieren:

Ganz geheim. Antwort auf Telegramm Nr. 14.

Aus Mitteilungen Herrn Ballins mußten wir annehmen, daß Initiative zur Demarche Andersen vom König ausginge, der hierzu vielleicht durch Kenntnis der Stimmung an Höfen in St. Petersburg und London veranlaßt wäre. Da dies nicht der Fall ist, müssen wir Wert darauf legen, daß eventuell Demarchen nicht etwa Eindruck erwecken als ginge Wunsch nach Frieden von uns aus. Gegen Sondierung St. Petersburg durch Andersen an sich sonst keine Bedenken.

Nur für Euer Hochgeboren:

Eine Absprengung Rußlands von Koalition wäre uns am erwünschtesten. England scheint zur Nachgiebigkeit am wenigsten bereit.

Bethmann Hollweg

A. A. Wk 2 geh.

Ballin an Bethmann Hollweg

(Brief, masch.)

Ausw. Amt. Hauptqu. Nr. 392

pr. 18. Januar 1915

Hamfelde bei Trittau, (Holstein)
den 15. Januar 1915

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Ich hatte heute den Besuch des Herrn Melnik aus Kopenhagen, der mir mitteilte, daß das Gerücht über Witte's Anwesenheit in Biarritz von dem Russischen Gesandten in Kopenhagen stamme. Es sei dem Russischen Gesandten ein Exemplar der „Frankfurter Zeitung“ vorgelegt worden, welche vor etwa 10 Tagen in einem telegraphischen Börsenbericht von Berlin die Mitteilung brachte, daß an der Berliner Börse bekannt geworden sei, daß Witte in Berlin eingetroffen. Der Russische Gesandte in Kopenhagen habe darauf erklärt, daß diese Nachricht den Tatsachen nicht entspreche, daß Witte aber in Biarritz sein dürfte. Nach einigen Tagen hat der Gesandte diese Mitteilung dementiert, und tatsächlich hat Witte seit August 1914 Rußland nicht für einen Tag verlassen.

Ich sende Euerer Exzellenz anliegend die Abschrift eines schriftlichen Berichtes des Herrn Melnik, der noch vor seiner Ankunft hier eingetroffen und mancherlei Interessantes enthält. Ebenso gestatte ich mir einen älteren Bericht beizufügen.

Melnik ist der Ansicht, daß in Rußland das Friedensbedürfnis in den Hof- und Adelskreisen ein sehr starkes sei, und daß, wenn die Russen noch eine Niederlage erleben, es höchstwahrscheinlich ist, daß man nach einer Gelegenheit suchen wird, diesem unglücklichen Kriege ein Ende zu machen. Zugeben mußte Melnik, daß diese Lage der Dinge den deutschen Staatsmännern es richtig erscheinen lassen könnte, auf Friedensverhandlungen nicht einzugehen, sondern den Ereignissen ihren Lauf zu lassen, die, wie Melnik meint, sicher auf eine Revolution hinausgehen. Witte hatte Melnik kürzlich durch einen Herrn aus Kopenhagen, den Melnik mit

einem Empfehlungsbrief an ihn ausgerüstet hatte, sagen lassen, er möge bald nach Petersburg kommen, und Melnik hat die Absicht, durch einen zuverlässigen Mann Witte zu verständigen, daß er bereit sei, nach Rußland zu kommen, wenn Witte selbst veranlassen wolle, daß ihm ein sogenannter Diplomaten-Paß für die Hin- und Rückreise zur Verfügung gestellt wird.

Irgend einen Auftrag hat Melnik von mir nicht empfangen, wohl aber habe ich ihm gesagt, daß es für mich als den verantwortlichen Leiter eines der größten wirtschaftlichen Unternehmen der Welt natürlich nach wie vor von ungeheurer Wichtigkeit sei, über politische Strömungen und Gegenströmungen unterrichtet zu bleiben, und daß ich deshalb seine Berichte, einerlei ob sie auf direkten persönlichen Ermittlungen in Petersburg beruhten oder durch einen Vertrauensmann eingezogen sind, mit besonderem Interesse entgegennehmen und ihm selbstredend für die Bestreitung von Reisespesen die Mittel zur Verfügung stellen würde.

Melnik betonte ganz besonders, daß der Großfürst Michael, der Bruder des Zaren und eventuelle Thronfolger, wieder großen Einfluß gewonnen habe. Dieser Großfürst bezeichnet sich selbst als Schüler Witte's und nimmt in weitem Maße seinen Rat in Anspruch. —

Ich bin, Euerer Exzellenz in besonderer Verehrung

ganz ergebener
Ballin

Nr. 36

AA, Wk 2 geh.

pr. 26. Januar 1915

Aufzeichnung Ballins über Unterredung mit Andersen in Hamburg¹⁾

Der Staatsrat Andersen hatte mir aus Kopenhagen telegraphisch mitgeteilt, daß er gestern — Freitag, den 22. Januar, abends zwischen 9 und 10 Uhr in Hamburg eintreffen würde und am nächsten Tage weiterzureisen beabsichtigte. Ich hatte gestern Abend noch eine Zusammenkunft mit Herrn Andersen, zu welcher ich auch Herrn Direktor Huldermann hinzugezogen hatte, um für alle Fälle einen einwandfreien Zeugen zu haben. Aus den Mitteilungen, welche Herr Andersen machte, ist folgendes festzustellen:

Vom Zaren hat der König von Dänemark bis jetzt noch keine direkte Antwort erhalten. Dagegen hat die Zarin den Prinzen Waldemar, und die Kaiserin-Mutter den König und andere Verwandte am dänischen Hofe wissen lassen, daß der Zar noch schwankend sei, wie er den Brief beantworten solle. Der König sowohl, als auch Andersen sind der festen Überzeugung, daß der Zar sich an den König von England gewandt hat und dessen Antwort abwarte. Der König von Dänemark ist aber, wie Andersen behauptet, inzwischen sehr ungeduldig geworden, weil er befürchtet, daß die Verzögerung ihn unserm Kaiser gegenüber in eine schiefe Lage bringen könnte und hat deshalb Andersen auf eine Informationsreise nach London geschickt. Andersen hat diese Reise über Hamburg gerichtet, weil er von mir gern über die Stimmung in Deutschland unterrichtet sein wollte, da er voraussieht, daß man natürlich darauf bezügliche Fragen an ihn stellen wird. Er ist durch seinen König zum nächsten Montag bei dem Könige von England angemeldet und beabsichtigt, mindestens acht Tage in London zu bleiben. Andersen teilte mit, daß nach den Briefen der Zarin sowohl, als auch der Kaiserin-Mutter, sowie nach anderen Berichten, welche am dänischen Hofe eingelaufen sind, der Zar kriegsmüde sei, aber seiner Natur nach dieser Stimmung keinen lauten Ausdruck gebe, während seine Familie und seine weitere Umgebung ganz ausgesprochen den Wunsch nach baldigem Friedensschluß erkennen lassen²⁾.

1) Von Ballin am 23. Jan. dem Reichskanzler übersandt. Über die Antwort Bethmann Hollwegs vom 26. Jan. s. o. Text.

2) Wie ernst Bethmann Hollweg diese Nachricht nahm, zeigt, daß er noch in der Sitzung des Bundesratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 7. April mitteilte: „Der Zar habe Anfang Januar seiner Umgebung gegenüber den Wunsch Frieden zu schließen geäußert“. (Ernst Deuerlein, Der Bundesratsauschuß f. Ausw. Angel. [1955] S. 280.)

Nach Nachrichten, welche von England am dänischen Hofe eingetroffen sind, ist auch bei dem König sowohl als bei der Königin der Wunsch nach Beendigung des Krieges sehr lebhaft, und nach diesen Nachrichten sollen auch Sir Edward Grey und Asquith sich mit dem Gedanken, in welcher Form eine friedliche Annäherung möglich wäre, emsig beschäftigen. Ich vermag natürlich den Wert dieser Mitteilungen nicht zu beurteilen. Andersen deutete an, daß sie übereinstimmend aus Briefen entnommen sind, welche die Königin von England nach Kopenhagen gerichtet hat, und insbesondere wohl aus Nachrichten von der Königin-Witwe Alexandra.

Ich habe dann den Wunsch des Staatsrat Andersen, daß ich ihm über die Stimmung in Deutschland Auskunft geben sollte, damit er in der Lage wäre, die Fragen des Königs und seiner Minister zu beantworten, erfüllt. Ich habe Herrn Andersen gesagt, daß die Siegeszuversicht in Deutschland nicht nur unverändert bestehe, sondern meinen Eindrücken nach sich bis zur Siegesgewißheit gesteigert habe. Ich habe ihm gesagt, daß ich dieses Gefühl persönlich vollkommen teile, und daß ich in der Lage wäre, zu versichern, daß diese Überzeugung ohne Einschränkung hier herrsche bis hinauf zur Allerhöchsten Stelle. Ich habe Herrn Andersen weiter gesagt, daß das englische Vorgehen in Deutschland natürlich einen geradezu elementaren Haß ausgelöst hätte. Man hätte sich in Deutschland zur Not noch damit abgefunden, wenn die Engländer zu einem ritterlichen Kampfe gegen uns sich gestellt hätten. Die Art und Weise aber, wie die Engländer diesen Krieg führen, wie sie ihn übertragen auf einen mit den elendsten Mitteln bereiteten Handelskrieg, wie sie die gelbe und andersfarbe Rassen gegen uns herangeholt hätten, wie sie wehrlose Deutsche in die Concentration Camps gebracht, — das würde man schwerlich ihnen je verzeihen.

Ich habe Andersen ferner darauf aufmerksam gemacht, daß nach meiner Ansicht die Erfahrungen, welche man mit den Unterseebooten nunmehr praktisch gemacht habe, den Anfang darstellen vom Ende der englischen Weltmacht. England würde, wenn kluge Politiker seine Interessen leiteten, vielleicht das Glück haben, aus diesem Kriege noch einen verhältnismäßig ehrenvollen Ausgang zu finden; den nächsten Krieg, den England gegen eine Macht wie Deutschland oder gegen eine Koalition von anderen Mächten führte, würde es nicht mehr als Großmacht beenden. England müßte deshalb meiner Meinung nach kein Mittel unversucht lassen, um mit Deutschland zu einer Einigung zu kommen³⁾. Wie eine solche Einigung für England erreichbar wäre, darüber dürfte ich mir natürlich kein Urteil erlauben, darüber müßten die berufenen Persönlichkeiten sich unterhalten, und die Vorschläge müßten, wenn sie auch vom König von Dänemark überbracht würden, doch von England ausgehen. —

Hamburg, den 23. Januar 1915.

Ballin

3) In diesem Zusammenhang interessiert, daß Ballin, der Befürworter eines englisch-deutschen Bündnisses (s. o. B. 20/61, S. 277) in einem von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erbetenen Neujahrsgruß sich für die Erwerbung eines außerhalb der Deutschen Bucht (des „nassen Dreiecks“) gelegenen Flottenstützpunktes aussprach, „der in Zukunft uns wenigstens in diesem Teil der Welt die gleiche Möglichkeit sichert, wie England sie besitzt und rücksichtslos ausbeutet“. („Hansa“ Jg. 52/1915 vom 9. Jan. 1915, S. 27.)

AA, Wk 2 geh.

Witte an Robert Mendelssohn ¹⁾

(Abschrift v. d. Hand Mendelssohns)

I.

Personnellement je regrette beaucoup l'immense malheur qui est arrivé; c'est l'enfer sur la terre; et si j'étais au pouvoir probablement cet enfer n'aurait pas eu lieu. Si je suis privé à présent de la possibilité d'agir, c'est un peu grâce à celui qui a déclaré formellement cette guerre ²⁾ qui était préparée d'avance par vos ennemis les plus acharnés d'outre-mer ³⁾. Je vois le seul moyen de s'approcher à la paix, *c'est une explication franche des deux Empereurs et des propositions qui puissent donner satisfaction et pleines garanties pour le futur à la Russie et à la France; mais il ne faut pas laisser traîner la guerre; il faut agir vite et énergiquement.* Les liens de famille pourraient aider à l'initiative des pourparlers.

(Übersetzung)

Persönlich beklage ich das ungeheure Unheil, das geschehen ist; es ist die Hölle auf Erden; und wäre ich an der Macht, so wäre es zu dieser Hölle wahrscheinlich nicht gekommen. Wenn ich gegenwärtig der Möglichkeit zu handeln beraubt bin, so verdanke ich das ein wenig dem, der diesen Krieg, welcher von Ihren erbittertsten Feinden jenseits des Meeres (bzw. des Kanals) bereits vorbereitet worden war, formell erklärt hat. Ich sehe das einzige Mittel, dem Frieden näher zu kommen, in einer freimütigen Aussprache der beiden Kaiser und in Vorschlägen, die Rußland und Frankreich Genugtuung und volle Garantien für die Zukunft geben könnten; aber man darf den Krieg sich nicht hinziehen lassen; man muß schnell und entschlossen handeln. Die Familienbande könnten bei der Einleitung von Friedensverhandlungen helfen.

II.

25/7 février 15.

Cher Monsieur,

Je crois indispensable de vous faire savoir, par le courrier même de la légation, ce qui suit.

On a pris une décision que quand viendra le moment de la conférence pour faire la paix, de me prier de prendre part dans cette conférence comme délégué. Je ne pourrais pas consentir à cette nomination jusqu'à ce que qui que cela soit pourrait critiquer mes points de vue pacifiques en disant que j'ai des intérêts personnels dans ma manière de me conduire. Déjà j'ai entendu de pareils cancans.

Pour que je puisse prendre part dans la conférence je dois être débarrassé de cet état de choses. En cas que vous pensez que ma participation dans la conférence *peut être utile vous devez agir de manière d'enlever les conditions qui me font prendre la résolution de refuser l'offre.* Vous devez *immédiatement*, tout l'avoir de mon ami ainsi que l'avoir de mes enfants faire passer au nom de ma femme dans une banque de tout à fait premier ordre à Copenhague ou à Stockholm en donnant tous les renseignements nécessaires.

Votre très dévoué

C(omite) W(itte)

1) Beide Schriftstücke sind dem Ausw. Amt als Anlagen des Briefes Robert Mendelssohns an Jagow vom 16. Feb. 1915 (AA, Wk 2 geh.) zugegangen. Das von Jagow als „1. Brief von Witte an R. Mendelssohn“ bezeichnete Schriftstück ist von Mendelssohn nur in einem Auszug dem Ausw. Amt mitgeteilt worden, was nicht ausschließt, daß es Jagow bei einer möglichen früheren Unterredung im Original ganz bekannt geworden ist und er erst nachträglich, bei der Besprechung des 2. Briefes mit Mendelssohn am 14. Februar, davon wie von diesem Schreiben eine abschriftliche Mitteilung erbat. Das Mendelssohn den 1. Brief nur im Auszug mitteilte, mag auf den Fortfall persönlicher Mitteilungen Wittes deuten, die für Jagow nicht von Wichtigkeit waren.

2) Einfügung von der Hand Jagows: „unser Kaiser“.

3) Dem Sinnzusammenhang nach ist hier wohl an die analoge Konstruktion „d'outre-Manche“ zu denken.

(Übersetzung)

Geehrter Herr,

Ich halte es für unerläßlich, Sie durch den Gesandtschaftskurier selbst⁴⁾ folgendes wissen zu lassen.

Man hat beschlossen, wenn der Augenblick für eine Friedenskonferenz kommt, mich zu bitten, als Delegierter an dieser Konferenz teilzunehmen. Ich könnte diese Ernennung nicht annehmen, solange jeder beliebige meine friedliebenden Ansichten mit der Behauptung kritisieren kann, ich verfolgte mit meinem Verhalten persönliche Interessen. Ich habe von ähnlichen Verleumdungen bereits gehört.

Um an der Konferenz teilnehmen zu können, muß ich von einer solchen Nachrede frei sein.

Wenn Sie glauben, daß meine Teilnahme an der Konferenz nützlich sein kann, müssen Sie danach hinsehen, die Hindernisse zu beseitigen, die mich zwingen, das Angebot abzulehnen.

Sie müssen sofort das gesamte Guthaben meines Freundes, sowie das meiner Kinder auf den Namen meiner Frau an eine absolut vertrauenswürdige Bank in Kopenhagen oder Stockholm überweisen lassen und alle nötigen Auskünfte dazu geben.

Ihr sehr ergebener
Graf W(itte)

Nr. 38

AA, Nachl. Stresemann, Polit. Schriftwechsel, Bd. 139

Aufz. Stresemanns

Konferenz beim Reichskanzler am Dienstag, dem 8. Dezember 1914

(Fortsetzung)¹⁾

Wir überreichten dem Herrn Kanzler dann die Denkschrift²⁾, deren eingehendes Studium er uns zusagte. Die Besprechung dauerte bis 5 Uhr. Vom Reichskanzler begaben wir uns zum Herrn Staatssekretär Delbrück, dem wir ebenfalls unsere Denkschrift überreichten und mit ihm eingehende Besprechungen über die wirtschaftlichen Fragen hatten. Auch bei dem Herrn Staatssekretär wurden die politischen Fragen flüchtig behandelt und ziemliche Übereinstimmung der Auffassung festgestellt. Eingehender wurden mit ihm sodann die wirtschaftlichen Fragen besprochen. Die Frage einer Zollunion zwischen Deutschland, Osterreich, Belgien, Frankreich, der Schweiz und den Skandinavischen Ländern: Der Herr Staatssekretär sagte, daß er gerade diese Frage schon ziemlich weit durchdacht habe, und zu der Überzeugung gekommen sei, daß trotz mancher Bedenken die Idee an sich gesund sei. Natürlich müßten die Staatseinnahmen der einzelnen Länder insofern erhalten bleiben, als jeder Staat gewisse Landeszölle erheben müsse: beispielsweise wäre ja das Osterreichische Tabaksmonopol sonst ein schweres Hindernis, es könne sich allerdings fragen, ob wir nicht ebenfalls zu einem Monopol kommen würden, um unsere Einnahmen nach dem Kriege wesentlich zu erhöhen, aber auch andere Abgaben, die vor allen Dingen in der verschiedenen Währung lägen, machten es unmöglich, ein unbegrenztes steuerfreies Staatsgebiet in dem Umfange zu schaffen. Wir würden also wahrscheinlich dazu übergehen müssen, Zwischenzölle³⁾ zwischen den Staaten einzuführen, die natürlich viel niedriger wären als die Zölle, die wir den Ländern außerhalb des Zollgebiets während der Verhandlung gewähren würden. Günstig wäre es jedenfalls, daß unsere Handelsverträge 1917 ablaufen, so daß wir in der Lage wären, die Meistbegünstigung zu eliminieren, die uns verbieten würde, untereinander uns Vorteile zu gewähren.

4) Übers. Var.: „Gesandtschaftspost“.

1) Den 1. Teil der Aufz. Stresemanns, der die Unterredung zwischen ihm sowie Roetger und dem Reichskanzler wiedergibt, s. o. Anl. Nr. 6, „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B 24/61, S. 335.

2) S. o. Kap. X, „Das bevölkerungspolitische Dilemma der Grenzsicherung“, Anm. 37.

Die Folge wäre natürlich die Kündigung sämtlicher Handelsverträge und die Fassung der Meistbegünstigung in der Form, daß wir dem großen Zollgebiet angehörenden Ländern durch Zwischenzölle³⁾ andere Rechte gewähren, als den außerhalb stehenden Ländern. In bezug auf Belgien hatte der Staatssekretär schwere Bedenken. Er halte es für ganz unmöglich, daß wir mit der uns feindlichen nach Frankreich neigenden Bevölkerung fertig werden. Es werde sicher ein zweites Elsaß oder Polen werden. Wenn wir Belgien behalten wollen, so wäre das nur möglich durch eine großzügige Expropriierung, d. h. wir müßten die Französisch gesinnten Belgier enteignen und mit Deutschen besiedeln, das sei aber auch keine leichte Aufgabe, da wir keinen Überschuß an Menschenmaterial haben. Ebenso sei es im Osten, wenn wir Ehstland und Kurland bekämen, so wüßte er nicht, wo die Ansiedler herkommen sollten. Wir fänden dort eine nicht sehr erwünschte und wenig wertvolle Ehstländische Landbevölkerung vor. Polen würde uns mit seinen auf der niedrigsten Culturstufe stehenden Polnischen Juden überschwemmen, und das wäre ebenfalls eine unerwünschte Zugabe. Herr Landrat Rötger warf ein, daß wir in Ehstland, Kurland und Belgien mit unseren Invaliden colonisieren sollten, wir würden damit die staatlichen Verpflichtungen vermindern und hätten immerhin noch sehr wertvolles Menschenmaterial zur Bewirtschaftung kleiner Güter. Der Staatssekretär bezweifelte die Möglichkeit, er meinte, so kleine Güter, wie wir sie besiedeln wollten, erforderten die Mitarbeit eines gesunden Mannes, immerhin aber sei dies zu erwägen. Der Herr Staatssekretär ging dann dazu über, unsere Versorgung mit Lebensmitteln und Rohmaterialien zu behandeln. Mit Getreide sind wir bis August nächsten Jahres versorgt. Es sei zwar augenblicklich an einzelnen Orten Getreidemangel, an anderen aber Überfluß durch den eingeführten Declarationszwang und Höchstpreise habe er es aber in der Hand, regulierend einzugreifen. Er werde sich der Magistrate bedienen, um den Bedarf einzelner Bezirke festzustellen und dadurch den notwendigen Ausgleich herbeizuführen. Mit Kartoffeln reichten wir gleichfalls bis August. Zucker sei reichlich vorhanden. Wenn der Krieg sehr lange daure, so käme für uns vielleicht eine Verlegenheit in Baumwolle, Jute und Wolle. Ebenso reichen die Vorräte in Metallen nicht. Alles in Allem seien wir aber auf den Krieg besser vorbereitet, als unsere Gegner, auch finanziell. Nach seiner Meinung sei Frankreich nach dem Kriege ebenso wie Österreich ungefähr bankerott, England, dessen Finanzen sehr künstlich durch die Notenpresse günstiger erscheinen, werde Jahre brauchen, um wieder in Ordnung zu kommen. Am schnellsten werde auch ohne Kriegsentschädigung Deutschland mit seiner Währung wieder in Ordnung kommen. Herr Rötger bat den Staatssekretär dafür einzutreten, daß namentlich die Kohlen- und Erzgebiete Frankreichs Deutschland angegliedert würden. Der Staatssekretär versprach dies. Mit einem großen Mitteleuropäischen Zollverband war der Staatssekretär vollkommen einverstanden, da wir nach seiner Meinung in absehbarer Zeit England und Frankreich als Absatzgebiet zum großen Teil verlieren würden. Rußlands Markt würde sich schneller wieder herstellen. Da würde dann dies große Gebilde einen Ersatz im Inland für den verlorenen Auslandsmarkt bilden. Auch er sah die Zukunft des Deutschen Reiches sehr günstig an und war überzeugt, daß das Deutsche Reich in Europa einen maßgebenden Einfluß erlangen würde. Unsern Sieg hielt er für zweifellos.

Die Conferenz ging um 6 Uhr zu Ende.

3) Korrektur für „Schutzzölle“.

AA, Wk 2 geh.

Der Reichskanzler an den Gesandten in Kopenhagen

(Reinkonzept)

Nr. 167

ab 6. März 5 Uhr 25 Min.

Berlin, den 6. März 1915

Geheim. Aus zuverlässiger Quelle ¹⁾ hören wir, daß Montag 6-stündige Sitzung des Generalstabs in Petersburg stattgefunden hat, bei welcher Stimmung *äußerst* pessimistisch gewesen sei. Ferner aus anderer Quelle ²⁾ Einfluß des Großfürsten N. nehme ab, Stimmung in Petersburg sei unruhig, Graf Witte hat am 19. Februar einem Vertrauensmann gesagt, daß Zar, obgleich noch gegen S. M. den Kaiser gereizt, voller persönlicher Hochachtung für Allerhöchstdenselben sei. Von anderer privater Seite ³⁾ wird mitgeteilt, der Zar wäre zum Frieden geneigt und eventuell bereit, entsprechenden Privatbrief an S. M. den Kaiser zu schreiben, nur fürchte er auf Unnachgiebigkeit bei uns zu stoßen wegen Einflusses „deutscher Militärpartei“. Auch fürchte er zu schwere Bedingungen Deutschlands, namentlich Forderung der Abtretung Warschaus. Andererseits würde er geneigt sein, uns gewisse Grenzkonzessionen zu machen, nicht aber Österreich, weil dieses von Rußland geschlagen. Letztere Nachrichten lassen sich von hier nicht ganz kontrollieren.

Bitte Angelegenheit streng vertraulich mit Herrn v. Scavenius besprechen und ihm andeuten, daß unsere Bedingungen nicht schwer sein und nur kleinere Konzessionen zum Schutz unserer östlichen Grenze (nicht aber Warschau) sowie finanzielle und Handelsvertrags-Bedingungen im Auge haben würden. Wir wünschen in dauerndem Frieden mit Rußland zu leben.

Hat Andersen schon aus Petersburg berichtet?

gez.: Bethmann Hollweg

H. H. StA Wien, PA I/949

Der österreich-ungarische Botschafter in Berlin an den Minister des Außern

Berlin, den 9. März 1915

Der Leiter des Pressedepartements im Auswärtigen Amt hat, wie ich erfahren habe, den versammelten Pressevertretern unlängst folgende Mitteilung gemacht:

„Unter den Russen, die für Deutschland betreffs eines Friedens in Betracht kommen, steht Witte an erster Stelle. Es würde gut sein, wenn seine Tätigkeit nicht durch Kommentare der Presse gestört wird; nach den Nachrichten des Auswärtigen Amtes scheint eine frühere Aktion, die Witte eingeleitet hatte, durch übereifrige Kommentare der Presse stark gestört worden zu sein.“

Ich habe Herrn von Jagow gefragt, was es mit dieser Mitteilung für eine Bewandnis habe und zur Antwort erhalten, die Nachrichten, die man hier hätte, mehrten sich, daß Graf Wittes Einfluß im Wachsen wäre. Da Witte heute der einzige Mann in Rußland sei, den man für stark genug halten könne, den Kaiser auch gegen den Willen des Großfürstlichen Generalissimus zu zwingen, Frieden zu schließen, so schiene es geboten, alles zu vermeiden, wodurch Wittes Aktion kompromittiert werden könne. Hierzu gehöre aber vor allem, die unangebrachten Lobeshymnen hintanzuhalten, die von der deutschen Presse, sobald Wittes Name genannt werde, angestimmt würden und die seinen zahlreichen Feinden nur Anlaß gäben, ihn als

1) S. Lucius an Ausw. Amt, Tel. Nr. 294, 5. (pr. 6.) März 1915, AA, Wk 2 geh.

2) S. Lucius an Ausw. Amt, Tel. Nr. 295, 5. (pr. 6.) März 1915, ebenda.

3) Diese Mitteilung ist in den Akten nicht nachweisbar. Das Hauptjournal des Zentralbüros vermerkt hierzu: „Rk. mitgenommen“ Es ist damit wahrscheinlich, daß das entsprechende Schriftstück in die verlorengegangenen Handakten des Reichskanzlers aufgenommen wurde.

Vaterlandsverräter zu brandmarken. So habe die deutsche Presse schon einmal vor einigen Monaten durch ihre ganz inopportunen Artikel einen Sturm „patriotischer“ Entrüstung gegen Witte in Rußland hervorgerufen, an dem sich auch Sasonow — Wittes erbitterter Gegner — beteiligt habe.

Da Wittes Stern nunmehr wieder im Steigen sei, habe man es vorsichtshalber für nötig erachtet, der Presse rechtzeitig einen entsprechenden Wink zu geben.

Der k. u. k. Botschafter
G. Hohenlohe

Nr. 41

AA, Wk 2 geh.

Der deutsche Gesandte an Auswärtiges Amt

(Entzifferung)

Kopenhagen, den 11. März 1915
pr. 12. März 1915

Nr. 429

Im Anschluß an Telegramm Nr. 421 vom 9. März.
Ganz geheim.

Etatsrat Andersen bestätigte in Hauptsache fast wörtlich die mir vorgestern von Herrn von Scavenius gemachten Mitteilungen, die er in einigen Punkten ergänzte. Ich leitete unsere Unterredung mit den Worten ein, Herr von Scavenius habe mir von seiner resignierten Bemerkung „je weiter er reise, desto weiter entferne er sich von dem Friedensgedanken“, Kenntnis gegeben; der Minister habe dabei geäußert, die Russen seien offenbar für diesen Gedanken noch nicht „reif“; mir scheine — fügte ich hinzu — die Russen brauchten „um reif zu werden“ noch einige schwere Niederlagen. Andersen erwiderte, die Russen seien „Kinder“ und gegenwärtig noch sehr „groß“, ein Stimmungsumschlag könne aber bekanntermaßen in Rußland unerwartet plötzlich eintreten. Ich wisse, daß er aufrichtig und ohne Nebenabsichten sich um Frieden bemühe, er werde dabei, was er auch in St. Petersburg betont habe, keineswegs durch besondere Sympathien für eine Partei geleitet. Im Interesse des angestrebten Zieles halte er es für seine Pflicht, mir offen zu sagen, daß die in der deutschen Presse vor einigen Wochen verbreiteten Nachrichten von einem Separatfrieden zwischen Deutschland und Rußland der Sache sehr geschadet hätten. Herr Sasonow habe ihm eine deutsche Zeitungsmeldung vorgelegt, die gerade erschienen war und erklärt, bei jeder derartigen Nachricht kämen der englische und der französische Botschafter sofort, um ihn darauf aufmerksam zu machen und Aufklärung zu verlangen. Von seiner Audienz bei Kaiser Nikolaus erzählte Andersen, der Zar habe sich mit großer Bestimmtheit gegen einen Separatfrieden ausgesprochen und erklärt, er werde seine Verbündeten niemals im Stiche lassen. Graf Witte habe allerdings versucht, für einen Separatfrieden Stimmung zu machen. Witte besitze aber keinen Einfluß mehr und irre sich, wenn er glaube, daß er wieder zur Macht gelangen werde. „Ich bin“ — hat Kaiser Nikolaus etwa wörtlich gesagt — „bereit, durch meinen Vetter den König von Dänemark zu verhandeln, lehne aber jede Vermittlung von unberufener Seite ab.“ Aus Andeutungen Andersens entnehme ich, daß Kaiser Nikolaus persönlich noch ganz unter englischem Einfluß steht und der Überzeugung ist, daß ihm der Krieg aufgezwungen wurde.

Sicherlich hat jetzt der englische Botschafter eine zweideutige Rolle gespielt und wie es scheint, die Audienz Andersens zu hintertreiben versucht. Sir George Buchanan hat Andersen, als dieser ihn aufsuchte, mit den Worten empfangen, er komme wohl, um für einen Separatfrieden mit Deutschland zu arbeiten, der französische Botschafter sei auch bereits über diese Pläne informiert. Andersen hat sehr scharf erwidert, er komme im Auftrage des Königs von Dänemark höchstwelcher ihn persönlich bei dem Zaren angemeldet habe.

Herr Sasonow, von dem Andersen bemerkte, er habe ihm den Eindruck einer starken Persönlichkeit gemacht, ist zu Beginn der Unterredung sehr reserviert gewesen, schließlich aber „aufgetaut“. Andersen ist der Ansicht, daß sein Eintreten für den Friedensgedanken nicht ohne

Eindruck auf Sasonow geblieben ist. Einen *positiven* Erfolg scheint mir Andersen nur bei der Kaiserin Mutter gehabt zu haben; er hält ihren Einfluß für stärker als je. Die Kaiserin hat ihm gesagt, sie sei fest entschlossen, für den Frieden zu arbeiten. Während der Unterredung, die zwischen Andersen und Herrn Sasonow stattfand, hat der Zar bei ihr gespeist. Die Kaiserin hat, bevor der Zar nach Zarskoje Selo zurückkehrte, an Andersen telephonierte und ihn gefragt, wie seine Unterredung mit Herrn Sasonow abgelaufen sei. Andersen hat darauf geantwortet, er hoffe zufrieden sein zu können, worauf die Kaiserin sehr erfreut erklärte, sie werde den Kaiser sofort verständigen. Am nächsten Tage erhielt Andersen unmittelbar vor seiner Abreise ein Billett der Kaiserin Witwe, in dem sie ihm schreibt, das Eisen sei heiß und er könne sich darauf verlassen, daß sie kräftig mitschmieden werde.

Ganz geheim und mit der ausdrücklichen Bitte, keine Meldung zu erstatten, erzählte Andersen in diesem Zusammenhang, er habe einen Brief der Kaiserin Witwe an ihren Bruder, den Prinzen Waldemar, mitgebracht. In diesem schreibt die Kaiserin: „Wenn mein Mann noch lebte, wäre der Friede schon zustande gekommen.“ Andersen hat, um keine Unterbrechung in den direkten Beziehungen zwischen König Christian und Zar eintreten zu lassen, eine kurze Aufzeichnung über seine Eindrücke in St. Petersburg ausgearbeitet, die der König mit einem eigenhändigen Schreiben an Kaiser Nikolaus senden wird. Er sagte mir, der König sei glücklich in dem Gedanken, für den Frieden wirken zu können. Als ich einwarf, mir sei offen gestanden nicht klar, auf welcher Basis nach den Beobachtungen, die er in Petersburg gemacht habe, jetzt mit Aussicht auf ein positives Ergebnis für den Frieden gearbeitet werden könne, entgegnete Andersen wörtlich: „Auf der Basis, die wir besprochen haben.“ Andersen wollte, wie ich aus dieser Bemerkung entnehmen zu können glaube, damit andeuten, daß er aufrichtig bestrebt sein wird, *unseren* Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Herr von Scavenius, den ich sofort von der Unterredung verständigte, teilt diese Auffassung und betonte, er halte es unbedingt für richtig, den Etatsrat nicht auszuschalten; daß Andersen die Kaiserin Witwe gewonnen habe, sei zweifellos ein bedeutender Erfolg, und wenn auch sonst die Reise nach Petersburg nicht das Ergebnis gehabt habe, das er (der Minister) und ich wünsche, wäre doch denkbar, daß Andersen uns vermöge seiner eigenartigen Beziehungen gerade in Rußland noch einmal sehr nützliche Dienste leisten könnte.

Andersen ersuchte mich am Schluß unserer Unterredung zu melden, daß er, falls es gewünscht werde, bereit sei, schon in den nächsten Tagen nach Berlin zu kommen, und daß er um baldigen Bescheid bitte. Auf Grund meiner vertraulichen Aussprache mit Herrn von Scavenius halte ich eine Ablehnung dieses Anerbietens nicht für erwünscht.

Erbitte Drahtweisung behufs Verständigung Andersen.

Rantzau

Nr. 41 a

AA, Deutschland 128 Nr. 1 geh.

Aufzeichnung Falkenhayns

(eigenhändig)

pr. 1. März 1915

Sowohl der österreich-ungarische Vorstoß über die Karpaten und in die Bukowina als auch der deutsche aus Ostpreußen haben zwar bedeutende *taktische* Erfolge erzielt. Die erhofften *strategischen* Ergebnisse sind aber bisher in beiden Fällen ausgeblieben, und es kann zur Stunde kein Urteil darüber abgegeben werden, ob überhaupt und wann sie noch erwartet werden dürfen. Verzögern sie sich noch längere Zeit — und diese Möglichkeit liegt vor —, so ist einmal der Fall von Przemysl mit seinen unabsehbaren Folgen für das Ansehen Österreich-Ungarns im Balkangebiet zu befürchten und andererseits zu besorgen, daß Deutschland, da es dann nicht in der Lage ist, Truppen von Ost nach West zu verschieben, in ernste Schwierigkeiten an der Westfront kommt. Die Lage ist also gewiß nicht hoffnungslos, aber sie ist so ernst, daß es eine Katastrophe wäre, wenn man nicht alles täte, um neue Feinde am Eintritt in den Kampf gegen uns zu hindern.

v. Falkenhayn 1./3.

Im Besitz
des Verf.

Bethmann Hollweg an den Chef des Zivilkabinetts, v. Valentini ¹⁾

(Brief, eigenhändig)

Berlin, 12. 3. 15

Sehr verehrte Exzellenz!

Vielen Dank für den freundlichen Brief vom 10. Meine persönlichen Pläne sind noch ungeklärt. Wegen der österreichisch-italienischen Frage bleibe ich gern noch hier, kann ja überhaupt hier mehr arbeiten und wirken. Auf der anderen Seite wirkt die hier noch mangelhaftere Kenntnis der militärischen Lage hemmend. Einen so guten Einblick wie ich neulich in 6 Stunden bei Hindenburg erhielt, bekomme ich freilich in Charleville nicht in 6 Monaten. (Übrigens fiel in Lötzen *nicht ein* unfreundliches Wort über F.) Ich muß aber jetzt bald ein klares Bild von den militärischen Möglichkeiten im Westen ebenso bekommen, wie ich es für den Osten zu haben glaube. So komme ich vielleicht doch in den nächsten Tagen.

In Rußland ist momentan von Kriegsmüdigkeit keine Spur, in Frankreich die absolute Siegeszuversicht in beständigem Wachsen. Ich hatte darüber gestern sehr interessante Mitteilungen. Dabei spielen die Dardanellen eine große, aber durchaus nicht die einzige Rolle.

Hier ist die Stimmung eigentlich unerklärlich. Selbst bei den meisten Politikern ist sie nicht nur siegesgewiß, sondern geradezu vermessen. Das erstere brauchen wir, das zweite erscheint mir vom Übel. Dagegen wirken kann ich nicht. Die Psyche unseres Volkes ist während der letzten 25 Jahre so durch Renommisterei vergiftet, daß sie wahrscheinlich zaghaft würde, wenn man ihr die Großsprecherei verböte. Nur eine richtige Redaktion der Tagesberichte der Obersten Heeresleitung könnte helfen. Bei den Frauen des niederen Volkes, die anfangen, ungeduldig zu werden, begegnet man immer wieder der Frage: Warum machen wir nicht Frieden? Seit 7 Monaten tun wir ja nichts als glänzend siegen. Die Alldutschen und Konsorten, über die übrigens Hindenburg und Umgebung *sehr* hart urteilte, finden darin tagtäglich eine Grundlage für ihr Geschrei. Die wenigen nachdenklichen Leute die es gibt, vergleichen Wolff mit Havas, schütteln die Köpfe und werden pessimistischer als gut ist. Der Exkurs über die „Winterschlacht in der Champagne“ hat viel Verwunderung und Mißstimmung erregt. Alle Welt freut sich über den Dank und die Anerkennung, die dem unvergleichlichen Heldenmut unserer Truppen in der 3. Armee und ihren Führern gezollt wird. Aber der Vergleich so inkommensurabler Dinge wie der defensiven Abwehr einer Katastrophe und einer großangelegten und geglückten Offensive erweckt bei den Menschen, die nun einmal boshaft sind, die Erinnerung an den Pour le mérite und seine Ankündigung, Vorstellungen, die für den Verfasser des Exkurses nicht schmeichelhaft sind. Lerchentfeld sagte mir mit Bezug hierauf gestern abend: „Warum will er sich denn immer mehr unmöglich machen?“ und gab damit einer *sehr* verbreiteten Ansicht Ausdruck. Auch politisch halte ich die Sache für schädlich. Wir können den Krieg nur zu einem glücklichen Ende bringen, wenn wir unsere Feinde, außer daß wir sie schlagen, auch moralisch dahin bringen, das Rennen aufzugeben. Bei einer so siegesgewissen Nation wie der französischen kann aber das Gefühl der Unterlegenheit unter den Gegner nicht gesteigert werden, wenn dieser Gegner eine glücklich abgeschlagene Offensive, wobei indes viel Gelände verloren ist, zu einem ungeheuren Siege stempelt, und die Beendigung der Schlacht in einem Moment verkündet, wo sie ruhig weitergeht. Das haben die Franzosen nach Ypern nicht getan. Ein Schweizer, der ganz für uns arbeitet und der die französische Psyche sehr genau kennt, war ganz traurig, als er gestern mit mir darüber sprach. Wie wir mit Brandenstein herauskommen, weiß ich noch nicht. Er ist doch ein gar zu schwieriger Mensch. Sachlich soll er vortrefflich gearbeitet haben. Und die Herrschsucht und die Mißgriffe der Soldaten sind ja auch an anderen Orten unerträglich.

In Ihrer persönlichen Sache muß ich mich einer groben Nachlässigkeit schuldig bekennen. Ich wollte dem Kaiser zum 27. Februar eine entsprechende Order vorschlagen. Meine Audienzen boten aber keine geeignete Gelegenheit, die Sache anzubringen. Nun muß ich aber eine andere occasion abwarten.

1) Teile dieses Briefes, den ich auf einer Autographenauktion ersteigern konnte, wurden, wie auch aus Bleistiftzeichen im Original zu ersehen ist, aus diesem in dem 1931 von Bernhard Schwertfeger herausgegebenen Buche „Kaiser und Kabinettschef“ (1931, S. 266 f.) abgedruckt.

Mit Wien und Rom werden wir noch viel Schwierigkeiten bei den Detailverhandlungen haben. Hoffentlich führen sie nicht zu neuen Krisen. Den besten Ausschlag in Wien soll die Schilderung der militärischen Lage gegeben haben, die Hindenburg durch Ludendorff an Conrad geben ließ. Ich bitte dies für sich zu behalten, da, wie Sie wissen, Falkenhayn sich mit Händen und Füßen gegen jede Äußerung Hindenburgs gegenüber Conrad sträubt, weil Hindenburg mit den Österreichern nicht kramen könne. (So wie ich es neulich sah, soll in Wien in keiner Stube das Bild Hindenburgs fehlen.) Gleichzeitig hatten wir der haute finance und den Führern der politischen Parteien so eingeheizt, daß diese selbst bei Burian und Stürgk Sturm gelaufen haben.

Hindenburg und seine Männer beurteilten die östliche Lage zuversichtlich, aber ernst und ohne Illusion. Sie würden Ostpreußen halten, den Russen noch Teilschlappen beibringen, aber keine *große* Entscheidung mehr herbeiführen, die die Abgabe von Truppen nach dem Westen ermöglichte. Ihre Hoffnungen für die Karpaten und Galizien waren sehr gering.

Intrigiert wird heftig weiter. Man wirft mir vor, ich sei schuld daran, daß wir nicht jetzt schon Belgien und Nordfrankreich annektiert hätten. Hintergrund: Alldeutsche, Marine und S.K. u. K.H.

Der Brief ist wie Kraut und Rüben. Verzeihen Sie. Aber ich werde auf jeder Seite zehnmal gestört.

Mit besten Grüßen aufrichtigst der Ihre

Bethmann Hollweg

Empfehlen Sie mich bitte allen empfehlenswerten Herren.